

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. September 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk. vierteljährlich 2,20 Mk. jährlich 8,40 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Annoncenzeit ober deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 80 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Zwei Kulturaufgaben.

Mit einem vorzüglichen Auftakt, der lauten Widerhall wecken wird im deutschen Proletariat, hat die rote Woche in Leipzig eingeleitet. Zwei Debatten und ein Beschluß von hoher politischer und kultureller Bedeutung haben dem ersten Tage unseres Parteiparlaments das Gepräge gegeben. Zwei großen Kulturaufgaben galten sie, dem Kampf um die Jugend und dem Kampf gegen die Schnapsjunker.

Beide rütteln an zwei wichtigen Positionen unserer Gegner. Je stärker die Arbeiterbewegung sich entfaltet, um so wütender stürzt sich die herrschende Klasse auf die proletarische Jugend, um so skrupelloser geht sie darauf aus, den proletarischen Eltern die Seelen ihrer Kinder, der Arbeiterbewegung den Nachwuchs zu rauben. Dem freien Geist im Elternhause setzt sie die verminderte Volksschule entgegen, die das selbständige Denken erstickt, die ein Geschlecht bigotter, demütiger Knechte, von Nordspatrioten und Byzantinern züchten soll, die dem Kampf ihrer Klasse fremd und feindlich gegenüberstehen. Der Mißbrauch der Schule für die Zwecke der Herrschenden wird von Jahr zu Jahr offener gepredigt und getrieben, die Fortbildungsschule wird in seinen Dienst gestellt und Jugendvereine verschiedenster Art suchen das Werk der Schule über ihre Zeit hinaus fortzusetzen und zu festigen. Es war höchste Zeit, daß die freie Jugendbewegung kam, daß die Arbeiterbewegung den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft um die Köpfe der Jugend aufnahm. Denn wenn auch die harte Schule des Lebens dafür sorgt, daß die Bäume der Jugend- und Schulverderber nicht in den Himmel wachsen, wenn die Schule des Lebens auch schließlich bei der Mehrheit der Proletarierkinder über die bürokratischen Schemen triumphiert, mit denen die Schule der Herrschenden ihre Kraft in Bann zu halten sucht, so muß doch das Proletariat um jeden seiner Sprossen mit der Reaktion kämpfen und ihre Anschläge auf die Zukunft der Arbeiterbewegung gründlich zerschanden machen. Wie lebhaft das Empfinden dafür in den Reihen der Partei ist, wie sehr sie die Pflicht empfindet, den Nachwuchs gegen den Seelenfang der Herrschenden zu verteidigen, das zeigt das schnelle Vorwärtsschreiten der jungen proletarischen Jugendbewegung, über das Genosse Ebert so erfreuliche Zahlen bringen konnte, das zeigte die angeregte, von brennendem Interesse getragene Debatte des Parteitag. Die Partei hat die große Aufgabe mit Ernst und Eifer in Angriff genommen und die lebhaft Auseinandersetzung von Leipzig wird sie fördern und befruchten. Sie war ein lauter Appell an alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, Herz undbeutel für die Arbeit unter der Jugend zu öffnen, und wir dürfen der festen Zuversicht sein, daß er gehört wird. Und ebenso dürfen wir gewiß sein, daß die Arbeit in der Jugend das Verständnis bringen wird für die Bedürfnisse der Jugend, daß die tastenden ersten Schritte bald zu zielklarem Vorwärtsschreiten werden und daß sich immer kräftiger und mächtiger entwickeln werden die jungen Garden des Sozialismus!

Arbeit um die Zukunft ist der Kampf um die Jugend — Gegenwartsarbeit im besten Sinne der Kampf gegen die Schnapsjunker. Politischer Kampf und Kulturkampf. Den giftigsten, den gefährlichsten und mächtigsten Gegner des Proletariats, das ostelbische Fiskusjunkertum, soll der Schnapsboykott, den der Parteitag in eindringlicher Kundgebung — einstimmig und unter jubelndem Beifall der Delegierten und der Zuhörer — beschloß, an seiner empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel, treffen. Und mit ihm seinen Verbündeten, das Zentrum, und sein Werkzeug, die Regierung. Eine Steuerbewegung, der sich der Klassenstaat mit all seinen gewaltigen Machtmitteln nicht zu erwehren vermag, hat das Parlament der deutschen Arbeiter beschloffen, eine direkte Aktion, die die Massen zum unmittelbaren Kampf gegen ihre Feinde führt. Die alte Waffe des Boykotts soll auf neuem Schlachtfeld, auf politischem Kampfterrain geschwungen werden. Und sie wird, dafür zeugt die einmütige Aufnahme, die dieser aus kleinen Anfängen schnell erstarkte Gedanke in der höchsten Vertretung des Klassenbewußten Proletariats fand, nicht umsonst aus der Scheide fliegen. Der Leipziger Parteitag hat den Junkern eine Fehde angefangt, die jäh durchgeschritten werden wird und die nur mit schwerem Verlust auf der Seite der Feinde ausgehen kann.

Daß dieser neue Gedanke aber so schnell zur Begeisterung aufgenommenen Idee der Vertretung der proletarischen Massen werden konnte, das ist nicht nur in dem Umstand begründet, daß er einen Weg zeigt zur Vergeltung der Steuerplünderung und zur gefährlichen Verwundung der Junker, die Deutschlands Volk geknechtet halten. Sondern das erklärt sich mit aus dem anderen Umstand, daß der Boykott des Branntweins zugleich eine gewaltige kulturelle Wirkung zeitigen muß. Die Schnapspest ist je länger je mehr als einer der schlimmsten Feinde der Arbeiterbewegung, des Aufstiegs der proletarischen Massen zu wahrer Kultur erkannt worden. Hier hat die Abstinenzbewegung eine große, fruchtbarbare Arbeit geleistet. Zwei Feinde schlägt der Boykott, den äußeren und den inneren Feind, das

ausbeutende, unterdrückende Junkertum und die Stumpfheit und Unwissenheit in den eigenen Reihen! Zwei Kulturaufgaben erfüllt er, die Unterwühlung des Fundaments, darauf die Junkerschaft steht, die aller wahren Kultur bitterster Feind ist, und die Befreiung des Proletariats von selbst geschmiedeter Fessel! Ziele, die des Schweiges aller echten Kulturfreunde wert sind.

Der Parteitag zu Leipzig hat einen trefflichen Anfang seiner Arbeit gesetzt! Möge sein Fortgang ebenso gute Ergebnisse bringen!

Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Reichstagsfraktion.

Leipzig, 14. September.

Raum hatte Ledebour, stimmlich noch immer indisponiert, den parlamentarischen Bericht eröffnet, da wurde er durch eine lebhaft freudige Erregung im Saal für einen Augenblick unterbrochen: August W e b e l trat ein und begab sich hurtigen Schrittes — wie in seiner besten Zeit — an seinen Platz. Trotz der stimmlichen Behinderung Ledebours war sein Referat frisch und lebendig. Der Redner nahm vorweg die Abfertigung der Angriffe aus den Reihen unserer eigenen Partei, die das Kind mit dem Bade verschütteten und in ihrer an sich durchaus wünschenswerten und begründeten Kritik am Tun oder am Nichtgenügen unserer Reichstagsfraktion so weit gehen, daß diese Kritik von der unserer Gegner schon nicht mehr zu unterscheiden ist. Im übrigen konnte Ledebour sich recht kurz fassen, denn der Bericht, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Leipziger Parteitag und allen Genossen im Reich schwarz auf weiß erstattet hat, registriert und erläutert ja in musterhaftiger Weise die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion vom November 1908 bis zum ominösen 13. Juli 1909.

Als die zum parlamentarischen Bericht gestellten Anträge und Resolutionen zur Begründung kamen, trat als einer der ersten Paul Müller aus Hamburg auf die Tribüne und sprach der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Dank aus für die kraftvoll-sachkundige Förderung der Interessen unserer Schiffsfahrtsbevölkerung. Er zitierte in knappen Worten ein Bild vom Elend des Proletariats zur See, das mehr und mehr in der Sozialdemokratie die Partei erkennt, die allein für seine Rechte und seine Forderungen kämpft.

Der erste Diskussionsredner, Stadthagen, zog die Erbschaftsteuerfrage in die Debatte und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß unsere Fraktion im Reichstag gemäß ihrer Haltung im Plenum bei der ersten Lesung, wäre es zur dritten Lesung gekommen, gegen jene Skandalur eines Gesetzes gestimmt hätte, das nichts gewesen wäre als ein Sprungbrett zur vierhundertmillionen-Belastung der Beschäftigten. Jedenfalls würde er für seine Person, so schloß Stadthagen, sich der Stimme enthalten haben, wenn unsere Fraktion etwa doch hätte helfen wollen, diese Erbschaftsteuer unter Dach zu bringen. Damit war der Weg gebahnt zu lebhaften Erörterungen, denen Schubert aus Spandau neuen Stoff zuführte, indem er rügte, daß unsere Reichstagsfraktion es nicht wieder einmal mit der Obstruktion versucht habe.

Heißer und heißer wurde die Debatte, in der Südekum, David und Loebe auf der einen, Wagner, Hoch und Geher auf der anderen Seite standen. Geher regte an, der Parteitag 1910 solle das Thema auf die Tagesordnung setzen, damit die Frage geklärt sei, bevor die nächste Finanzreform neuereichlich in unsere Diskussionen schleudert.

Ehe am Nachmittag die Aussprache über den Parlamentsbericht ihren Fortgang nahm, trat Genosse Lindblat aus Stockholm vor den Parteitag und dankte der deutschen Sozialdemokratie für die Opfer, die sie der schwedischen Arbeiterschaft zum Großteil dargebracht hat; dem „Vorwärts“ dankte Lindblat, weil er (mit bewusster Betonung sprach der Redner diese Worte), weil er nach Ansicht der maßgebenden Personen — der streikenden Arbeiter Schwedens — deren Kampf in geradezu hervorragender Weise gefördert hat.

Nachdem noch Anierem für die Mandatprüfungskommission einen kurzen Bericht gegeben hatte, an den sich eine längere Diskussion schloß über das Mandat Litfin (Berlin IV), und nachdem dem Antrage der Kommission gemäß alle 295 Mandate für gültig erklärt waren, kam Kurt Eisner zu Wort. Er begründete einen Antrag, der die Reichstagsfraktion verpflichtet, ein aktuell-gesetzgebendes Aktionsprogramm mit Entwürfen, Begründungen, Richtlinien, ferner aktuelle Denkschriften zu entwerfen und einzubringen, die „unmittelbar, auch in der bürgerlichen Gesellschaft, ausführbar sind“.

Daß dieser Unterbrechung, die Eisner allerdings nicht als Unterbrechung charakterisiert zu sehen wünschte, kamen die beiden Wähler Peitotes und Emmel zu Wort. Peitotes sprach ebenso wie nach ihm Robert Schmidt lebhaft für eine Politik, die sich in gewissen Momenten von opportunistischen Erwägungen bestimmen läßt, während Emmel darlegte, daß die Fraktion auch gegen die Erbschaftsteuer sich hätte ablehnend verhalten müssen. Genosse Singer gab hierauf in einer sehr scharf und klar gegliederten Gegenrede zu erwägen, daß die Diskussion, wie sie sich zuletzt zugespielt hatte, eigentlich aus zwei Gründen in der Luft schwebt: einmal, weil es ja keinem unserer Parteigenossen eingefallen ist, das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion zu mißbilligen, und dann: weil's zu der berühmten dritten Lesung der Erbschaftsteuer ja überhaupt nicht gekommen ist, wogegen U r e i c h wohl nicht mit Unrecht dafür plädierte, daß eine Debatte, so interessant und so sachlich wie diese, der deutschen Sozialdemokratie und dem Parteitag nur zur Ehre gereichen kann.

W o l k e n b u r h behauptete die Unmöglichkeit der Obstruktion und forderte von Kautsky genaue Angabe, mit welchen Mitteln die Fraktion sie hätte ins Werk setzen sollen, während W u r m die Gründe, die für die Annahme der Erbschaftsteuer ins Feld geführt wurden, mit knapper, treffender Argumentation zerzauste.

Da die Leipziger Genossen dem Parteitag zu Ehren ein Abendkonzert veranstaltet haben, so ließ das Präsidium die Verhandlungen eine Stunde früher als sonst zu Ende gehen. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Der Kampf in Schweden.

Ueber die heutige Lage in Schweden meldet uns folgende Privatdepesche:

Stockholm, den 14. September. Die offizielle Zählung der „Arbeitslosen“ gibt heute die Zahl auf 125 000 an, gesteht aber selbst ein, daß diese Zahl unvollständig ist. Die Landeszentrale der Gewerkschaften stellt fest, daß 140 000 ausreicht sind.

Das späte und schwache Eingreifen der Regierung, um eine Vermittlung zwischen den kämpfenden Parteien herbeizuführen, ist hier im allgemeinen mit einer Erleichterung aufgenommen worden. Die liberale Presse findet nur langsam den richtigen Ton gegen die Herausforderung der öffentlichen Meinung, die sich die Regierung mit der Auflösung der Kollektivvertragskommission erlaubt hat. Die eine bürgerliche Masse gegenüber der Arbeiterklasse steht noch im wesentlichen fest, was für die Arbeiterpresse von großem Vorteil ist.

Die ersten Verhandlungen zwischen den beiden Parteien werden in den nächsten Tagen im Reichstagsgebäude beginnen.

Nach den Mitteilungen, die das Landessekretariat der schwedischen Gewerkschaften aus dem ganzen Lande erhalten hat, stehen jetzt noch mindestens 140 000 Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampfe, der ja nur noch gegen die Schwedische Arbeitgebervereinigung geführt wird. Bei allen außerhalb dieser Unternehmerorganisation stehenden Arbeitgebern ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden, ausgenommen bei denjenigen, die die Lage noch immer zur Mahregulierung und Schikanierung der Arbeiter auszunutzen trachten, wie das von den Straßenbahngesellschaften Stockholms und, gegenüber den Gemeindefunktionären, von der städtischen Verwaltung geschieht. Um die Straßenbahngesellschaften zur Anerkennung des Uebereinkommens vom 1. September zu veranlassen, hat die Arbeiterschaft ein gutes Mittel, den Boykott, zu dem jetzt durch Flugblätter aufgefordert wird. Die Lage der Gesellschaften wird dieser Mahregulierung gegenüber gänzlich unhaltbar. Das alte Personal zu den verschlechterten Arbeitsbedingungen wiederzugewinnen, scheint auch ausgeschlossen. Der Straßenbahndirektor Waldin hat gegen die Leute, die wieder in Dienst getreten waren, die Drohung ausgesprochen, daß keiner sich erlauben sollte, das Volkshaus zu besuchen, weil sonst Entlassung folgen werde. Der Erfolg war, daß 26 solcher Leute doch zur Versammlung ihrer Kollegen gingen und sich ihnen anschlossen.

Zum Konflikt kam es auch in der elektrischen Industrie, deren Arbeitgeberverband die Wiederaufnahme der Arbeit ebenfalls von Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abhängig machen möchte. Es sind jedoch in diesem Fall Verhandlungen angeknüpft, die jedenfalls guten Erfolg für die Arbeiter haben werden.

Vor allem kommt es nun natürlich darauf an, daß die internationale Hilfe auch fernerhin nicht versagt. Für ein Land wie Schweden ist ja die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten noch immer ungeheuer groß, für die Masse der organisierten internationalen Arbeiterschaft ist es aber ein kleines, jene 150 000 vor der bittersten Not zu schützen.

Bülow ein aufrechter liberaler Mann.

Durch die Triolen-Schnüchle des Ehepaars Schack ist das Reichstagsmandat Eisenach-Dernbach frei geworden. Liberale, Antisemiten und Sozialdemokraten stehen sich dort gegenüber. Bei der letzten Wahl vermachte der Antisemite Schack nur dadurch den Sieg Badonutzuragen, daß ein großer Teil der „Liberale“ für den Antisemiten Schack stimmte.

Inzwischen hat sich die Situation nicht unwesentlich verändert. Der konservativ-liberale Block hat ein schmächtliches Ende gefunden. An Stelle der konservativ-liberalen Paarung ist der konservativ-ultramontane Schnapsblock getreten. Und bei der Reichsfinanzreform prallten die agrarischen und liberalen Interessen derartig gegeneinander, daß sogar die Nationalliberalen den Mut fanden, gegen die Agrarier anzukämpfen.

In dieser Situation ist nun ein antisemitisches Mandat freigegeben. Daß der Antisemitismus nur eine demagogisch aufgefärbte Abart des Konservatismus ist, weiß der Liberalismus genau so gut wie die Sozialdemokratie. Zudem war ja Herr Schack Mitglied des Bundes der Landwirte. Man sollte also meinen, daß der Liberalismus, der bei der Reichsfinanzreform im heftigsten Kampfe gegen das Braun-schwarze Agrariertum gestanden und nach erbitterten Kraftproben niedergelassen wurde, alles aufbieten müßte, um der Reaktion, dem Agrariertum, das Mandat zu entreißen. Man sollte meinen, für alle liberalen Elemente, die nationalliberalen nicht ausgeschlossen, gäbe es nur die eine Parole: Nieder mit dem Reaktionär, nieder mit dem antisemitisch verkappten Agrarier!

Nun erwartet natürlich kein Mensch irgend etwas Uebermenschliches von unserem Liberalismus. Da der Kampf im Wahlkreise Eisenach seit geraumer Zeit zwischen drei Parteien, den Liberalen, dem Sozialdemokraten und dem Antifemiten, geführt wird, wird niemand den Liberalen zutrauen, etwa von vornherein zugunsten des sozialdemokratischen Kandidaten zu verzichten. Wir fanden es deshalb ganz in der Ordnung, daß das „Verl. Tagebl.“ in seiner Nr. 481 vom Sonnabend, dem 11. September, sofort nach der Mandatsniederlegung des Herrn Schäd, dazu aufforderte, alsbald dafür Sorge zu tragen, daß ein geeigneter liberaler Kandidat aufgestellt werde. Das „Verl. Tagebl.“ schrieb in der genannten Nummer wörtlich:

„Daß es den Antifemiten diesmal gelingen sollte, den Wahlkreis zu behaupten, kann wohl nach den letzten Vorgängen als ausgeschlossen erscheinen. Die Ansichten sind deshalb für den entschiedenen Liberalismus nicht ungünstig, vorausgesetzt, daß es ihm gelingt, einen tüchtigen und aufrechten liberalen Mann als Kandidaten zu gewinnen. Jedenfalls haben die freisinnigen Parteien alle Veranlassung, ihre Vorbereitungen rechtzeitig und mit Energie zu treffen, damit Eisenach nach der trübten Schäd-Episode wieder zum liberalen Besitz wird.“

Das war am letzten Sonnabend. Inzwischen ist Schmodiman auf den ingeniösen Gedanken verfallen, als bürgerlichen Sammellandkandidaten für Eisenach den — Fürsten Bülow vorzuschlagen. Und was erleben wir da? Nichts Geringeres, als daß das am weitesten linksstehende freisinnige Blatt der Reichshauptstadt, eben das „Verl. Tagebl.“, diese echt himmlische Schmodidee geradezu begeistert aufnimmt!

In einem Leitartikel vom Dienstag, dem 14. September, nennt dasselbe „Verl. Tagebl.“, das drei Tage vorher zur Aufstellung eines aufrechten Liberalen aufgefordert hatte, die Empfehlung des agrarischen Kanzlers zum Kandidaten einen „hübschen Gedanken“. Ja, es fährt sogar wörtlich fort:

„Von unserer Seite wäre sicherlich kein Widerstand zu erwarten, wenn Fürst Bülow ein Reichstagsmandat erstrebt. Wir glauben auch annehmen zu können, daß die Liberalen im Wahlkreise Eisenach gern darüber hinwegsehen würden, daß Fürst Bülow, der sich selbst als konservativ und agrarisch bezeichnet hat, keinen direkten Zutritt der freisinnigen Reaktionsgemeinschaft bedeuten würde. So mandatsungwürdig brauchen die liberalen Parteien nicht zu sein, daß sie es sich nicht zur Ehre anrechnen sollten, einem Staatsmanne vom Range des Fürsten Bülow zu einem Sitz im Reichstage zu verhelfen. Wenn wirklich Fürst Bülow den guten Willen hat, von den Säulen des Reichstages aus die äußere und innere Politik des Reiches kritisch zu prüfen und nach besten Kräften fördern zu helfen, dann dürfte ihm, wie wir hoffen, von liberaler Seite kein Stein in den Weg gerollt werden.“

Das „Verl. Tagebl.“ empfiehlt also in allem Ernste die Kandidatur Bülow. An die Stelle des Eriolen-Schäd möchte es den Fürsten Bülow gesetzt sehen, an Stelle der erotischen Pervertiertheit die politische Verberstheit, den gerade nach dem „Verl. Tagebl.“ so absurdem Paarungsverbot von Karpfen und Kaninchen! Das am weitesten linksstehende freisinnige Blatt Berlins macht also Reklame für die Kandidatur eines ausgesprochenen Bündlers, der sich sogar eine agrarische Grabchrift bestellt hat, um nur ja die Wahl eines wirklichen Anti-Agrariers, eines Sozialdemokraten zu hintertreiben!

Daß das „Verl. Tagebl.“ am Sonnabend die Aufstellung eines „aufrechten Liberalen“ forderte, um sich am Dienstag mit Behemung für die ausgerechnet von Liman lancierte Kandidatur des agrarischen Exkanzlers ins Zeug zu legen, beweist drastischer als irgend etwas, wie unsäglich jammervoll es um den Freisinn bestellt ist!

Zu den Landtagswahlen in Sachsen.

Die Wahlbewegung ist zwar noch nicht recht im Schwünge, doch wird sie mit jedem Tage lebhafter. Es scheint, als wolle keine der Parteien das Pulver zu früh verschießen. Kann daher auch über einen eigentlichen Wahlkampf noch nicht berichtet werden, so ist doch die Wahlbewegung durch Vorgänge belebt worden, die eine kurze Beleuchtung erheischen.

Auf Grund der Wählerlistenauflistung ist jetzt auch etwas Licht über die Verteilung der Pluralstimmen verbreitet worden. Zwar liegen umfassende Angaben erst aus wenigen Wahlkreisen vor, doch lassen auch die Ziffern aus den einzelnen Orten ein allerdings noch vorläufig zu haltendes Urteil zu. Es geht daraus hervor, daß die Erwartungen, die die Gegner auf das neue Pluralrecht setzten, voll erfüllt werden dürften. Pluralstimmen sollten bekanntlich möglichst nur den nationalen Wählern zukommen und so das Stimmengewicht der Arbeiterwähler niedergedrückt werden. In der weitaus größten Zahl von den 91 Wahlkreisen wird die bössartige Hoffnung der Gegner voll in Erfüllung gehen. In mehreren Kreisen stellen die Besitzenden als Vierstimmwähler, obwohl sie an Zahl weit hinter den übrigen Wahlberechtigten zurückbleiben, die absolute Mehrheit aller Stimmen. In welchem Umfange das in Dresden der Fall ist, hat ja die vor einigen Tagen auch im „Vorwärts“ veröffentlichte Aufstellung ergeben, aber auch in den mittelstädtischen Wahlkreisen ist es nicht besser. So hat sich im ersten städtischen Wahlkreise, der neben Gitterau und Böbau noch drei ländliche Kleinstädte umfaßt, folgendes Bild von der Verteilung der Pluralstimmen ergeben:

	1 Stimme	2 St.	3 St.	4 St.
Insges. Wähler	7458	2925	1892	800
mit insgesamt Stimmen	2825	3784	2400	7704

Die Vierstimmwähler verfügen zwar hier nicht ganz über die absolute Mehrheit, es brauchen ihnen aber nur 208 Dreistimmwähler zugerechnet zu werden, so haben sie die Mehrheit! Ueber den Ausfall der Wahl unter solchen Verhältnissen kann ein Zweifel nicht bestehen. Sicher ist, daß das Stimmengewicht der Arbeiter, die eine, höchstens zwei Stimmen erhalten können, von vornherein völlig von den an Zahl bedeutend kleineren Drei- und Vierstimmwählern erdrückt wird. Die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten ist unter solchen Verhältnissen natürlich absolut ausgeschlossen. Wehnlich wie in diesem sieht es auch in anderen sächsischen Wahlkreisen aus, wie sich aus den Angaben aus den einzelnen Orten ergibt. Daß gerade in

den Klein- und Mittelstädten durchweg ein erdrückendes Uebergewicht der Drei- und Vierstimmwähler besteht, ist darauf zurückzuführen, daß Handwerksmeister und Hausbesitzer bei der Stimmzuteilung ganz besonders begünstigt worden sind, weil sie bisher noch immer die zuverlässigste Gefolgschaft der Konservativen bildeten.

Etwas anders ist das Ergebnis der Stimmenverteilung in den Orten und Wahlkreisen, wo Künstler, Hausbesitzer und Beamte nicht so vorwiegend dominieren, in den Industriezentren und Arbeiterorten. Namentlich in letzteren hat das Pluralwahlrecht seine entzückende Wirkung nur in beschränktem Maße zur Geltung bringen können. Hier sind die Wähler mit einer und zwei Stimmen oft bedeutend zahlreicher wie die Drei- und Vierstimmwähler; ja, es gibt Arbeitergemeinden, wo bei einer Wählerzahl von 200 bis 350 nur drei bis acht Vierstimmwähler und ungefähr ebensoviel Wähler mit drei Stimmen festgestellt wurden. Das sind die eigentlichen Arbeiterdörfer, wo die Arbeiter zum Teil selbst in ihrem ererbten Häuschen wohnen und Handwerksmeister ebenso selten zu finden sind wie Beamte und sonstige besser situierte Leute. Es ist klar, daß in Wahlkreisen, die überwiegend aus derartigen Arbeiterwohnortgemeinden zusammengesetzt sind, noch einige Aussicht auf Wahl sozialdemokratischer Vertreter besteht. In der Regel wird in den Wahlkreisen ein sozialdemokratischer Wahlerfolg noch im Bereiche der Möglichkeit liegen, wo die ein- und zweistimmigen Wähler an Zahl bedeutend stärker sind wie die Wahlberechtigten mit 3 und 4 Stimmen. Das gilt namentlich von den Industriezentren, wo die Löhne noch einigermaßen sind. Hier dürfte die Mehrzahl der Zweistimmwähler von Arbeitern gestellt werden. Wieviel Wahlkreise bestehen, wo die Verhältnisse derart verhältnismäßig günstig liegen, läßt sich noch nicht sagen, mehr als 12 bis 15 dürften es aber keineswegs sein.

Wesentlich verschlechtert worden ist das Pluralwahlrecht noch durch das Verfahren der Wahlbehörden, die alle Wähler aus den Listen gestrichen haben, die auf 15 Jahre zurück noch unbeglichene Steuerreste haben. Das ist eine neue Wahlentrechtung, der viele Tausende Arbeiterwähler zum Opfer fallen. Dieses aufreizende Verfahren ist eingeschlagen worden, obwohl im sächsischen Einkommensteuergesetz ausdrücklich steht, daß Steuerreste nach drei Jahren verfallen, und auch vor zwei Jahren das Oberverwaltungsgericht in einem Urteil ausgesprochen hat, daß verjährte Steuerreste keinen Vorwand mehr zu Wahlrechtsentziehungen geben können, weil in diesem Falle keine Steuerrückstände mehr existieren. Diese neue bössartige Wahlentrechtung hat große Erregung und Erbitterung hervorgerufen. Zufällig steht es in Sachsen so, daß ein schwerer Verbrecher, selbst wenn er zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, sein Wahlrecht eher ausüben kann wie ein braver Arbeiter, der einmal infolge Krankheit oder besonderer Notlage keine Steuern bezahlen konnte.

Die sächsische Parteipresse hat sich mit Schärfe dagegen gewandt und damit auch erreicht, daß einer Deputation sozialdemokratischer Wahlkomitees vom Ministerium zugesagt worden ist, die Angelegenheit noch vor Abschluß der Wählerlisten dem Oberverwaltungsgericht zu unterbreiten. Was dabei herauskommen wird, muß abgewartet werden, die verworrene Sachlage läßt nichts voraussagen. Wenn aber die neue Wahlentrechtung auch von den obersten Instanzen bekräftigt werden sollte, dann dürfte durch die herrschende Erbitterung der Stimmentausch, den die Sozialdemokratie dadurch erleiden würde, durch Ueberläufer aus dem bürgerlichen Lager reichlich wieder ausgeglichen werden.

Die russisch-englische Entente.

Aus Petersburg wird uns geschrieben:

Wer die Wandlungen der auswärtigen Politik von den Aspirationen des sogenannten nationalen Geistes abzuleiten die Gewohnheit hat, muß sich jetzt vergeblich den Kopf über die Frage zerbrechen, was für nationale Eigenschaften Russland mit England so eng verbinden. Eine Seelenverwandtschaft ist hier wirklich schwer zu konstruieren. Man könnte vielleicht das Rätsel mit der Annahme zu lösen suchen, daß es hier die Extreme sind, die sich berühren. Und in einem bestimmten, nur nicht im nationalpsychologischen Sinn ist dem auch wirklich so: Ausland braucht Geld, viel Geld und immer Geld; und England sucht gewinnbringende Anlage für seine Kapitalien. Für diese ökonomische Annäherung schufen die Rivalität zwischen Deutschland und England einerseits und der Bankrott der zarischen Politik in Asien andererseits die notwendigen politischen Vorbedingungen.

Auf dem Wege der Verbrüderung mit dem Zarisismus hatte die englische Börse ein Hindernis zu überwinden: die öffentliche Meinung der liberalen Demokratie. So unzugänglich pflegt sie ja nicht zu sein, diese öffentliche Meinung, doch kostete es immerhin ein wenig Mühe, sie in zarenfreundlicher Richtung zu bearbeiten. Die konventionelle Lüge von der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten des befreundeten Staates war sehr nützlich innerhalb des Parlaments, um die „taktlosen“ Anfragen der Arbeitervertreter abzuwehren. Um aber die von den Arew- und Darling-Affären aufgeregte Stimmung der breiten Gesellschaftskreise zu beruhigen, reichte die parlamentarische Pontius-Pilatus-Strategie nicht aus. Man bedurfte zugunsten der konstitutionellen Regierung an der Rewa überzeugender Beweise — und so kam man auf den glücklichen Gedanken, die russische „öffentliche Meinung“ selbst über die englisch-russische Entente zu befragen. Wo pflegt aber die öffentliche Meinung zu logieren? Natürlich nicht in den Arbeitervierteln der Städte und nicht in den Bauerngemeinden der Dörfer. Wo also? Natürlich in der dritten Duma, in der famosen Adrperkafst, die durch die Schande ihrer volksfeindlichen Handlung die Schande ihrer Geburt aus dem Staatsreich zu vertilgen sich bemüht. Es ist jetzt festgestellt, daß die Liste der russischen „Volksvertreter“, die man im Juli nach London gefahren hat, von den Finanzfürsten der Lombard Street zusammen-gesetzt worden war. Die öffentliche Meinung auf Bestellung! — das hat sich die englische Börse gefleht. Und in ihren Erwartungen hat sie sich nicht getäuscht. In Reich und Glied marschierte Miljukow, der große „Demokrat“, mit seinen oktobristischen und schwarzhundertlerischen Reisetameraden. Mit ihnen zusammen protestierte er ferklich gegen den Aufruf der Arbeiterpartei, die dem Jaren den Willkommen des englischen Volkes verweigerte. „Wir sind die Opposition

Seiner Majestät, nicht gegen Seine Majestät!“ so erklärte er vor dem Forum der britischen Börse. Und die Stallnachricht der Regierungspresse schlugen ihm aufmunternd auf die Schulter. Jetzt, wo Petersburg, Moskau und Odesa am Vorabend der Erziehungswahlen stehen, bemüht sich Miljukow im Schweiße seines Angesichts, seine Londoner Erklärungen hinwegzudeuteln. Von den Sozialdemokraten heftig angegriffen wird er von seinen Freunden von rechts im Stiche gelassen. Der liberale Mohr hat seine Schuldigkeit getan!

Er hat sie wirklich getan! Nachdem die Londoner Börse die Majorität und die Minorität seiner Majestät, wie diese Majestät selbst vor sich hatte desillieren lassen, findet die englische Börse es für zeitgemäß, eine regere Tätigkeit in Russland zu entfalten. Man spricht schon von einer Anleihe von einer halben Milliarde Rubel, und die zarische Regierung reißt sich in ihrer Vorfreude schon die Hände. Es scheint aber, daß die englischen Kapitalisten nicht sehr bereit sind, den Petersburgern Nachhabern bares Geld zur Verfügung zu stellen. Viel verlockender wäre es für sie, einfach das Land auszukaufen: die Städte und die Dörfer, die Berge und die Flüsse, Eisenwerke und Eisenbahnen. Ueber den ganzen Ural mit seinen unermesslichen Reichümern erstreckt das englische Kapital sein Netz. In Petersburg und Moskau treten russisch-englische Handelskammern ins Leben. Die Stadt Wilna ist im Begriffe, eine Anleihe von 12 Millionen Rubel in England zu placieren. Und unerwarteterweise erklärt das russische Handelsministerium, es sei der Transvaaler Markt für Schienen russischer Produktion eröffnet worden. Was bedeutet das? Nichts anderes, als daß die englischen Unternehmer Schienen für Transvaal auf russischem Boden, aus russischem Material mit billigen Muskeln der russischen Proletarier produzieren werden. Die Naturkräfte und die Arbeitskraft sind russisch, nur der Mehrwert wird britisch sein.

Auf diese Weise sind sie einstweilen alle zufrieden. Die Börse wartet auf fette Gewinne. Die Regierung auf ihre Milliarden. Der Adel auf neue Liebesgaben der Regierung. Die Kapitalisten auf Belebung der russischen Industrie durch englisches Kapital. Die Ernte ist ziemlich gut ausgefallen. Und alle Zeichen auf dem Firmament der europäischen Börse stimmen darin überein, daß wir einer Periode der „Prosperität“ entgegengehen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. September 1909.

Lehrerbefoldung und Berliner Kommunalfreisinn.

Bei der Ordnung der Befoldungsverhältnisse des Lehrpersonals hat sich der Berliner Kommunalfreisinn im hellsten Lichte gezeigt. Bekanntlich setzt sich das Lehrergeld zusammen aus dem Grundgehalt, der Alterszulage, der Rietsensfähigkeitszulage und der sogenannten Ortszulage. Letztere soll es ermöglichen, die besonders teuren Verhältnisse der Großstadt zu berücksichtigen und den Lehrern ein besonderes Äquivalent für besondere Aufwendungen zu gewähren. Im preussischen Lehrerbefoldungsgesetz ist aber den Städten in dieser Hinsicht eine Grenze gezogen, indem die höchste zulässige Ortszulage auf 900 M. festgesetzt ist. Der Berliner Kommunalfreisinn hat es nun verschmäht, diese Höchstgrenze für die im Dienste der Stadt Berlin stehenden Lehrer in Anspruch zu nehmen. Trotz aller Hinweise von sozialdemokratischer Seite, daß gerade freisinnige Abgeordnete im preussischen Landtag sich mit aller Schärfe gegen den Studischen Bremserlach gewendet hätten, wurde die Ortszulage auf 750 M. bemessen. Anders die Bororte Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf; sie setzten für die in diesen Orten tätigen Lehrpersonen die Ortszulage auf 900 M. fest. Die Regierung hat nun aber den genannten Orten die Genehmigung zu diesen Beschlüssen verweigert. In ihrer Begründung bezieht sie sich auf die Berliner Beschlüsse, Berlin und die Bororte bildeten eine wirtschaftliche Einheit. Die Zulassung einer Abweichung von den Sätzen der Berliner Befoldungsordnung bei den Ortszulagen würde das dem Lehrerbefoldungsgesetze zugrunde gelegte Prinzip der Gewinnung möglichst gleichartiger Befoldungsverhältnisse für jede Kategorie aller unter denselben wirtschaftlichen Verhältnissen lebenden Lehrpersonen durchbrechen.

Also weil der Berliner Rathausfreisinn in seiner Rücksichtigkeit den gerechten Ansprüchen der Lehrer nicht entsprochen hat, dürfen die Borortgemeinden das auch nicht tun. Das war vorauszu sehen. Unser Kommunalfreisinn hat wieder einmal den Beweis geliefert, wie lehrerfreundlich er ist, was natürlich die Lehrer in ihrer Mehrheit nicht hindern wird, dem Freisinn auch fernerhin nachzulaufen. Interessant ist, daß der Oberbürgermeister von Schöneberg, Wilde, den Beschluß des Berliner Freisinns in Sachen der Lehrerbefoldung als eine Mißachtung der Selbstverwaltung bezeichnete und anregte, gemeinsam mit Charlottenburg und Wilmersdorf bei der Regierung vorstellig zu werden.

Die Wirkung des Tabakenergesetzes auf die Tabakarbeiter

äußert sich auch im dritten Gau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes (Braunschweig) in erschreckender Weise. Bis vorige Woche wurden in diesem Gau und zwar in den Orten Dessau, Braunschweig, Ganderheim, Bernigerode, Hannover, Stendal, Jellerfeld, Magdeburg, Klautthal, Seesen a. S., Saarlitz bei Hildesheim, Burg bei Magdeburg, Emmerke, Ergleben, Neulesen, Gittelde a. S., Reudorf, Halberstadt, Hildesheim, Wehlar, Goslar und Herbst insgesamt 414 Tabakarbeiter brotlos. Und 570 Tabakarbeiter wurden mit verkürzter Arbeitszeit bzw. mit Festsetzung eines Arbeitspensums in Gernburg, Braunschweig, Ganderheim, Aldehausen, Mühlhof, Müden, Seesen, Adfen, Oranienbaum, Oschersleben, Groß-Deere und Jellerfeld beschäftigt.

So hat der Schnapsblock unendliches Elend über weite Kreise der Arbeiterklasse gebracht, nur um die besigende Klasse vor dem Veizug zu irgendwelcher Steuerleistung zu bewahren. In Deringhausen (Lippe) ist nun auch den Arbeitern der Firma Aug. Gronemeier u. Frig. Salzig gekündigt worden. Es sind 45 bis 50 Tabakarbeiter am Orte arbeitslos. Den Arbeitern der beiden größten Zigarrenfabriken in Möttho (Westfalen), Firma Saatmann u. Wödder, zifra 150, wovon in Möttho einige 40, in Ventrak, Hohenhausen und Wahrenholt in Lippechen an die hundert beschäftigt sind, und Firma Riemann u. Linteln, die über 800 Arbeiter zusammen beschäftigen, wurde am Freitag angekündigt, daß sie wechselweise feiern müssen. Die Firma Georg Meier, Söhne (Westfalen) will ihre sämtlichen Zigarrenfabriken auf vier Wochen schließen. Davon werden über 500 Arbeiter betroffen.

Am Unterfuchungsgefuchen sind bis vorige Woche eingegangen beim Magistrat in Bünde 230, beim Amte Emmigloh 927, beim Amte Enger 465, beim Amte Gohfeld über 760. Die ersten Unterfuchungen wurden vorige Woche ausgeführt.

Ein politisches Urteil.

Wie aus Posen telegraphiert wird, verurteilte die hiesige Strafkammer den Reichstagsabgeordneten Mielzynski wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, Gefährdung des öffentlichen Friedens durch eine Rede in der polnischen Wählerversammlung zu Polajewo am 20. Januar 1907 zu 150 Mark Geldstrafe. Graf Mielzynski ist der Führer der polnischen Fraktion und seinem Einfluß gelang es vor allem, die Fraktion für die Unterfuchung des schwarzen Schnapsbrotts zu gewinnen. Daß dieser Mann, der mit solcher Hingabe den verbündeten Regierungen den Steuerraubzug in Sicherheit zu bringen half, nun das Opfer der Justiz dieser Regierungen geworden ist, entbehrt sicher nicht der Komik.

Das Vereinsgesetz in Westpreußen.

Die ostelbische Polizeipraxis scheint amtlich noch immer nichts von dem einst viel beklungenen lokalen Liberalismus des neuen Vereinsgesetzes zu wissen oder aber sich von ihm nicht imponieren zu lassen. Wenigstens trifft das für den Nordbereich des Polizeipräsidenten Wessel in Danzig zu. Dort begann der Genosse Dr. Dunder am 10. September einen wissenschaftlichen Vortrag über: „Die Entwicklungsstufen des Wirtschaftslbens“, zu dem nur durch Karten legitimierte Teilnehmer Zutritt hatten. Trotz des zweifellos wissenschaftlichen und privaten Charakters der Veranstaltung, fand sich zum größten Erstaunen der leitenden Genossen auch ein Polizeikommissar mit einem Unterbeamten ein. Alle Proteste des Leiters halfen nichts. Bei Eröffnung des Vortrags stellte deshalb der bestreute Genosse fest, daß ein gesetzlicher Grund zur Ueberwachung nicht gegeben sei. Sämtliche Anwesende hätten aber nur das Recht der Teilnahme auf Grund der auf ihren Namen lautenden Teilnehmerkarte. Er ersuchte daher die Polizeibeamten um Auskunft, ob sie im Besitze solcher Karten seien? Darauf erklärte sich der Kommissar veranlaßt, im bekannten „energetischen“ Tone zu rufen: „Die Frage ist sehr überflüssig. Sie wissen doch am besten, daß Sie mich nicht eingeladen haben. Eine Legitimation besitze ich nicht, bleibe aber so lange, wie ich will.“ Der sie leitende Genosse erklärte dann, daß er nun zu der Feststellung gezwungen sei, daß die Polizei unbefugte Eingriffe in die Freiheit der Versammlung habe. Er forderte dann die Beamten formell auf, den Saal zu verlassen. Der Kommissar erwiderte jedoch, daß er bleiben werde. Auf die entsetzten Zurufe drohte er, daß er aufbleibe, wenn es „Standal“ gebe! Dr. Dunder stellte dann fest, daß es ihm in seiner mehrjährigen Tätigkeit als Vortragender jetzt zum erstenmal passierte, daß die Polizei sich zur Ueberwachung einer wissenschaftlichen Veranstaltung einfindet. In keinem anderen Landesteile sei sie bisher so ohne Berechtigung eingedrungen. Auch trotz dieser für die ostelbischen Zustände genügend bezeichneten Konstatierung blieben die Beamten und plazierten sich am Mikrophon. Nach den weiteren einführenden Bemerkungen des Genossen Dunder schied der Kommissar sich schließlich aber doch von seiner Ueberfuchung überzeugt zu haben. Denn in einem unbewachten Augenblick räumte er endlich ziemlich unauffällig das Feld.

Jedenfalls beweist dieses eckige Verhalten, mit welcher Beharrlichkeit trotz aller gesetzlichen „Fortfchritte“ der ostelbische Sonderkurs gesteuert wird.

Eine Abrechnung mit dem Zentrum.

In Essen-West, wo die Essener Zentrumsfanatiker zu Hause sind, fand am Sonnabendabend eine Zentrumsversammlung statt, zu der sich circa 4500 Menschen eingefunden hatten, weil unseren Genossen freie Diskussion zugesichert war. Der weitest größte Teil der Erschienenen waren Sozialdemokraten, wie die Zentrumspresse am Montag selbst zugibt.

Mit dem größten Vernünftigen sachlich zu bleiben, versuchten Dr. Bell und Wiesberts die Haltung des Zentrums zu verteidigen. Um die Diskussion in ein ihnen passendes Fahrwasser zu leiten, verlas Dr. Bell zwölf Thesen, um deren Befprechung er die sozialdemokratischen Redner ersuchte. Die erste dieser Thesen lautete:

Der von der Sozialdemokratie aufgestellte Programmsatz „Religion ist Privatfache“ ist unklar und zur Irreführung der Wähler geeignet. Im Gegensatz zu diesem Programmpunkt ist das wahre Ziel der Sozialdemokratie die Durchführung des Atheismus. Weiter hieß es dann, die Sozialdemokratie erstrebe die religionslose Schule, wolle auf den Trümmern des heutigen Staats den Zukunftsstaat einrichten, sie summe gegen alle Maßnahmen, die geeignet seien, die heutige Gesellschaft zu stützen, gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung usw. Erst die letzte Hälfte der Thesen betraf die Finanzreform.

Das Kunststück, die Debatte auf das religiöse Gebiet zu lenken, gelang natürlich sehr und von unseren Rednern Limberg, Beyers und Becker wurde die Verdrängung des Zentrums im Reichstags und Landtage unter stürmischem Beifall gedehrend gebrandmarkt. Wir glauben nicht, daß sich Wiesberts nach einer weiteren, derartigen Versammlung sehnen wird.

Ein neuer Reifall Erzbergers.

In Mainz hatte Herr Matthias Erzberger ebensowenig Glück mit seiner Verteidigung der Zentrumspolitik wie in Frankfurt. Wie uns aus Mainz gemeldet wird, nahm die Versammlung in Mainz einen karnevalistischen Verlauf. Herr Erzberger erntete bei der Mehrheit der Versammelten nur höhnischen Beifall, vermischt mit Hissen und Pfuirufen. Beim Schluß der Versammlung ertönte von Tausenden von Lippen der Gesang der Arbeitermarfchallse.

Freisinnige Taktik bei den sächsischen Landtagswahlen.

In Chemnitz sprach am Sonntag in einer freisinnigen Landtagswählerversammlung Herr Raumann. In der Diskussion erklärte Genosse Heilmann, wie wir der Chemnitzer „Volkstimme“ entnehmen, daß die von Raumann uns vorgeschriebene Abwärtspolitik notwendig sei, so lange die freisinnige Partei ein Block und selbst nachher rein reaktionäre Politik treibe. Zum Schluß fragte er Raumann, ob der Freisinn auch bei den Stichwahlen jeden Wahlkreises befähigt werden werde. Raumann antwortete unter vielen Präsen: Nein. Er möchte die Verbindung mit der Sozialdemokratie getwis nicht ganz aufgeben, aber vor allem müsse man den Liberalismus einengen usw. Kurz hinter den ganzen glatten und platten Worten steht der Entschluß, zuerst für den nationalliberalen Wahlfreifeind einzutreten. . . .

Reichstagswahlwahl in Koblenz-St. Goar.

Koblenz, 14. September. (Privatbefunde des „Vortwärts“.) Das bisherige Wahlergebnis für Sozialdemokrat 2568 Stimmen, für Zentrum 9370 Stimmen. In gleichen Orten 1907: Sozialdemokrat 2199, Zentrum 15 073 Stimmen.

Das amtliche Wahlergebnis in Schneeberg-Stollberg.

Nach amtlicher Zählung wurden bei der Reichstagswahlwahl im 19. sächsischen Wahlkreise von 39 160 Wahlberechtigten 30 818 Stimmen abgegeben. Redakteur Georg Schöpplin-Leipzig (Soz.) erhielt 21 190 Stimmen, Schuldirektor Friedrich Wilhelm Forster, Luterbachenberg 9444 Stimmen, zerfplittert und ungültig waren 179 Stimmen.

Ländliche Schulidyllen.

Man schreibt uns aus Stolp:

Von dem Lieblingskinde unserer Regierung, der Volksschule, ist wieder mal recht Erbauliches zu berichten. In dem Dorfe Abl. Freest, Westler Herr von Samnig, Amtsvorsteher, ließ sich der Lehrer am 1. Juni verzeihen, um Mißbilligkeiten mit dem Schulpatron aus dem Wege zu gehen. Da die Regierung nun keinen Ersatz schickte, haben die Kinder Ferien, was unseren Agrariern Freude macht. Die Schulaufsichtsbehörde verhandelte nun mit dem Schulvorstande des benachbarten Dorfes Freest zwecks gastweiser Aufnahme der Kinder, da die dortige Schule von fast einem Drittel weniger Schülern besucht wird. Der Schulvorstand erklärte sich bereit, aber — es fehlt die Erlaubnis der Regierung. Wie nun eine Notiz in den bürgerlichen Blättern besagt, ist gegen die gastweiser Ueberweisung der Freester Kinder rechtzeitig beim Oberpräsidenten Beschwerde erhoben worden, und zwar wegen schwerer Bedenken! Sonderbar, daß unsere Agrarier mit einem Male Bedenken haben. Offenbar wünschen sie diese billige Kinderausbeutung noch weiter auszunutzen. Noch netter ist es in dem in Rentengütern aufgetheilten Dorfe Kamusin. Der Lehrer dieses Ortes hat etwa 100 Kinder allein zu unterrichten. Infolge der Aufregungen ist er erkrankt. Auch hier haben die Kinder Ferien, weil ein Vertreter nicht entsandt worden ist! Und nun will man uns erzählen, daß der Staat die Volksschule als sein höchstes Kleinod ansieht! Wie nun amtlich bekannt gemacht wird, soll die Lehrerstelle in Freest zum 1. November besetzt werden!

Oesterreich-Ungarn.

Eine Konfiskation.

Der Wiener Staatsanwalt, ein Streber namens Pollack, hat die Sonntagsnummer der „Arbeiterzeitung“ konfiskiert, womit natürlich eine bedeutende materielle Schädigung des Blattes verbunden ist. Wie frivol diese Konfiskation war, die unser Bruderblatt sehr richtig als verwegene Willkür charakterisiert, ist schon daraus zu ersehen, daß der Staatsanwalt in den zwölf Seiten des Blattes nichts gefunden hat, was für eine Konfiskation tauglich gewesen wäre, als vier Zeilen in dem Feuilleton, und diese vier Zeilen mußte er in drei Stellen zusammenfragen! Diese Konfiskationspraxis, die an die schlimmsten Reaktionszeiten erinnert, ist charakteristisch für die Politik des Ministeriums Wienert, für die die deutschbürgerlichen Parteien so viel Bewunderung übrig haben, während die lächerliche Obstruktion der tschechischen Chauvinisten die Lebensdauer dieser ministeriellen Mischung von Unfähigkeit und clerikaler Reaktion verlängert.

Gegen den Nationalismus.

Eine gewaltige Demonstration gegen die nationale Verhöhnung veranstaltete die Wiener Arbeiterschaft. Genosse Dr. Ellenbogen legte vor tausenden Zuhörern dar, aus welcher geringfügigen, maßlos aufgeblähten Anlässe die Bewegung gegen die angeblichen „tschechischen Vorfälle“ in Wien und Niederösterreich hergeleitet werden. So scharf wie die tschechischen Ausschreitungen in Prag usw. im vorigen Jahre beurteilte die Sozialdemokratie die von gewerkschaftlichen oder eiteln Reitern der Nation herbeigeführten Robereien gegen slowakische Arbeiter, die Ausflüge veranstalten oder harmlose nationale Feste feiern. Er zeigte, wie die nationale Vermischung mit Notwendigkeit aus der kapitalistischen Betriebsweise hervordringt. Derselbe Fabrikant, der gegen die Angriffe auf den deutschen Charakter Wiens“ demonstriert, wird sich energisch zur Wehr setzen, wenn man ihm den Weg billiger slowakischer Arbeitskräfte abschneiden wollte. Die Gefahr dieser nationalen Hege sei aber nach gesteigert dadurch, daß sie dem Volke die wirklichen Gefahren verdecken, die es bedrohen. Neue gewaltige Ausgaben für Heer und Marine stehen bevor, neue Steuerlasten werden die Folgen sein. Die nationalen Kämpfe lähmen die Arbeitsfähigkeit des Parlaments und der Absolutismus triumphiert. Vor allem gilt es, die Bahn freizumachen für die ins Stoden geratene sozialpolitische Gesetzgebung. Die Arbeiterschaft werde sich die Möglichkeit, durch das Parlament für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken, nicht nehmen lassen, und, wenn es nötig werden sollte, schließlich selbst die Straße von den nationalen Redaubräubern säubern. Im gleichen Sinne sprach Genosse Reumann. Eine Resolution, die den nationalen Hoch verwirft und friedliches Zusammenleben der Völker Oesterreichs auf dem Boden voller nationaler Gleichberechtigung fordert, wurde einmütig beschloffen.

Spanien.

Die Gewalttherrschaft.

Madrid, 14. September. „Imparcial“ teilt mit, daß über 120 Schulen in Katalonien geschlossen sind. Ihre Wiedereröffnung hängt von dem Gutachten der betr. Bürgermeister und Dorfpfarrer (!) ab. Derselben Blatte zufolge, das seine Mitteilungen von dem Abgeordneten Genor erhalten haben will, sind augenblicklich 3000 Personen in den Gefängnissen Kataloniens interniert.

Italien.

Kirchliches oder staatsliches Eherecht.

Rom, 11. Sept. (Fig. Ver.) Das italienische Zivilrecht erkennt, wie das der meisten Kulturländer, nur die standesamtliche Trauung als gültig an und überläßt die kirchliche Trauung dem Akkus der verschiedenen Konfessionen. In der Regel wird zuerst die zivilrechtliche und dann die kirchliche Handlung vorgenommen, aber in vielen Fällen, wo einer rechtsgültigen Ehe Hindernisse im Wege stehen, begnügt man sich mit einer kirchlichen Trauung, die zwar keinerlei rechtliche Folgen hat, aber dem durch sie geeinigten Paar in der gesellschaftlichen Anerkennung bis zu einem gewissen Grade als Legitimation gilt. So kommt es vor, daß Offiziere, die die nötige Kauion nicht besitzen, sich nur kirchlich trauen lassen, ebenso Witwen, die durch ihre Wiederverheiratung ihre Pension verlieren würden, oder auch Frauen, die die gesetzlichen Vorteile ihres Wittums — Militärfreiheit für den Sohn — nicht einbüßen möchten.

All diese Ehen sind zivilrechtlich als Konkubinate zu betrachten. Vergebens hat die Regierung gegen das Fortbestehen nur kirchlich geschlossener Ehen Stellung zu nehmen versucht, aber die Ehegesetze, die die kirchliche Trauung vor erfolgter Ziviltrauung verbieten sollten, wurden in der Kammer nicht angenommen. Dieser Tage hat nun der Justizminister

ein Zirkular verfaßt, um die Staatsanwälte der Appellationsgerichte aufzufordern, ihm Informationen zugehen zu lassen über die folgenden Fragen: In welchen Diözesen ist die Einsegnung der Ehen erst nach erfolgter Ziviltrauung gestattet? Wie hoch ist die Zahl der nur kirchlich geschlossenen Ehen? Wie stellt sich die Bewilligung zu der Frage? Durch diese Umfrage soll das Material herbeigeschafft werden, um bei der Gewährung des königlichen Exequatur oder Placet bei der Anstellung von Bischöfen und Pfarrern eventuell die Elemente zurückstellen zu können, die der Abschließung der Ziviltrauung entgegenarbeiten.

Vom Standpunkt des modern denkenden Menschen ist offenbar die Verfolgung oder Behinderung der nur kirchlichen Eheschließung ebenso zu verwerfen wie überhaupt die Verfolgung des Konkubinate. Nur wo die kirchliche Trauung eine Irreführung eines der Interessenten darstellt, muß sie vom Staate gehindert werden; hierzu ist Verbreitung von Rechtskenntnissen unter dem Volke das allerbeste Mittel. Im übrigen mag es dem Staat wenig kümmern, wenn religiöse Menschen einen Ehebund kirchlich einsegnen lassen, den sie zivilrechtlich nicht eingehen können. Für die rechtliche Stellung der Kinder, die aus solchen Ehen hervorgehen, wird solwieso in der Regel durch Legitimation von Seiten beider Eltern Sorge getragen, so daß keinerlei Benachteiligung der Deszendenz vorliegt.

Griechenland.

Für die Offiziere.

Athen, 13. September. Die Presse drückt einstimmig ihr Erstaunen über die Ueberungen von Theotokis aus und erklärt sich entschieden gegen die Auflösung der Kammer sowie gegen die Beibehaltung des Oberkommandos des Kronprinzen. Wenn die Anhänger von Theotokis sich an den Arbeiten der Kammer nicht beteiligen würden, würden die Folgen verhängnisvoll und nicht wieder gut zu machen sein. — Zahlreiche Vereinigungen in Athen und in der Provinz haben Resolutionen angenommen, in denen sie sich für die Forderungen der Offiziere aussprechen und verlangen, daß die Kammer den von der Regierung vorgeschlagenen Maßregeln zustimme. Wahrscheinlich wird sich Theotokis, der auf Opposition in der eigenen Partei stößt, vom politischen Leben zurückziehen.

Marokko.

Gegen die Barbaren Mulah Hafids.

Tanger, 13. September. Das Konsularkorps ist am 11. d. M. vom Sultan in feierlicher Audienz empfangen worden. Ihm wurde dabei der Wunsch der Mächte mitgeteilt, daß er grausame Strafen und Verurteilungen, welche den Tod zur Folge haben, einstellen möge. Der Sultan antwortete, daß er derartige Strafen nicht mehr verhängen wolle.

Aus Industrie und Handel.

Ein Kameratruff.

Die Truffbewegung hat sich jetzt auch einem Handelsartikel zugewandelt, dessen Syndizierung weite Kreise berührt. Es handelt sich um die soeben gegründete Vereinigung der Kamerafabriken. Diesem neuen Truff gehören die drei Firmen an, die bisher den größten Teil der deutschen Produktion an photographischen Apparaten herstellten. Es sind dies die Firmen Hüttig u. Sohn, Ernemann und die Emil Wünsche-Aktiengesellschaft, die alle drei ihren Sitz in Dresden haben. Die bisher selbständigen drei Unternehmungen gehen in eine einzige Gesellschaft auf. Diese wird als Aktiengesellschaft konstituiert und erhält den Namen „Nea-Aktiengesellschaft“ in Dresden. Das Aktienkapital beträgt 8 1/2 Millionen Mark. Die deutsche Kameraindustrie hatte seit langer Zeit unter einer recht erheblichen Ueberproduktion und gegenseitiger Konkurrenz zu leiden. Daher war schon seit Jahren der Wunsch rege, durch einen Zusammenschluß der einzelnen Werke und Ausschaltung der Konkurrenz die Rentabilität der gesamten Industrie zu heben. Gerade bei der Kameraindustrie dürften sich durch die Fusion der drei Gesellschaften recht erhebliche Ersparnisse erzielen lassen. Die Anzahl der einzelnen Fabrikate, die gegenwärtig auf dem deutschen Markt zu haben sind, wird eine Verminderung erfahren; voraussichtlich werden in den einzelnen Werkstätten des neuen Truffs nur diejenigen Spezialitäten hergestellt werden, die bisher den Einzelabriken die größten Gewinne gebracht haben. Des weiteren hat gerade die photographische Industrie außerordentlich hohe Kosten für Rohstoffe. Auch diese werden sich durch die Vereinigung erheblich herabmindern lassen, denn ein Prospekt der vereinigten Fabriken wird dieselben Früchte tragen wie bisher drei Prospekte der einzelnen Werke. Größere Schwierigkeiten wird wohl das Hinabsinken der Preise haben. Nicht nur der inländischen Konkurrenz wird der neue Truff, der keineswegs alle maßgebenden Kamerafabriken Deutschlands umfaßt, ausgesetzt sein. Auch der ausländische Wettbewerb wird den Werken zukünftig genau in dem gleichen Maße fühlbar werden wie früher. Vor allem sind die Amerikaner seit Jahren daran, den deutschen Markt mit recht billigen Fabrikaten zu überschwemmen. Ueberhaupt kann an ein Herausschrauben der Preise für Kameras nicht so leicht gedacht werden, da ihm eine Einschränkung des auf Willigkeit angewiesenen Absatzes auf dem Fuße folgen müßte.

Bedeutende Verkäufe von Kohlenfeldern.

Seit langer Zeit hat wieder einmal eine wichtigere Besitzübertragung von deutschen Steinkohlenfeldern stattgefunden. Die bekannte lothringische Eisenschmelz- und Eisenerzfabrik Röchling erwarb von der Internationalen Bohrergesellschaft in Erlangen 90 Steinkohlenfelder zum Preise von 12 Millionen Mark. Diese Felder sind in dem neuen zukunftsreichen Steinkohlenrevier der Lippe im Kreise Lübdinghausen gelegen und das Kohlenfeld befindet sich dort in einer Tiefe von 700 bis 800 Meter. Diese Transaktion ist nach verschiedenen Seiten hin interessant. Die Internationale Bohrergesellschaft dürfte mit diesem Felderkomplex vielleicht ihren letzten Besitz an Steinkohlenfeldern in Westfalen veräußert haben. Durch die Rez. Camp ist ja bekanntlich die Verleihung von Bergwerkseigentum auf Steinkohle im preussischen Vergleiche dem Risiko vorbehalten worden, weil die großen Mäse des Rheinisch-Westfälischen Kohlenreviers und seiner Hintermänner den gegenwärtigen Bergwerksbesitzern das Monopol der deutschen Kohlenversorgung für alle Zukunft zu verschaffen drohten. Allerdings ist der preussische Risiko nicht alleiniger Herr der westfälischen Steinkohlenfelder. In einem recht bedeutenden Teil des zukünftigen Produktionsgebietes steht die Oberhoheit des Vergregals dem Fürsten Salin und dem Herzog von Arenberg zu. Der letzte Verkauf eines großen Steinkohlenfeldes seitens der Internationalen Bohrergesellschaft geschah vor etwa einem Jahre. Damals wurde von der Deutsch-Oesterreichischen Bergwerksgesellschaft, dem Westböhmisches Bergbauverein, dem Schaaffhausenschen Bauverein und der Dresdener Bank der Deutsch-Böhmische Kohlenverein ins Leben gerufen zur Uebernahme von circa 125 Normalfelder in Westfalen, Lothringen, Oberschlesien und Galizien. Für diesen Komplex sollen damals gleichfalls 12 Millionen Mark gezahlt worden sein. Der Preis, den jetzt Röchling für 90 Normalfelder gezahlt hat, würde demnach als ungewöhnlich hoch anzusehen sein, auch wenn man bedenkt, daß nur ein Teil der Felder des Deutsch-Oesterreichischen Kohlenbergbauvereins in Westfalen gelegen ist.

Gewerkschaftliches.

Staatlicher Koalitionsrechtsraub überall!

Auch die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen, die fortgesetzt Arbeitervertreter gemäßregelt und kürzlich wieder eine derartige Maßnahme getroffen hatte, ist von dem Betroffenen, einem Werksstättenarbeiter Leipzig-Engelsdorf, der plötzlich ohne Angabe von Gründen entlassen, um Wiedereinstellung ersucht worden, da er sich zu Unrecht entlassen glaubte. Darauf ist dem Arbeiter folgendes Schreiben zugegangen:

„Auf das Gesuch hat die kgl. Generaldirektion zunächst festzustellen, daß der Grund, der dazu geführt hat, Ihnen den Dienst bei der Staatsbahn zu kündigen, keineswegs in Ihrer Tätigkeit als Mitglied des Arbeiterausschusses zu suchen ist.“

Vielmehr ist die kgl. Generaldirektion nach längerer Beobachtung (Bespiegelung!) zu der auch jetzt noch nicht erschütterten Überzeugung gelangt, daß Sie dem Hamburger Verband oder dem Transportarbeiterverband angehört und unterstützt haben. Jemandem Einzelperson zu nennen, ist die kgl. Generaldirektion nicht in der Lage. Die ausgesprochene Dienstkündigung muß aufrecht erhalten bleiben.“

Dresden. Kirchbach. Daß es der Generaldirektion daran gelegen sein muß, den wahren Grund der Entlassung zu verschleiern bzw. abzuleugnen, ist ja zu verstehen, denn als Teil des Staates selbst darf man sich nicht einmal den Anschein geben, als wenn man die für die Eisenbahnarbeiter geschaffenen legalen Einrichtungen, worin sie ihre Interessen wahrnehmen sollen, dadurch illusorisch macht, daß man Arbeitervertreter, die ihre Sache ernst nehmen, maßregelt bzw. kurzerhand entläßt.

Wie die Werksstättenarbeiter in ihrer Gesamtheit sich zu dem Vorgehen der Generaldirektion stellen, beweist folgender Vorfall bei der Stimmabgabe für die Erbschaften zur Arbeiterpensionskasse: Von mehr als 700 Arbeitern gingen nur 340 zur Urne; von diesen gaben fast alle weiße und ungünstige Stimmzettel ab, so daß der Vertreter mit 16 Stimmen und der Ersaymann mit 12 Stimmen gewählt wurde.

Eine treffendere Antwort konnte der Generaldirektion kaum gegeben werden.

Die Arbeiter wollen nicht mehr ihre besten Kollegen durch die Wahl zum Arbeitervertreter maßregeln lassen. Sie legen auf „Wohlfahrtsvereinigungen“ keinen Wert, in welchen ihre Fürsprecher entlassen werden. Ist es schon in den Großstädten für die Ausschussmitglieder sehr schwer, sich mit den Betriebskollegen in Verbindung zu setzen, so draußen im Lande vollständig unmöglich, wo ein Ausschussmitglied das Personal von etwa 100 Stationen zu vertreten hat.

Die Verhältnisse hier liegen um vieles schlimmer als bei der großen Berliner Straßenbahn, wenn man überhaupt einen Vergleich ziehen will.

Man höre und staune: „Die sächsische Eisenbahnverwaltung hat den Ausschussmitgliedern verboten, Versammlungen abzuhalten und Briefe auf dem Dienstwege zu wechseln! Noch nie ist ein Ausschussmitglied gutachtlich von seinen Vorgesetzten befragt worden.“

Mit diesen reaktionären Verhältnissen aufzuräumen, muß das Ziel aller Eisenbahnarbeiter sein; jedoch kann hier nur eine starke, geschlossene, freie Organisation Wandel schaffen!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die heutige Bezirksversammlung für Lichtenberg findet nicht um 8 1/2, sondern um 6 1/2 Uhr statt. Die Ortsverwaltung.

Die Treppengeländerarbeiter besprachen in ihrer Branchenversammlung am Montag die Lage in ihrem Beruf. Lobhaft wurde darüber gesagt, daß viele Arbeiter der Branche häufig Überstunden machen, woraus sich für die allgemeine Lage der Berufsangehörigen mancherlei Mißstände ergeben. Die Organisation der Holzarbeiterverband, hat das Überstundenwesen seit Jahren bekämpft, und zwar mit Erfolg. Die Treppengeländerarbeiter, die früher nur Saisonarbeiter waren, haben es durch konsequente Ablehnung der Überstunden dahin gebracht, daß ihre Arbeit eine mehr ständige geworden ist. Wenn jetzt das Unwesen der Überstunden wieder eintritt, muß sich die Arbeitslosigkeit wieder auf kurze Zeit zusammenbringen und den Arbeitslosen das Unterkommen erschweren. Aber noch eine andere unangenehme Folge ist zu erwarten. Durch viele Überstunden und Sonntagsarbeit erzielen manche Arbeiter einen verhältnismäßig hohen Wochenverdienst im Afford. Das wird den Unternehmern, wenn der Tarif im nächsten Jahre abgelaufen ist, Veranlassung geben, unter Hinweis auf den hohen Affordverdienst der Arbeiter, eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzulehnen oder gar Verschlechterungen zu befürworten. Aus diesen Gründen soll jeder Kollege dahin wirken, daß dem Unfug des Überstundenwesens im Interesse der Allgemeinheit ein Ende gemacht werde.

Deutsches Reich.

Achtung, Buchbinder!

Aus Schweden ging uns die Mitteilung zu, daß die Arbeitgeber anlässlich des noch immer andauernden Generalstreiks Arbeit in Deutschland herstellen lassen wollen und daß einige Arbeitgeber sich bereits mit Depeschen brüsten, durch die ihnen die Herstellung ihrer Arbeiten in Deutschland in Aussicht gestellt würde. Es sollen sowohl Druckmaschinen wie Geschäftsbücher in Frage kommen.

Wir ersuchen, auf das Eintreffen etwaiger Streikarbeit überall Obacht zu geben und zutreffenden Falles der örtlichen Verwaltung und durch diese dem Verbandsvorstand hierdon schnellstens Mitteilung zu machen.

Auch ist Zuzug von Buchbindern nach Schweden strengstens fernzuhalten!

Deutscher Buchbinder-Verband.

Die Holzarbeiter (Schlöter, Drechler, Maschinenarbeiter und Möbelpolierer in Pudenwalde sind in den Streik eingetreten. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Das Bürgermeisteramt Kreuznach als Streikbrecheragentur.

Mit welcher Fürsorge sich staatliche und kommunale Behörden der Unternehmung annehmen, sobald Lohnunterschiede irgendwo ausbrechen, beweist die städtische Kommunalbehörde der Stadt Kreuznach. Infolge größerer Betriebsbeschränkung der dortigen Glasbläse wurden die Arbeitslosen um etwa 80 vermehrt. Dadurch, daß die Kolalblätter dies pflichtgemäß registrierten — ohne natürlich der Arbeitslosen zu gedenken — wurde diese traurige Tatsache auch dem Arbeitgeberverband in Saarbrücken bekannt — der seine Führer ja überall ausgebreitet hatte —, und ließ sich dann auch sofort 100 bis 150 Leute verschreiben. Auf die Weigerung der Arbeiter, sich einfach als Streikbrecher verschiden zu lassen — sie hätten dem Bürgermeister den letzten Appell der Streikleitung

von Saarbrücken unter die Nase gehalten —, mußte der Sekretär der Armenverwaltung am Montag nach Saarbrücken fahren und mit dem Arbeitgeberverband unterhandeln. Nachts kehrte dieser Herr mit geschwelter Brust nach Hause, im Bewußtsein, den Armenetat mindestens mit 100 Mann wieder entlastet zu haben. Mittlerweile hatten jedoch das Gewerkschaftskartell und die Vorstände der Maurer- und Bauhilfsarbeiterverbände davon Kenntnis erhalten und bedachten den Bürgermeister mit nachfolgendem Schreiben, das gleichzeitig mit dem zurückkehrenden Sekretär beim Bürgermeister einging:

Kreuznach, den 6. September 1908.
An Herrn Bürgermeister Kirchstein,

Wie uns bekannt geworden ist, beabsichtigt das hiesige Bürgermeisteramt, die zurzeit Arbeitslosen, zufolge eines Gesuches des Arbeitgeberverbandes Saarbrücken, dort in Arbeit unterzubringen. Die unterzeichneten Korporationen erlauben sich darauf aufmerksam zu machen, daß in Saarbrücken und Umgebung seit 1/2 Jahr die Bauarbeiter sich im Streik und Aussperrung befinden, und demzufolge mehrere Tausend Arbeiter um ihre Existenz ringen. Sofern die Tatsache des Lohnkampfes dem hiesigen Bürgermeisteramt bekannt ist, kann die hiesige Arbeitererschaft nicht glauben, daß Kreuznach als einzige rheinische Stadt die gegenwärtige Notlage der Arbeitslosen dazu benützt, um sie als Streikbrecher nach Saarbrücken zu dirigieren und dadurch dem dortigen Unternehmertum Handlangerdienste zu leisten.

Für das Gewerkschaftskartell: Heint. Kiegl.
Für die Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter:
And. Dengel.

Daß dieses Schreiben nun beachtet würde, haben die Arbeiter von der Kreuznachrer Behörde allerdings nicht erwartet, um so weniger, als bei dem Wormser Streik der Bauarbeiter bei der Firma Paul Schmidt vor nicht langer Zeit durch den besoldeten Beigeordneten ebenso verfahren wurde. Der Herr führte dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells gegenüber bei einer Rücksprache sogar: „Was geht mich ein Streik an! Die sollen arbeiten, aber nicht streiken“ usw. Außerdem sei diese Streikbrecherermittlung ein Privatbergnügen und in das lasse er sich von niemandem hineinreden. So wurde auch diesmal verfahren. Die Arbeitslosen von Kreuznach hatten aber Ehrgefühl genug im Leibe, sich nicht als Streikbrecher verschiden zu lassen und lehnten dankend ab; nur 3-5 Mann konnten an die Drahtseilfabrik vermittelt werden. Das war der bisherige Erfolg. Aber auch diese werden nur dann die Arbeit aufnehmen, wenn dort keine Differenzen bestehen.

Tarifabschluß im Porzellan- und Reifeartikelgewerbe in Freiberg i. Sa. Ab 1. Oktober 1910 tritt in Freiberg i. Sa. anstatt der bisherigen 55stündigen Arbeitswoche die 50stündige in Kraft. Der Mindestlohn für Ausgelernte beträgt im ersten Jahre nach der Lehre 18, im zweiten Jahre 21 M. die Woche. Affordarbeitern wird dieser Mindestlohn garantiert. Bei Affordlohnfestsetzungen haben die Arbeiter durch eine von ihnen gewählte Kommission mitzuwirken. Nur solche Löhne sind im ausstehenden Lohnvertrag für beide Teile bindend. Bis zum 1. Januar 1910 sind alle Affordlöhne um mindestens 15 Proz. zu erhöhen. Ab 1. Oktober erhalten alle Arbeiter, auch die im Afford beschäftigten, neben ihrem verdienten Lohn pro Stunde 2 Pf. Zuschlag. Überstunden werden mit 10 Pf. pro Stunde extra vergütet. Werksstättenarbeiter dürfen Arbeit nach Feierabend nicht mit nach Hause nehmen. Das Zentraltarifamt für die Lederwarenbranche Deutschlands gilt als höchste Instanz in Tarifangelegenheiten. Der Tarif selbst gilt bis zu dem Termin, an dem im übrigen Deutschland die Tarife ablaufen, d. h. der 30. Juni 1911.

Ausland.

Kein Streik im Londoner Hafen.

Der Streit, der in der Leichterschiffahrt des Londoner Hafens wegen der Arbeitszeit ausgebrochen war, ist beigelegt. Der Streit war wegen der Auslegung der auf die Arbeitszeit der Lehrlinge bezüglichen Bestimmungen des Schiedsspruches von 1889 entstanden. Beide Parteien, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sind übereingekommen, daß die Auslegung des genannten Schiedsspruches einem vom Handelsamt zu ernennenden Kronjuristen übertragen werden soll.

Soziales.

Arbeiterferien.

Nur in wenigen Betrieben sind bisher Sommerferien für die Arbeiter eingeführt. Kurzfristiger Unternehmerstandpunkt kann sich nur selten dazu aufschwingen, den Arbeitern einige Tage der Erholung im Sommer zu gönnen, um ihnen die in täglichem, harter Fron Jahren, jahraus arbeiten müssen, Gelegenheit zu geben, sich körperlich und geistig zu erholen. Vielfach sind die von der Firma bewilligten Ferien auch von so kurzer Dauer, daß sie den eigentlichen Zweck nicht erfüllen können. Und die Arbeiter auch nur einiger Gewerbe erfreuen sich dieser kleinen Vergünstigungen. Neben dem Buchdruckgewerbe ist es das Brauergewerbe, in dem in einer namhaften Anzahl von Betrieben Ferien für die Arbeiter eingeführt sind.

Im Laufe der Jahre ist es dem Brauereiarbeiterverbände nicht nur gelungen, dem Erholungsurlaub für die Berufsarbeiter eine ausgedehnte Verbreitung zu verschaffen, sondern sie konnten ihn auch tariflich festlegen. Der Erholungsurlaub ist in der Regel nach dem Dienstalter steigend und beträgt 2-8, teilweise 14 Tage bei Bezahlung des vollen Lohnes. Bis zum Jahre 1908 (einschließlich) war ein solcher Erholungsurlaub für 30 504 Personen tariflich festgelegt. Bemerkenswert ist, daß in einer größeren Brauerei in Hannover bei einwöchentlichem Urlaub neben der vollen Bezahlung des Lohnes noch ein Zuschuß von 15 M. pro Person gezahlt wird, und zwar partizipieren daran die gesamten Arbeiter des Betriebes. Es wäre zu wünschen, daß ähnliche Einrichtungen bald allgemein eingeführt würden.

Eine Bauarbeiterschuttkonferenz für das Herzogtum Braunschweig fand am Sonntag, den 12. September, in Langelsheim am Harz statt. Die Konferenz war von 35 Delegierten aus 12 Städten und Orten des Herzogtums, außerdem von den Bauvorstehenden der verschiedenen Verbände, vom Genossen W. Heine von der Zentralkommission für Bauarbeiterschuttkonferenz aus Hamburg und einem Mitgliede der Bauarbeiterschuttkommission aus Magdeburg besucht.

Genosse Heine sprach über „Die reichsgesetzliche Regelung der Bauarbeiterschuttkonferenzfrage und die hannoversche Baugewerkschafts-Vereinsfrage“.

Ueber „Der landesgesetzliche Bauarbeiterschuttkonferenz und die ministerielle Verordnung vom Jahre 1908 für den Bauarbeiterschuttkonferenz“ referierte der Sekretär des Maurerverbandes, Genosse Schulze-Drauschweig. Es wurde hierzu eine Resolution angenommen, die einzelne substantiierte Forderungen der Bauarbeiter enthält. Diese Resolution soll als Forderung der Konferenz der Braunschweiger Landesregierung unterbreitet werden. Die Konferenz fordert weiter die Aufnahme von Bestimmungen in die Anweisung des Ministeriums, des Inhalts, daß die Bauten, in denen gearbeitet wird, in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Mai jeden Jahres gegen Zugluft abgedichtet werden (Fenster, Türen); daß für jede Baustelle Wachsgefäße nebst Seife und Handtüchern von den Arbeitgebern zu liefern sind, und zwar für größere Baustellen in dem Umfange, daß für mindestens je zehn beschäftigte Personen je ein Wachsgefäß nebst der entsprechenden Zahl von Handtüchern vorhanden sein müssen.

Die Steinseher und Verussgenossen beantragen, bei dem Staatsministerium dahin zu wirken, daß auch das Steinsehergewerbe unter die bezügliche Gesetzgebung (Sicherheitsvorkehrungen bei der Ausführung von Bau- und Abbrucharbeiten) zu stellen.

Die Konferenz nahm ferner eine Protestresolution gegen die bekannten Ausführungen des Zimmermeisters Kieß an, der die Verlesungen für Stimulanten und Rentenbetrüger erklärt hatte.

Den Schluß der Konferenz bildete ein Referat des Gauleiters der Maurer, des Genossen Varnstorff-Hannover, über „Die Agitation für den Bauarbeiterschuttkonferenz in den Gewerkschaften und den einzelnen Gemeinden“.

Aus der Frauenbewegung.

Som Kampfe gegen das Frauenstimmrecht in England.

Mit wachem Behagen druckt die deutsche Bourgeoispreffe alle die verlogenen Berichte nach, die von England aus über die Kampfstaktik der Suffragettes verbreitet werden. Man will dadurch nicht nur die englischen Frauenrechtlerinnen dem allgemeinen Hohngeächter preisgeben, sondern auch Stimmung gegen die Frauenstimmrechtsbewegung überhaupt machen. Selbst demokratische Blätter entblöden sich nicht, diese unanständige Praxis mitzumachen. — Ein Hungerstreik der inhaftierten Suffragettes waren diesem Pöbelgeächter kürzlich der willkommenen Anlaß zu neuen Lügen und Verdrehungen. Die Frauenrechtlerinnen, hieß es, hätten damit beabsichtigt, sich der Verstrafung überhaupt zu entziehen. Demgegenüber beröcklicht die „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ in ihrer letzten Nummer einen ausführlichen Bericht über die wahren Motive zu dem Entschluß der Nahrungsverweigerung. Die auf Grund der Gesetze wegen „Aufruhrs“, „Obstruktion“ und dergl. verurteilten Frauenrechtlerinnen werden nicht als politische Gefangene behandelt, sondern genau so wie Verbrecher, die wegen Diebstahls oder anderer Dinge eingesperrt werden. Sie wollen nun ihre Einrangierung in die ihnen bei loyaler Handhabung der Gesetze zustehende 1. Strafflasse erzwingen, und 14 wegen „Aufruhrs“ verurteilte Suffragettes haben damit bereits den Anfang gemacht. Sie weigerten sich, ihre Kleidung abzulegen und Gefängnisstittel zu tragen, sie wehrten sich gegen die Sticlust der Zelle, deren Fenster nicht geöffnet werden konnten, durch Einwerfen der Scheiben und begingen eine Reihe ähnlicher Widersehligkeiten, indem sie ankündigten, daß sie so lange hierbei beharren würden, bis sie als politische Gefangene behandelt würden. Darauf wurden sie zu Dunkelzelle in feuchthalten, unterirdischen Kammern ohne Fenster verurteilt. Die ganze Ausstattung dieser Höhlen bildeten eine Pritsche, ein Baumstumpf als Tisch und ein schmieriger Gummitrinkebecher. Obwohl die Gefangenen ohnehin entsehllich litten, nahmen sie willig neue Leiden auf sich, indem sie die Brutalität der Regierung mit dem Hungerstreik beantworteten. Alles, was über Taktlichkeiten der Eingekerkerten gegen das Gefängnispersonal in der Presse berichtet wurde, gehört in das Reich der Fabel. Als das Parlament sich auf Grund einer Interpellation mit der standlosen Behandlung der kämpfenden Frauenrechtlerinnen beschäftigten mußte, erlitt die Regierung eine schwere Niederlage. Sie versuchte sich dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß sie die Gefangenen nach 2 bis 3 Tagen aus dem Kerker entließ.

Das ist in Kürze die Geschichte des Hungerstreiks der Suffragettes. Immer unhaltbarer wird die Situation der englischen Regierung, immer weitere Kreise ergreift dafür die Frauenstimmrechtsbewegung. Der Fähigkeit, Aufopferung und Rücksichtslosigkeit, mit denen die Suffragettes für ihre Sache kämpfen, haben wir unsere Anerkennung nie versagt, obwohl das Ziel ihres Kampfes mit dem unsrigen nichts gemein hat. Sie kämpfen für ein beschränktes Wahlrecht, das nur einer dünnen Schicht von Frauen der bestehenden Klassen zugute käme; auf dem Boden des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts treten wir für die volle politische Befreiung aller Frauen ein. —

Versammlungen.

Angriffe gegen den Hauptvorstand des Verbandes der hantgewerblichen Hilfsarbeiter sind enthalten in einer Broschüre, welche ein ehemaliger Hilfsarbeiter des Hauptverbandes unter dem Titel „Der rote Sumpf“ herausgegeben hat. Die Broschüre hat bei einem Teil der Verbandsmitglieder Aufsehen erregt und die Bahlfeste Rixdorf verlangte die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Zweigvereins Berlin, wo der Inhalt der Broschüre besprochen werden sollte. Diese Generalversammlung fand am Sonntag statt. Der Hauptvorsitzende Behrendt-Hamburg stellte den in der Broschüre angeführten Behauptungen Tatsachen gegenüber, um zu zeigen, daß alle Beschuldigungen, welche der Verfasser der Broschüre gegen den Hauptvorstand erhebt, vollkommen unbegründet seien und daß der Verfasser in verschiedenen Punkten wesentlich die Unwahrheit gesagt habe. Im Wege einer Beleidigungsklage gegen Roche, den Verfasser der Broschüre, werde vor Gericht volle Klarheit über diese Angelegenheit geschaffen werden. — Mehrere Diskussionsredner erklärten zwar, daß sie durch die Ausführungen des Referenten nicht befriedigt seien, doch scheint es, daß diese Redner nur eine Minderheit vertreten. — Die Versammlung war nur schwach besucht und von den wenigen Besuchern entfernte sich ein großer Teil schon während der Diskussion, was darauf schließen läßt, daß die große Mehrheit der Mitglieder nicht viel auf die Angaben Roches gibt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Maßnahmen gegen die Cholera.

Duisburg, 14. September. (W. G.) Die Regierung in Düsseldorf hat die Polizeibehörde in Emmerich beauftragt, alle von Rotterdam kommenden Fahrzeuge zu untersuchen, um die Einschleppung der Cholera zu verhindern.

Ein Ehedrama.

Frankfurt a. M., 14. September. (W. T. V.) Heute nachmittag erschah hier der Arbeiter Theodor Jäger seine 26jährige Frau und schoß dann sein zweijähriges Kind in ein Ohr. Er selbst verstaute sich hierauf an der Tür zu erhängen. Der herbeigerufenen Rettungswache gelang es, den Mann wieder ins Leben zurückzurufen, worauf er in polizeilicher Gewahrsam genommen wurde. Das schwer verwundete Kind ist ins Krankenhaus gebracht worden. Das Motiv der Tat soll Unreue der Frau sein.

Der Agrarier Skandalprozeß.

Agram, 14. September. (W. G.) Heute beendete im Hochverratsprozeß der Staatsanwalt sein Plaidoyer. Er beantragte gegen fünf Angeklagte Todesstrafe, gegen die anderen 10 bis 20 Jahre Kerker.

Coolingt.

Paris, 14. September. Wie der „Matin“ aus London berichtet, kündigt nunmehr Cool seine Absicht an, den Kommandanten Peary wegen Verleumdung gerichtlich verfolgen zu lassen, sobald er in New York eingetroffen sein werde. Auch wolle er Schadenersatz von ihm verlangen.

Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 14. September 1909.

Vormittagsitzung.

Auf der Tagesordnung steht heute an erster Stelle der parlamentarische Bericht.

Berichterstatter Ledebour:

Die verflorenen Sessio... war außerordentlich umfangreich und brachte ausgiebigere Debatten als sonst...

In diesem Augenblick betritt Wedel den Saal und wird mit härmlichem Händelatschen begrüßt.

Ledebour (fortfahrend):

Der Bericht ist diesmal sämtlichen Fraktionsmitgliedern vor seiner Publikation zur Durchsicht zugegangen und einige Änderungs- wünsche haben die gebührende Berücksichtigung gefunden...

Selbstverständlich sind in Presse und Versammlungen kritische Bemerkungen über die Tätigkeit der Fraktion laut geworden. Das ist an sich sehr erfreulich, denn nichts könnte der Fraktion unangenehmer sein, als die Gleichgültigkeit der Massen gegen die parlamentarische Tätigkeit...

schmächtig im Stich gelassen.

Das Verhalten der Liberalen bewies die Torheit des Gedankens, unsere Politik gewissermaßen aus der Seele der anderen Parteien heraus einzurichten. Die Liberalen haben es so gemacht und ihre Anträge nach der Seelenstimmung ihrer konservativen Hottentotten-Blockbrüder zugeschnitten...

Ein anderer Vorwurf geht dahin, daß die Fraktion nicht mit dem genügenden Feuer und Schwung die Situation bei der Finanzreform agitatorisch ausgenutzt habe, daß sie hinter den berechtigten Erwartungen zurückgeblieben ist...

Finanzreform.

zumal ich nicht weiß, ob in bezug auf die anderen durch die Verhältnisse in den Hintergrund gerückten Fragen irgend welche Ausstellungen zu machen sind. Wie gesagt, hängt die Finanzfrage eng mit der Verfassungsfrage zusammen...

opponiert, wenigstens nicht öffentlich. Die Beherrschung Deutschlands durch die preussische Bürokratie wird dadurch ermöglicht, daß auch im Reichstag die eigentlich bürgerlichen Parteien abwechselnd der Junkerpartei, der Konserverativen, den Steigbügel halten und sie auf dem Rücken des deutschen Michel herumreiten lassen...

eine Art Triole

ist, wobei die Polen die wenig anmutige Rolle des kurzfristig gesuchten Dritten spielen. (Große Heiterkeit.) Zum Teil erklärt sich die Unterstützung der Junker durch die bürgerlichen Parteien durch das Anwachsen der Sozialdemokratie, das den bürgerlichen Parteien Angst in das schlotternde Gesein jagt...

umgekehrte progressive Einkommensteuer.

belastet prozentual ein Einkommen um so mehr, je kleiner es ist. Die zweite Wirkung ist die, wenn der Mann mit der blauen Krawatte die direkten Steuern einholt, so merkt das natürlich jeder Betroffene...

Ein weiterer Mibstand des indirekten Steuersystems ist folgender. Je kleiner der Massenverbrauch, desto geringer sind die Einnahmen aus den indirekten Steuern. So kommt es, daß gerade beim wirtschaftlichen Niedergang, wenn die Masse schon so wie so Not leidet, der Bedarf nach neuen Steuern sich einstellt...

Schädigung des konstitutionellen Prinzips und des Budgetrechts

des Reichstages, und im Interesse der eigenen Macht hätten auch die Mehrheitsparteien auf ein Mantelgesetz drängen müssen. (Sehr richtig.) Bei einer künftigen Finanzreform werden wir auf das energischste gegen dies nichtswürdige Manöver der Schädigung des Budgetrechts Front machen...

kleinliche, gehässige Minderheitsregierung. Die oppositionellen Parteien werden in einer Weise unterdrückt, die in einem parlamentarisch regierten Lande gegenüber Minderheitsparteien einfach unmöglich wäre. Wir Sozialdemokraten haben das am eigenen Leibe erfahren; aber auch die Liberalen sind selbst zur Zeit des Hottentottenblocks mit Skorpionen gezeichnet worden...

zugeredet wie einem kranken Schimmel (Heiterkeit), für unsere Anträge zu stimmen? Wir haben unsererseits für liberale Anträge gestimmt, wenn wir konnten...

Rum aber das Zusammengehen bei den Wahlen. Ob sich da etwas ändern wird, liegt nicht an uns, sondern an den Liberalen. In der letzten Zeit haben die Liberalen bei allen Wahlen, namentlich aber bei den Stichwahlen gegen uns gestimmt...

Mit dem parlamentarischen Bericht werden gleichzeitig die Anträge 30, 31, 33, 34 und 41*) beraten.

Den Antrag 30 begründet Gradnauer-Dresden: Wir wissen, daß die Fraktion stets der Frage der Neueinteilung der Wahlkreise die gebührende Berücksichtigung geschenkt hat...

Kampf-Dresden begründet den Antrag 31, der die Fraktion auffordert, energisch auf Verkürzung der Legislaturperiode zu drängen. Die herrschenden Parteien haben die Verlängerung der Legislaturperiode durchgedrückt...

Wäcker-Gamburg

begründet die Resolution 206. Zunächst danke ich im Auftrage meiner seemannischen Berufsgenossen der Fraktion für ihre Tätigkeit zugunsten der seemannischen Arbeiterschaft...

*) 30. 6. sächf. Kreis: Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, den Antrag auf gleichmäßige Einteilung der Reichstagswahlkreise so oft als irgend angängig einzubringen.

Bei Reichstagswahlen ist bei Unterfügung eines bürgerlichen Kandidaten demselben mit zur Pflicht zu machen, für diese unsere Forderung einzutreten.

31. 4. sächf. Kreis: Der Parteitag wolle beschließen, unsere Fraktion im Reichstage zu beauftragen, einen Antrag einzubringen, in welchem die Herabsetzung der fünfjährigen Legislaturperiode auf die ursprünglich dreijährige gefordert wird.

33. Saarbrücken: Der Parteitag möge bestimmen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei Vorberatungen sozialpolitischer Gesetzesvorlagen jedesmal eine vorherige Rücksprache mit den Arbeitervertretern oder einem Teil derselben veranstaltet.

34. München I und II: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstage dahin zu wirken, daß den Ausländern die Erwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit leichter gemacht wird als bisher.

41. Berlin I: In Anbetracht, daß die bisherige Politik des Liberalismus nichts war als eine dauernde Kette des Verrats von Arbeiterinteressen; daß auch bei der Finanzreform die Liberalen das arbeitende Volk mit der Unsumme indirekter Steuern belasteten...

phrasen gemacht, wobei der freisinnige Abg. Hoormann-Bremen sich als ausgesprochener Modestant gezeigt hat. Wir richteten einen neuen Aufruf an die Fraktion, uns zu unterstützen in unserem schweren Kampfe um die Erweiterung der seemannischen Rechte, durch Kritik der bestehenden Zustände und durch praktische Arbeit für den weiteren Ausbau der seemannischen Arbeiterschutzgesetzgebung. Es handelt sich hier um eine Frage der Menschlichkeit, nicht um eine parteipolitische Frage. (Sehr richtig!) Unsere Resolution soll keine Beschwerde gegen die Fraktion sein, sondern eine Klage über die Verhältnisse für sie, gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien, die die alberne Legende verbreiten haben, hinter der Kritik der Sozialdemokratie stehe nicht die seemannische Bevölkerung, sondern es sei nur eine Sache gewissenloser Hege. Wir brauchen eine durchgreifende Revision der Seemannsordnung. Die letzte Revision war nur eine Scheinrevision. Die Erfahrungen auf den Seemannsämtern und in den Gerichtshöfen bestätigen das Vorliegen der Klagen und Schäden. Selbst Richter und Behörden haben anerkannt, daß die sogenannte revidierte Seemannsordnung ungenügend ist, sie ist ein Messer ohne Dorn und Klinge. Wir verlangen seemannische Arbeitssämter analog den Gewerbeämtern. Wir verlangen, daß die seemannische Bevölkerung nicht von dem Genuß der Arbeiterschutzgesetze ausgeschlossen wird. Möge die Fraktion einen selbständigen Gesetzentwurf einbringen, damit endlich der rücksichtslosen Verschwendung der Menschenleben im Seebetriebe ein Ende gemacht wird. (Weisfall.)

Damit ist die Begründung der Anträge erledigt. Es folgt die allgemeine Aussprache.

Stadthagen:

Ich möchte hier einen Vorgang klarstellen, der sich auf die Beschäftigung von Frauen auf Bauten bezieht, weil da ein falsches Bild entstanden ist. Die Sache war folgende: Wir waren der Meinung, daß man ganz allgemein und nicht nur auf Bauten gesundheitsgefährliche Arbeiten verbieten soll. In der Kommission hatte zunächst das Zentrum beantragt, die Frauenarbeit auf den Bauten zu verbieten. Dadurch wären den Frauen zum Beispiel Reinigungsarbeiten verboten worden. Aber die gesundheitsgefährliche Arbeit des Sacktragens usw. wäre geblieben. Im übrigen kann, ja muß der Bundesrat schon heute gesundheitsgefährliche Arbeiten verbieten. Ich wandte mich gegen den Zentrumsantrag, weil er nicht weit genug geht und nicht in das System der Gewerbeordnung hineinpaßt. Ich wollte die bürgerlichen Parteien dazu bringen, auf weiteren grundsätzlichen Standpunkt zu treten, wonach jede der Eigenart der weiblichen Bevölkerung widersprechende Frauenarbeit verboten wird. Das ist auch im Protokoll richtig dargestellt. Nun ist in der Agitation behauptet worden, daß die Abg. Molkenbühr und Schmidt Bedenken gegen die Art meiner Beurteilungen erhoben haben sollen. Schmidt hat freilich ohne vorherige Rücksprache mit mir erklärt, daß er für den Transport von Materialien verbietet. Mein Standpunkt war auch der Standpunkt der Fraktion in der ersten Lesung. Es ist völlig unrichtig, daß irgend ein Mitglied von uns sich gegen den erweiterten Arbeiterinnenschutz ausgesprochen hat. Darüber, ob dieser oder jener Weg richtig ist, kann man ja verschiedener Meinung sein. Im Plenum habe ich dann unseren Standpunkt dargelegt:

Meine Herren! Im letzten Absatz dieses Paragraphen ist in der Kommission neu eingeführt das Verbot von bestimmten Arbeiten Arbeiterinnen gegenüber. Es sollen Arbeiterinnen nicht zum Transport der Materialien bei Bauten aller Art verwendet werden, und es sollen Arbeiterinnen nicht in Katakomben verwendet werden dürfen. Es läßt sich nicht leugnen, daß ein derartiges Verbot nicht im Einklang steht mit dem bisherigen System der Gewerbeordnung. Es läßt sich nicht leugnen, daß es eigentlich Sache des Bundesrats und der Landespolizeibehörde gewesen wäre, längst dahingehende Verbote zu treffen, durch welche gesundheitsgefährliche Beschäftigungen von Arbeiterinnen verboten werden. Es steht ja in der Gewerbeordnung, daß der Bundesrat berechtigt, also, siehe ich hinzu, auch verpflichtet ist, gesundheitsgefährliche Beschäftigungen von Arbeiterinnen zu verbieten. Leider ist der Bundesrat dazu nicht übergegangen. Ja, meine Herren, es ist so weit gekommen, daß in Gegend, wo wir eine solche gesundheitsgefährliche Beschäftigung sehen, sie noch nicht einmal von der Landeszentralbehörde untersagt wird. Wir sind gegen das Tragen von Materialien auf Bauten. Der ursprüngliche Antrag war ja bei weitem zu weitgehend, da nach seiner Fassung auch die Reinigungsarbeiten verboten worden wären. Aber diejenigen Arbeiten, die den weiblichen Organismus gefährden, wie das Tragen schwerer Lasten, sind nicht einmal verboten worden in Bayern, wiewohl in Bayern, besonders in München, der Unfug besteht, daß die Frauen mit Tragen von schweren Lasten beschäftigt werden. Es sind Erhebungen über Erhebungen dort angestellt worden und Gutachten von Gewerbeinspektoren sind eingeholt. Diese haben sich sämtlich, bis auf einen, für die Einschränkung der Frauenarbeiten auf Bauten ausgesprochen. Der Obermedizinalrat Grasley hat ein Gutachten abgegeben, worin er erklärt, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen im Baugewerbe zum Tragen schwerer Lasten, wie Mörkel, Stuck, Steinen und Wasser gesundheitsgefährlich und ein Verbot dieser Arbeit angebracht sei. Er legt das näher aus, einander, welche Gefahren für die Frauen noch dadurch entstehen. Meine Herren, mir scheint, daß dieselbe Gefahr, die für die Frau bei dieser schweren Arbeit auf den Bauten und in der schweren Arbeit in Katakomben besteht, daß dieselbe Gefahr besteht beim Tragen von allen schweren Lasten im Transportgewerbe und auch außerhalb desselben, vor allem auch in der Landwirtschaft. Ich bedauere lebhaft, daß die Anregungen die wir in der Kommission gegeben hatten, daß man dann, wenn man einmal geleglich vorgeht, ein allgemeines Verbot aller dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Arbeiten aussprechen sollte, auf unfruchtbaren Boden gefallen ist. Wir können im letzten Stadium der Verhandlung selbstverständlich ein solches Verbot, das über den Rahmen der Gewerbeordnung natürlich und auch über das ausgesprochene Verbot hinausgeht, nicht einbringen. Wir müssen uns mit diesem Verbot begnügen, daß die in diesem Absatz besonders gekennzeichneten gesundheitsgefährlichen Beschäftigungen von Arbeiterinnen vermieden werden.

In der zweiten Lesung in der Kommission haben wir selbstverständlich dafür gestimmt, aber nicht etwa, weil die Fraktion uns dazu gezwungen hat. Die recht ist mit meiner Anschauung hatte, daß wir nach vorwärts treiben müssen, geht ja der weitere Verlauf, das Zentrum hat sich sogar bereit finden lassen, seinen Antrag hinauszuschieben mit Wirksamkeit bis auf den 1. April 1912, wo er ziemlich gegenstandslos sein wird, da ja bis dahin polizeiliche oder Bundesratsverordnungen auf diesem Gebiet erlassen sein dürften. Ich hielt es für nötig dies auszuführen, um der Legendeneubildung entgegenzutreten, als ob ich etwa gegen Arbeiterinnenschutz sei. Einen solchen Witz sollte man mir doch nicht zuzurechnen, sondern man sollte sich vorher an der Hand des Materials unterrichten. Verschiedener Ansicht kann man vielleicht darüber sein, ob es richtig ist, die Gegner weiter zu treiben. Ich halte das für den richtigen Weg, das ist der erprobte Weg, den ich in Kommissionen wiederholt gegangen bin und durch den wir überhaupt nur Erfolge erzielen können.

Noch ein Wort über unsere eventuelle Stellung zur dritten Lesung der Erbschaftsteuer. Ich bedauere, daß der Antrag München zurückgezogen ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß in der Fraktion, wie in jeder demokratischen Gemeinschaft, die Mehrheit sich der Mehrheit unterzuordnen hat, natürlich unter Aufrechterhaltung der Parteitagbeschlüsse. Ich habe in einer Versammlung in Niederbarnim meine Stellung zur Erbschaftsteuer dargelegt, das Recht dazu werde ich mir nicht nehmen lassen, denn ich bin nicht der Fraktion allein verantwortlich, sondern meinen Wählern, dem gesamten Proletariat und der Arbeiterklasse. Bei der Beratung unserer Stellung zur ersten Lesung der sogenannten Erbschaftsteuer hatte die Fraktion mit

Majorität beschlossen, zu erklären, daß sie dagegen stimmen will, und das hat ja auch Singer getan, indem er im Plenum ausführte:

„Je nach dem Ausfall dieser Beratungen werden wir unsere Beschlüsse fassen. Aber ich kann Ihnen schon jetzt sagen, daß wir die Vorlage, wie sie jetzt ist, und wie sie vermutlich noch verschlechtert werden wird, als zur Annahme für unsere Fraktion nicht geeignet bezeichnen müssen.“

Ich gebe zu, die Erklärung hätte etwas schärfer und präziser sein können. In der zweiten Lesung stimmten wir für das Prinzip und gegen so ziemlich alle Einzelheiten der Vorlage, weil der Entwurf die reine Paraphrase auf eine wirkliche Erbschaftsteuer ist. Die dritte Lesung fand nicht statt, ich habe aber meine persönliche Stellung dargelegt, die ja übereinstimmend mit der Stellung der Fraktion bei der ersten Lesung. Zwischen erster und zweiter Lesung war von einer Seite gesagt worden, wir müssen eventuell in dritter Lesung dafür stimmen. Da habe ich erklärt, wenn die Fraktion eine solche Stellung eingenommen hätte, hätte ich mich dem nicht beugen können, ich hätte dagegen gestimmt oder mich enthalten. Ich habe mich vielleicht etwas schief ausgedrückt und habe selbstverständlich nur gemeint, daß ich mich der Abstimmung enthalten würde. Das hätte ich getan und hätte ich tun müssen, weil diese Deforation der Erbschaftsteuer nur ein Sprungbrett für diese ungeheuerliche Volksbelastung geworden wäre. Dazu hätte ich unter keinen Umständen meine Hand geboten, und dazu konnte ich um so weniger gezwungen werden, als die Mehrheit der Fraktion von vornherein sich auf den Standpunkt gestellt hat: diesen Schwindel machen wir nicht mit. In einem ähnlichen Falle würde ich genau so handeln. (Weisfall.)

Schubert-Spandau:

Der Vorwurf, daß die Fraktion nicht praktisch gearbeitet habe, geht nur von einer bestimmten Gruppe aus, die da glaubt, durch Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien mehr Erfolge zu erzielen. Für mich handelt es sich um die Frage, ob eine Obstruktion möglich wäre, und da bin ich der Meinung, daß die Fraktion zur Obstruktion hätte greifen müssen. Die Partei hat 1902 bewiesen, daß Obstruktion möglich ist, und sie wäre auch trotz der verschlechterten Geschäftsordnung noch möglich gewesen. (Widerspruch.) Nun zur Frage des Zusammengehens mit den bürgerlichen Parteien. Ein Partieren mit den Liberalen ist undenkbar. Wohl sind freisinnige und Nationalliberale einen Augenblick in Opposition. Aber sie werden immer wieder dazu getrieben, sich mit der kapitalistischen Regierung zum Schutze des Kapitals zu vereinigen. Wir erleben es immer wieder, daß die mit unserer Hilfe gewählten Freisinnigen gegen uns Stellung nehmen und das Proletariat schädigen. Einzelne Parteigenossen suchen zwar immer wieder nachzuweisen, daß ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien möglich ist. Die Arbeiter aber verzichten auf ein Zusammengehen mit den Freisinnigen, und wir sagen, die Genossen, die mit den bürgerlichen Parteien zusammengehen wollen, sollen dann lieber gleich selbst zu ihnen gehen, uns aber ungeschoren lassen. (Lebhafter Weisfall.)

Schrader-Hannover:

Nur ganz vereinzelt sind Vorwürfe gegen die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion erhoben worden. Das Volk ist überzeugt, daß die Fraktion in jeder Weise in allen Fragen die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und praktische Politik getrieben hat. Mit der Obstruktion wäre kein Erfolg zu erzielen gewesen. Außerordentliches Erschauen hat es bei vielen Parteigenossen erregt, daß einzelne Genossen Dinge, die sich in der Fraktion abgespielt haben sollen, so ohne weiteres an die Öffentlichkeit gezeit haben. Das hätte und sehr nachteilig werden können. Der Parteitag muß bestimmen, welche Stellung die Fraktion bei einer etwaigen neuen Erbschaftsteuer einnehmen soll. Es darf sich nicht wiederholen, daß ein Abgeordneter vor aller Öffentlichkeit erklärt: Die Fraktion möchte beschließen haben, was sie wollte; er würde dagegen gestimmt haben. (Wamsch: Das hat er nicht gesagt!) Oder er würde sich der Abstimmung enthalten haben. Von anderer Seite war nicht bloß von Enthaltung, sondern vom Dagegenstimmen die Rede. (Stadthagen: Nur von der Lust, dagegen zu stimmen!) Disziplin muß gehalten werden. Fraktionsbeschlüsse müssen für die einzelnen Abgeordneten bindend sein. (Weisfall.)

Wagner-Drauschwitz:

Wir Parteigenossen im Lande tappten über die Stellung der Fraktion zur Erbschaftsteuer im Dunkeln. Aus Singers Erklärung lasen wir die bestimmte Ablehnung heraus. (Weisfall: In dritter Lesung!) Dann gab in zweiter Lesung David die Erklärung ab, die Fraktion werde doch dafür stimmen. Das stand in einem gewissen Widerspruch zur Erklärung Singers, und man mußte annehmen, daß sich in der Fraktion eine Wandlung vollzogen. (Weisfall: Rein, das war ja bei der zweiten Lesung!) Gerade bei zweiter Lesung hatten wir alle Ursache, nicht Vorspanndienste zu leisten für Bloßfänger und Bloß. Hätte der Bloß die Erbschaftsteuer und seinen Kanzler gerettet, dann hätten die Herren wahre Orgien in der Erfindung indirekter Steuern gefeiert. Diese national-liberal-freisinnige Heulerpolitik durfte nicht in die geringste Verührung mit unserer Fraktion kommen. (Weisfall: Ist sie ja auch nicht!) Wir hätten in der kritischen Stunde dem Reichskanzler keine Gefolgschaft leisten dürfen. (Weisfall: Haben wir ja auch nicht!) Die gemeine hinterlistige Spitzbüberei der Regierungsvorlage verurteile ich noch mehr als den brutalen Raubzug des Schnapsbrotts. Unsere Agitation mußte sich ganz besonders gegen die Bloßpolitik richten. Statt dessen wurde die Erbschaftsteuer ganz in den Vordergrund gestellt und die Liberalen mit einem Glorienkranz umgeben. Die Fraktion hätte sich überhaupt auf keine Verhandlungen einlassen und die ganze Steuerreform von Anfang an obstruktionsartig bekämpfen müssen. Wir hätten mit großer Machtentfaltung den Reichstag umzingeln müssen und in allen großen Städten hätten wir am gleichen Tage Massendemonstrationen machen müssen. Sie werden vielleicht sagen, das hätte nicht geholfen. Nun, eure diplomatische Politik hat auch nichts geholfen. Wir haben jetzt ja auch einen günstigen Agitationsboden, aber nur deshalb, weil unsere Fraktion in der Erbschaftsteuer unterlegen ist. Hätten wir den Kanzler gerettet, so wären wir in die allergrößte Verlegenheit gekommen. (Weisfall: Das hätten wir doch nicht getan!) Ich schließe mich den Ausführungen Kautskys an und wünsche für die Zukunft eine weniger diplomatische und mehr propagandistische Taktik im Reichstage.

Winkler-Berlin:

Zwischen Zentrum und Polen besteht kein Triebverhältnis, sondern ein regelrechtes Konsubinatsverhältnis. (Heiterkeit.) Ursprünglich war die polnische Fraktion nur zur Vertretung rein polnischer Angelegenheiten begründet worden; aber die polnischen Abgigen, die bei der Rückständigkeit der polnischen Bevölkerung gewählt wurden, erkannten sofort das Tschechenverhältnis und benutzten ihre parlamentarische Stellung, um im Parlament ihre Töcher zu füllen und Angriffe auf ihre Töcher abzuwehren. Das Zentrum mit seiner Rückschlauheit hat sich die polnische Fraktion unterworfen gemacht. Die politischen Interessen der polnischen Bevölkerung werden von der polnischen Fraktion nur lau wahrgenommen. Dagegen gehen die Herren in wirtschaftlichen und Steuerfragen ganz mit den reaktionären Parteien. Im Lande deutet sich die Polenfraktion mit der Behauptung, sie habe gegen die Erbschaftsteuer gestimmt, um Willow loszuwerden. Die gemeine Art der Kampfweise der Polen gegen uns geht aus der Behauptung hervor, die Sozialdemokraten hätten Willow halten wollen und darum für die Erbschaftsteuer gestimmt. (Heiterkeit.) Wir sollten uns nicht von dem radikalen Gebaren einzelner polnischer Abgeordneter blenden lassen.

Dr. Söderström:

Am sich ist die Kritik über die Haltung der Fraktion sehr gut und zeugt vom geistigen Leben. Aber im einzelnen werden die

Urteile vielfach auf Grund unzureichender Informationen gefällt. Wir standen drei Problemen gegenüber. Erstens mühten wir die Interessengegenstände unter den bürgerlichen Parteien zu erweitern und den Bloß zu trennen. Zweitens hatten wir an den Steuern, die wir doch nicht zum Fall bringen konnten, möglichst viele Verbesserungen anzubringen, drittens mühten wir die Gelegenheit zur Waffenaufrüstung auszunutzen. Die Vertikalisierung des Bloß ist uns gelungen. (Zuruf.) Genosse Liebknecht, Interessengegenstände waren vorhanden, aber über diese Gegenstände hinwegzusehen, war ja der Sinn der Bloßpolitik. Der Bloß ist in Scherben gegangen und das ist für die Gesundung der deutschen Politik ein erfreuliches Ereignis. Zum Zweiten ist es uns, wenn auch natürlich nicht aus eigener Kraft, gelungen, ein paar der allergefährlichsten Gesetze zu beseitigen, so das Branntweinmonopol, das durch ein Gesetz ersetzt worden ist, welches die Reime eigener Zerrüttung in sich trägt. Was die Aufrüstung der Massen betrifft, so war unfehlbar bei der Einbringung der Finanzreform das Interesse auffallend gering; wie sehr jetzt aber das Interesse aufgepeitscht ist, beweisen die Nachwahlen. Mit den gegebenen Mitteln hat die Fraktion die Probleme gelöst. Ob diese Lösung befriedigend ist, ist Ansichtssache. Die Erbschaftsteuer steht auf unserem Programm. Da die Erbschaftsteuer abgelehnt worden ist, ist es nötig zu fragen, was gesehen wäre, wenn die Sozialdemokraten gegen sie gestimmt hätten. Sollten wir etwa an der Seite der polnischen Schlägelschwingen die Erbschaftsteuer ablehnen? Die Arbeiten der Reichstagsfraktion sind für die Partei und für uns alle sehr förderlich gewesen.

Schmalzfeld-Bremerhaven

Begründet die Resolution betr. die Einführung der obligatorischen Krankenversicherung der Seeleute. Die Seeleute sind der Krankenfürsorge der Meeder überlassen, die aber nur bis zur Abmüsterung dafür aufkommen müssen. Nach der Abmüsterung geht der Mann jeder Ansprüche verlustig. Dazu kommt, daß viele kleine Meeder, die zugleich Kapitäne sind, auch nicht viel besitzen, und wo nichts ist, da muß kein Anspruch. Nicht nur die Seeleute, sondern auch die Meeder selbst haben ein Interesse an der obligatorischen Krankenversicherung.

Hoch-Hannau:

Dem Genossen aus Hannover habe ich zu erwidern, ich selbst gehöre zu den Leuten, die über einen Unfall in der Fraktion Mitteilung gemacht haben. Die Wandlung der Fraktion im Laufe der Verhandlungen steht fest. (Widerspruch.) Zunächst haben wir mit 18 gegen 10 Stimmen beschlossen, daß Singer bei der ersten Lesung die Erklärung abgegeben sollte, daß wir für die Erbschaftsteuer, wenn die Vorlage nicht erheblich abgeändert wird, nicht zu haben sein werden. Später hieß es dann, wir wollen unsere endgültige Stellung erst vor der dritten Lesung nehmen. Das ist einfach der Versuch, die Aufmerksamkeit der Genossen von der Sache auf rein formale Punkte abzulenken. (Widerspruch.) Wir hatten uns festgelegt, dem von einer Aenderung der Vorlage in unserem Sinne war keine Rede. Eine kleine Gruppe in unserer Fraktion stand auf dem Standpunkt, wir müssen für die Erbschaftsteuer stimmen, weil sie im Programm steht. Wir hatten es aber nicht nur mit der Erbschaftsteuer, sondern mit einem ganzen Steuerbündel, und zwar ohne Mantelgesetz, zu tun. Da haben wir uns gesagt: im Programm steht zwar Erbschaftsteuer, aber nicht Erbschaftsteuer als Vorspann zur Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern. Selbstverständlich waren wir uns einig darin, daß wir das Beste für die Arbeiter herauszuschlagen wollen. Söderström rüht nun die Vertikalisierung des Bloß. Ja, der eine Bloß ist zertrümmert, dafür ist aber gleich ein anderer Bloß an die Stelle getreten. Söderström spricht von der Abwehrgang der allerhöchsten Steuern. Das stimmt nicht, denn die Steuern, die in erster Linie die Interessen der Arbeiter betreffen, sind durchgegangen. Die Erbschaftsteuer war das Feigenblatt, das die Zustimmung der Liberalen zu den 400 Millionen neuer indirekter Steuern verdecken soll. Wir hätten uns auf nichts einlassen, sondern erklären sollen, daß wir nichts bewilligen wollten, weil es sich um einen Raubzug gegen die Tausende des arbeitenden Volkes handelt. Was die Obstruktionsfrage betrifft, ist sie schwer zu lösen. In der Frage, von welchen tabakalen Heidentäten wir abgehalten sind, liegt eine Ueberschätzung der Fraktion. Die Fraktion ist nicht die Gesamtbewegung. Durch die unklare Haltung der Fraktion (Übert: Dho!) haben wir die Bewegung aufgehalten und die Stoßkraft geschwächt. (Lebhafter Weisfall und Widerspruch.)

Söderström:

Die Stellung unserer Fraktion zur Erbschaftsteuer konnte gar keine andere sein. Jetzt können wir den Zentrumsrednern, dem Dr. Pfeiffer und Konforten sagen: Du hast deinen Grafen Prostrama, Du hast Deinen Volkstrem steuerfrei gelassen, aber die armen Weber hast Du belastet. (Lebhafte Zustimmung.) Ebenso können wir in Reihe, können wir im Wahlkreis des konservativen Führers v. Heydebrandt sprechen, in diese Kreise, in denen wir noch nie Versammlungen gehabt haben, sind wir jetzt eingedrungen. Sollten wir etwa zulassen, daß unsere Gegner uns antworten: Konservativ und Arbeitervertreter haben die Erbschaftsteuer zu Fall gebracht. (Sehr gut!) Wir hätten uns doch lächerlich gemacht damit. Wäre es möglich gewesen, die ganze Finanzreform zu Fall zu bringen, so hätten wohl auch die radikalsten Genossen einmal gegen das Programm gestimmt. (Große Heiterkeit.) Genosse Hoch sprach von einem Sprungbrett. Ich begreife das nicht. Das Springen ging ja auch ohne die Erbschaftsteuer ganz vorzüglich. (Heiterkeit und Zustimmung.) Vor drei Jahren hat die Fraktion einseitig eine viel schlechtere Erbschaftsteuer bewilligt. (Widerspruch von Weisfall.) Da würden wir uns lächerlich machen, wenn wir jetzt dagegen stimmten. Jetzt sind Sie nicht unsere wuchtige Agitation im Lande. (Lebhafter Weisfall.)

Dr. David-Mainz:

Ich muß die Darstellung von Stadthagen und Hoch zurückweisen, als wenn die Fraktion sich in erster Lesung definitiv festgelegt hätte auf eine Ablehnung der Erbschaftsteuer. Die Fraktion hätte damit eine Sünde begangen, die ihr gar nicht verziehen werden könnte. (Sehr richtig!) Sie hat vor der ersten Lesung Singer beauftragt, auf schärfste gegen die abgeschwächte Erbschaftsteuer der Regierung Stellung zu nehmen. (Weisfall: Rein, sie für unannehmbar zu erklären!) Es ist ganz selbstverständlich, daß man die Vorlage stark kritisiert und die Stellung bei der dritten Lesung von der Aenderung abhängig macht. (Sehr gut!) In der Fraktionsagung wurde ausdrücklich beschlossen, unsere Stellungnahme für die dritte Lesung offen zu halten. Ich kam aber weiter sagen, wie die Situation sich gestaltet hatte, würde die Fraktion voraussichtlich auch in der dritten Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt haben. Alle Ausführungen von Hoch stehen und fallen mit dem Argument, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuer die Ablehnung der ganzen Steuerreform zur Folge gehabt hätte. Wir haben aber doch die Tatsache zu verzeichnen, daß die Ablehnung der Erbschaftsteuer dem Zustandekommen dieser ungeschorenen indirekten Steuern absolut nicht geschadet hat. (Sehr gut!) Aber alle diese Argumente sind heute geradezu sinnlos. Nicht durch Ablehnung, sondern nur durch Annahme der Erbschaftsteuer konnte eine Reichsaufhebung erzwingen werden. Der radikal-konservative Bloß mit den Polen würde dann gegen die indirekten Steuern gestimmt haben. Denn diese Leute haben Maßstab, sie wußten, was sie wollten. Wir hätten natürlich mit ihnen gegen die indirekten Steuern gestimmt. (Sehr richtig.) Damit wäre dann die ganze Finanzreform abwärts geschwommen. Genosse Kautsky spricht von der Notwendigkeit einer Festlegung der Fraktion in bezug auf die Erbschaftsteuer. Die Fraktion ist festgelegt durch den klaren Programmpunkt, progressive Einkommensteuer, progressiv nach dem Verwandtschaftsgraden und der Höhe des Erbguts. Sich für alle möglichen Situationen negativ festzulegen, das wäre das allerversteirteste. Kautsky müßte dann beantragen, diesen Postus aus unserem Gegenwartsprogramm zu entfernen

oder mindestens die Verpflichtung einzufügen, gegen eine von einer bürgerlichen Regierung beantragte Erbschaftsteuer zu stimmen. (Sehr richtig!) Versuche doch Rautsch einmal, eine solche Resolution zu beantragen; ich glaube nicht, daß der Parteitag sich einem solchen Knüttel zwischen die Beine werfen lassen will. Sollten wir uns nachhaken lassen, Arm in Arm mit Pfaffen und Junkern eine den Junkern unangenehme Belästigung verhandelt zu haben? Schon jetzt wird uns durch das Verhalten von Emmel, Stadthagen und Hoch usw. unsere Agitation erschwert. (Hört! hört!) und Widerstand. Schon zitierten in Mainz und Umgebung die Zeitungszeitungen Äußerungen Stadthagens und Hoch. (Vollmar ruft: Unglaublich!) So wird uns die Agitation verdorben. (Lebebour: Unglaublich!) Angesichts solcher Vorkommnisse muß der Parteitag klipp und klar festlegen, daß die Fraktion recht gehandelt hat, als sie nicht mit Junkern und Pfaffen gegen die einzige den Besitz schärfer treffende Steuer stimmte. (Beifall.)

Weyer:

Wagner sagt, man war sich im Lande nicht klar, welche Stellung die Fraktion zur Erbschaftsteuer einnehmen werde. Dann lag die Schuld ganz gewiß bei der Presse, denn die Situation war durch die Fraktion klargestellt worden. Die Nachschäfer hat die Fraktion vertreten im Prinzip und auch in der Kommission, so daß man von uns sagte, wir seien die reinen Regierungskommissare. Die Privilegien im Steuerrecht haben wir rücksichtslos bekämpft. Das mußte die Presse wissen, denn es sind außerordentlich umfangreiche und spezielle Berichte aus der Kommission in die Presse gelangt worden. Wenn sich die Parteigenossen darüber nicht klar waren, so lag es daran, daß, wie in der Fraktion es auch im Lande war, und in einem Teil der Presse eine Stellung eingenommen wurde, wie sie Genosse David vertritt. Das hat die Verwirrung im Lande gebracht, daß ein Teil der Genossen die Erbschaftsteuer unter allen Umständen durchdrücken will, einerlei, wie sie gestaltet wird. Die Erbschaftsteuer war eine ganz schreckliche Verzerrung der Nachschäferverordnung; da waren Privilegien drin, denen wir niemals zustimmen konnten. Nachdem die zweite Lesung erledigt war und eine dritte gar nicht kam, ist es ziemlich überflüssig, darüber zu reden, wie die Fraktion hätte handeln müssen. (Sehr richtig!) Überflüssig ist aber nicht die Frage, wie wir in Zukunft uns verhalten sollen. Da wird Stellung genommen werden müssen, und wenn es in dem Sinne geschieht, wie es David will, so sage ich, die Partei kann nun und nimmer die Verantwortung übernehmen für ein so verunglücktes Gesetz zu stimmen. (Beifall.)

Um darüber Klarheit zu schaffen, halte ich es für nötig, daß auf dem nächsten Parteitag diese Frage verhandelt wird. (Beifall.) Wir werden bis dahin ja keine neue Steuer bekommen; aber in zwei bis drei Jahren werden wir sicher damit befaßt werden, und da können wir also in Ruhe beraten, welche Stellung wir einnehmen sollen. (Beifall.) David meinte, die Fraktion habe sich durchaus nicht festgelegt. Ja, wie lautete denn die Erklärung, die Singer im Auftrage der Fraktion abgegeben hat, und gegen die in der Fraktion auch nachher nicht angefaßt worden ist, auch nicht im Lande: „Je nach dem Ausfall der Beratung werden wir unsere Beschlüsse fassen, aber ich kann Ihnen schon jetzt sagen, daß mir die Vorlage, wie sie jetzt ist, und wie sie vermutlich, wenn die Majorität bei ihrer Auffassung bleibt, noch verschlechtert werden wird, zur Annahme nicht geeignet erscheint.“ (Hört! hört!) Diese Auffassung ist doch bindend. (Zustimmung und Widerspruch.) Dem Genossen David wäre es vielleicht möglich gewesen, Singer öffentlich zu debattieren. (David: Dann hätten wir einen Beschl. nicht zu fassen brauchen.) Wenn David sagt, wir haben uns gebunden und nach dem Programm müssen wir unter allen Umständen für die Erbschaftsteuer stimmen (David: Habe ich nicht gesagt, je nach der Situation!) — nun, im vorigen Jahre haben wir zur Reichsfinanzreform auch eine Resolution gefaßt, die nichts anderes war, als eine Deklaration des Programms, und der Schlusssatz lautet: Der Parteitag fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern usw. er fordert die Einführung einer stufenweise steigenden Reichssteuereinkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer usw. In der Resolution ist vorausgesetzt, daß wir die indirekten Steuern abschaffen wollen. Natürlich werden wir in dem Augenblick, wo wir eine große Last an indirekten Steuern vom Volke abwälzen können, für solche direkte Steuern stimmen, aber erstens verliert die Sache ja anders und zweitens werden Sie doch nicht im Ernst behaupten, daß dieses Erbschaftsteuergesetz geeignet ist, indirekte Steuern dem Volk zu ersparen. Lööbe hat es so dargestellt, als ob wir uns fürchterlich im Volk blamiert hätten, wenn wir gegen die Erbschaftsteuer gestimmt hätten. Ja, hängt denn der Erfolg der Partei von der Zustimmung zur Erbschaftsteuer ab? (Lebhafte Beifall.) Wir haben im zweiten Teil des Programms eine Reihe von Forderungen, aber ist das entscheidend für unsere Stellung gegenüber den bürgerlichen Parteien? (Lebhafte Beifall.) Was Lööbe in Breslau tut, ist reine Wahlpolitik und weiter nichts. (Lebhafte Beifall.) Wir haben aber nicht reine Wahlpolitik zu treiben, wir haben auch prinzipielle Politik zu treiben (Lebhafte Beifall), und die prinzipielle Politik der Partei hängt nicht ab von der lumpigen Erbschaftsteuer. Wir haben unser ganzes Programm zu vertreten. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Maurer-München:

Ich will mich nicht auf das Gebiet der hohen Politik begeben, wie Stadthagen Hoch und Weyer. Jedenfalls würde ich dann konservativer sein als diese Genossen und nicht davon sprechen was ich getan hätte, wenn eine dritte Lesung gekommen wäre, sondern was ich bei einer früheren dritten Lesung bereits getan habe. Die Genossen Stadthagen, Hoch und Weyer haben doch 1906 bei der dritten Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt. (Hört! hört!) Wo war da ihr rosiges Gewissen? Man spricht von Wahlpolitik. Das kommt doch aber sehr viel darauf an, ob wir eine geschickte oder ungeschickte Wahlpolitik treiben. (Zustimmung.) Es war doch eine verzügliche Waffe im Wahlkampf, darauf hinzuweisen, daß mit der Erbschaftsteuer 99—100 Millionen den Besitzenden abgenommen werden könnten und die arbeitenden Klassen um so weniger hätten zu zahlen brauchen. Das sind Dinge, die der einfache Wähler verstehen kann. Man sagt immer, wenn wir von den Gegnern gelobt werden, dann haben wir eine Dummheit gemacht, und was tun jetzt unsere Gegner? Das Zentrum heult und wehlt sich nicht zu fassen. In Versammlungen beweisen die Zentrumswähler durch ihre Zustimmung gegenüber den sozialdemokratischen Rednern, daß die Haltung der Fraktion eine volkstümliche gewesen ist, und die Konservativen fürchten unsere Agitation so, daß sie förmlich noch der Regierung schreiben, damit sie unsere Agitation unterbindet. Bei der Wahl in Neustadt-Bandau sind viele Hunderte direkter Zentrumswähler offen in unser Lager abgewandert. (Lebebour: Wegen der indirekten Steuern!) Auch wegen der direkten Steuern. Nirgend bekommen wir mehr Beifall, als wenn wir auf die Ablehnung der Erbschaftsteuer hindeuten und sagen: so wird bei uns Steuerpolitik gemacht, die Rinderbrennereien werden herangezogen und die Reichen sollen geschont werden. (Sehr gut!) Mit der Ablehnung der Erbschaftsteuer hätten wir in den großen Städten den Liberalen zur Volkstümlichkeit verholfen. Sie hätten für die Erbschaftsteuer gestimmt, und unsere Fraktion, die die Enterbten vertritt, hätte dagegen gestimmt. Das wäre denn doch eine wahnsinnige Haltung gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Es soll mich wundern, wenn das Zentrum nicht die Hochsiedler Rede in stenographischem Wortlaut in den nächsten Wahlen als Flugblatt herausgibt. (Sehr richtig!) Überall, wo man hinkommt, werden einem die gleichen Äußerungen, wie sie Hoch gemacht hat, von den Zentrumskredneuren an den Kopf geworfen. (Sehr wahr!) Die Strohtrast der Partei wäre untergraben worden, wenn wir uns darauf hätten anregen lassen müssen, daß wir die Millionenerbshofen geschont und dadurch die Steuerlast des arbeitenden Volkes noch erschwert hätten. (Beifall.)

Dihmann-Ganaou:

Es dreht sich hier nicht um einen Streit um des Kaisers Bart, sondern wir müssen damit rechnen, daß die Regierung die Erbschaftsteuer nicht in ihr Steuerprogramm aufgenommen hätte, um das Bedürfnis zu dokumentieren, den Besitz zu belasten, sondern lediglich, um den bürgerlichen Parteien ein Feigenblatt zu bieten, womit sie ihre Schmach der Zustimmung zur Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern verdecken konnten. Wichtig ist, daß im Programm steht, wir bewilligen keinerlei indirekte Steuern, sondern höchstens direkte. Das behagt aber nicht, daß wir unter allen Umständen, wenn die Regierung weitere Einnahmequellen notwendig hat, um ihre völkseindliche Militär- und Marinepolitik fortzusetzen, dann für eine Erbschaftsteuer eintreten müssen. Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß die Regierung bis zum letzten Augenblick versucht hat, mit wechselnden Mehrheiten die Finanzreform zu machen. Bei der Erbschaftsteuer inkulturierte sie mit den Stimmen der Sozialdemokratie, bei den indirekten Steuern genügten ihr die Stimmen aus dem bürgerlichen Lager. Es ist durchaus nicht bewiesen worden, daß wir bei Annahme der Erbschaftsteuer zu einer Auflösung gekommen wären. Ich glaube nicht, daß Zentrum und Konservative bei Annahme der Erbschaftsteuer die indirekten Steuern abgelehnt hätten. (Zurufe: Es ist aber so!) Der Beweis dafür ist in keiner Weise erbracht worden. Mit der Redewendung vom kleineren Übel kann man schließlich alle Regierungsvorlagen annehmen. Es wurde dann von Stimmungen im Lande gesprochen. Diese gehen sehr auseinander. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Massen wünschten, man solle der Regierung den ganzen Plunder vor die Füße werfen. Die außerordentlich günstige Stimmung im Lande rührt nicht davon her, weil wir in zweiter Lesung für die Erbschaftsteuer gestimmt haben, sondern weil alle bürgerlichen Parteien das Vertrauen der Wähler verloren haben. Im übrigen waren ja darüber keine Meinungsverschiedenheiten vorhanden, daß wir in zweiter Lesung die Erbschaftsteuer annehmen müßten, es handelte sich um unsere endgültige Stellungnahme. Wir konnten an dem zusammengeschusterten Madock der Reichsfinanzreform keinen Anteil nehmen und das soll wird auch in Zukunft unseren Ruf verstehen: Kampf in schärfster Form gegen die Regierung und ihre völkseindliche Politik. (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Lipinski eröffnet die Sitzung und heißt den Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie Lindblat-Stockholm willkommen. Die schwedische Arbeiterpartei hat es möglich gemacht, trotz des Kampfes, in dem sie steht, den Genossen Lindblat hierher zu delegieren. (Bravo!) Der Parteitag hat durch seine Zustimmung zum Antrag des Parteivorstandes bewiesen, wie sehr die deutschen Arbeiter mit ihren schwedischen Kameraden sympathisieren. Ich heiße nochmals den Genossen Lindblat in unserer Mitte willkommen. (Bravo!)

Lindblat (mit stürmischem Beifall begrüßt):

Ich habe den Auftrag, in einigen Städten Deutschlands über den Klassenstreit zu reden, und da sich mir Gelegenheit bot, auf den Parteitag zu kommen, will ich Ihnen persönlich die Größe der schwedischen Arbeiter und ihren Dank für die uns so bereitwillig gewährte Stütze und Hilfe übermitteln. Es hat lebhafteste Freude unter den kämpfenden Arbeitern in Schweden hervorgerufen, daß die deutsche Arbeiterklasse die volle Bedeutung dieses Kampfes gewürdigt hat, der eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft Schwedens ist. Die Arbeiterklasse Schwedens hat schwere Kämpfe um die Hebung ihrer Lebenslage durchgemacht. Sie hat nicht nur gekämpft für höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit, sondern auch um ihr Koalitionsrecht, das die Unternehmer ihr mit allen Mitteln zu rauben suchten. Dazu kommt die langjährige politische Entrechtung der Arbeiter. Alles das erzeugt eine gewaltige soziale Spannung, und der Ausdruck dieser Spannung ist der Klassenstreik, an welchem sich von 400 000 Industriearbeitern 300 000 beteiligt haben. Endlich hat die schwedische Regierung, die so lange dem Unternehmertum Dienste leistete, einen Vermittelungskommissionar eingesetzt. Die Herstellung des Friedens kann aber lange dauern, denn noch stehen 150 000 Arbeiter im Kampfe und ob die Arbeitgeber zu dem Frieden bereit sind, ist noch nicht gesagt. Besonders die deutschen Arbeiter haben gezeigt, daß sie nicht nur leere Worte für die internationale Solidarität übrig haben, sondern den Worten auch Taten folgen lassen. Ich danke der deutschen Arbeiterklasse sowie der Arbeiterpresse, besonders dem „Vorwärts“, der in meisterhafter Weise das Wort für die schwedischen Arbeiter geführt hat. Ich hoffe, daß die Sympathien uns fortgesetzt zur Seite stehen werden, bis wir den Kampf durchgeführt und die Organisation der Arbeiter für die Zukunft gesichert haben. (Lebhafte Beifall.)

Es folgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Kriemerk-München:

Der Parteitag ist besucht von 205 Delegierten, welche 818 Wählerkreise vertreten, von 9 Mitgliedern des Parteivorstandes, 9 Mitgliedern der Kontrollkommission, 25 Reichstagsabgeordneten, je einem Vertreter des „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und des Bildungsausschusses, sowie von 7 Gästen, im ganzen von 839 Teilnehmern. Angeföhren sind die Mandate von Südde (6 württembergischer Wahlkreis) und von Litin (Berlin IV*). Nach Prüfung der Sachlage beantragt die Kommission Gültigkeitserklärung der beiden angeföhren Mandate. Sodann möchte ich noch namens der Kommission die Delegierten, speziell die Vertrauensleute und Wahlvereinsvorstände bitten, bei der Ausübung der Mandate etwas sorgfältiger vorzugehen. Der Parteivorstand liefert doch leicht auszufüllende Mandatsformulare. Wo irgend möglich, empfiehlt es sich, zur Vermeidung jedes Fehlers einen Stempel draufzudrücken.

Reimann-Arnswalde: Der Genosse Brüdner ist in Arnswalde nur für den Fall gewählt, daß er, wenn er in Berlin IV durchfällt, das Mandat für Arnswalde-Friedeberg annimmt. (Heiterkeit.) Er ist in Berlin gewählt worden und trat das Friedeburger Mandat an mich ab.

Barantshin-Berlin IV: Brüdner war ausdrücklich gefragt worden, ob er als Delegierter oder nur als Ersatzmann in Arnswalde-Friedeberg gewählt sei. Er sagte: nur als Ersatzmann. Diese direkte Unwahrheit hat die Genossen gegen ihn aufgebracht und in der zweiten Generalversammlung, die übrigens nur eine Fortsetzung der ersten war, wurde ihm mit großer Majorität das Mandat aberkannt und an Litin übertragen.

Ritter-Berlin: Das Verhalten des Genossen Brüdner war vielleicht nicht ganz einwandfrei; aber die Annahme des Antrags der Mandatsprüfungskommission würde ein offenkundiges Unrecht bedeuten. Die Frage an den Genossen Brüdner fiel in einer nicht offiziellen Privatunterhaltung. Es hätte doch nichts geschadet, wenn Brüdner neben Arnswalde auch Berlin IV vertreten hätte.

Adolf Hoffmann-Berlin: Berlin IV wollte durch drei Delegierte hier vertreten sein. Das heißt, daß, daß Genosse Brüdner nicht offiziell gefragt sei? Ein Vorstandsmitglied hat ihn gefragt. Sollte daselbe erst Uniform anlegen? (Große Heiterkeit.) Ich bitte, das ordnungsgemäße Mandat für gültig zu erklären.

Die Aussprache schließt und sämtliche Mandate werden für gültig erklärt. Hierauf wird in der Debatte über den parlamentarischen Bericht fortgesetzt.

Eidner-Kärntner

Begründet folgenden Antrag:
(Abgeänderter Antrag 40.)
Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, ein Aktionsprogramm von aktuellen gesetzgeberischen Arbeiten, Gesetzentwürfen nebst Be-

gründung oder die Richtungslinien festlegende Entwürfe und Denkschriften zu entwerfen und im Reichstage einzubringen, die im Anschluß an aktuelle Fragen, Regierungsentwürfe, Anregungen der bürgerlichen Parteien, aber unabhängig von den Vorschlägen der Regierungen und den Anträgen der bürgerlichen Parteien den schöpferischen Willen der Sozialdemokratie und des Proletariats verkörpern und so gestaltet sind, daß sie unmittelbar, auch in der bürgerlichen Gesellschaft, ausführbar sind. Diese Entwürfe, Begründungen, Denkschriften bilden zugleich die Grundlage für Vorschlagsentwürfe an Entwürfen der Regierung und unserer Gegner.

Als solche Gesetzentwürfe, Anträge, Denkschriften kommen zunächst in Betracht: eine demokratische Revision der Verfassung, systematische Militärreform, Reichsfinanzreform, ein einheitliches Arbeiterrecht (Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung), Reichsgesetz, Strafrecht und Strafprozeß.

Die Fraktion soll zu diesem Zwecke ihrem Sekretär den Auftrag und die Möglichkeit geben, auch nichtparlamentarische Fachleute zu kommissarischen Beratungen und Konferenzen hinzuzuziehen.

In erster Linie ist unverzüglich auf diese Weise ein Gesetzentwurf oder eine die Richtlinien festlegende und begründende Denkschrift zur Reichsversicherungsordnung auszuarbeiten.

Die Verhandlungen von heute vormittag sind die beste Begründung für den abgeänderten Antrag 40. Er ist nicht neu, der Weg der Parteitage ist gepflastert mit abgeänderten Anträgen. Aber wer erlebt hat, wie man anfangs nur zögernd und schüchtern das Alkoholthema anschnitt, und wenn dann die Begeisterung geflohen hat, mit der gefesterten der Alkoholentwurf angenommen wurde, der wird Optimist von abgelehnten Anträgen. (Heiterkeit.) Ich möchte also fast hoffen, daß mein diesmaliger Antrag abgelehnt wird. Denn dann wird er später um so sicherer angenommen. Wäre man sich in der Partei klar über praktische Arbeit, so wären die heutigen Debatten über die Reichsfinanzreform unmöglich gewesen. Wohl könnte man auch dann noch über diese oder jene Frage verschiedener Meinung sein, aber nicht über die Annahme einer Besitzsteuer. Das Wort: diesem System keinen Raum und keinen Groschen, bleibt ein leeres Wort, solange wir nicht durchsehen können, daß diesem System wirklich kein Mann und kein Groschen bewilligt wird. An unserem Reichstagen geht das System nicht zugrunde. Aber manche Parteigenossen scheinen Reinfagen und Verhindern zu vertreiben. (Sehr gut!) Durch die Einführung direkter Steuern schaden wir dem Militarismus mehr als durch die schönsten Reden. Mein Antrag bezweckt, für die Zukunft jeder Direktionslosigkeit in Situationen nach Art der Reichsfinanzreform vorzubeugen. Für einen Augenblick war man in der Kommission des Reichstages auf dem rechten Wege: man forderte die Regierung auf, ein Steuerbündel von 500 Millionen aus nur direkten Steuern zusammenzustellen. Ich glaube, das ist der normale und wirklich fruchtbare Weg. Die Fraktion muß in solchen Fällen mit einem positiven klaren Entschluß herauskommen, muß eine Begründung dazu geben, die die Möglichkeit nachweist, und muß so für alle Zeiten altentwählig festlegen: das und das ist die Sozialdemokratie in einer bestimmten Situation gewollt. Das ist keine Kompromisselei, nein, das ist Systematisierung, Vertiefung, sagen wir Radikalierung im parlamentarischen Kampf. Der Wert der parlamentarischen Arbeit beruht darauf, daß wir in jeder Situation uns nicht nur mit Protesten begnügen, sondern die Durchschiebung des positiven Programms möglich zu machen suchen. Ich sage nicht etwa, daß die bürgerlichen Parteien einen solchen Antrag annehmen würden, aber er müßte so gestaltet sein, daß sie ihn annehmen müßten, wenn sie überhaupt die Interessen ihrer eigenen Wähler vertreten wollten. Man muß über die Köpfe der bürgerlichen Fraktionen zu ihren Wählern reden, man muß zeigen, daß diese Fraktionen nur Ausschüsse von kleinen Minderheiten ihrer Anhänger sind. Wenn wir den Parlamentarismus wollen, so müssen wir ihn ganz wollen. Die selbständige Arbeit der oppositionellen Partei bedeutet die Eroberung des Parlamentarismus. Das Problem, ob der Parlamentarismus überlebt wird, ist erst in demokratischen Republiken am Platze. Ich wünsche nicht, daß wir Konzeptionen machen, wir sollen vielmehr die bürgerlichen Parteien zwingen, uns Konzeptionen zu machen. Der Sinn meines Antrages ist nichts als die Anwendung unseres sozialistischen und demokratischen Prinzips. Wenn Sie meinen Antrag nicht annehmen wollen, so denken Sie wenigstens darüber nach.

Peirates-Strasbourg:

Es ist doch sehr müßig, sich darüber zu streiten, was die Fraktion hätte tun sollen, wenn die Erbschaftsteuer zur dritten Lesung gekommen wäre. Ich bin noch nicht fortgeschritten genug, um den Unterschied zwischen zweiter und dritter Lesung zu begreifen. Die große Mehrheit der Kämpfer ist der Meinung, daß die Fraktion die Frage der Reichsfinanzreform durchaus richtig behandelt hat. In jedem Stadium der Verhandlung wußten wir brauchen ganz genau, was wir zu tun und zu lassen hatten. (Sehr richtig!) Die neuen Steuern müßten bekämpft werden; waren sie nicht zu Fall zu bringen, so müßte mindestens die Last, die auf den Arbeiter fällt, so gering wie möglich sein. Selbstredend müssen wir Propaganda treiben, aber wir dürfen den Arbeitern nicht Agitationsreden statt Verminderung der neuen Steuern bieten. Die Hochsiedler Rede war keine Propagandarede, wenigstens nicht für die Sozialdemokratie. (Sehr gut.) Bei der Reichsfinanzreform haben wir wirklich ausgezeichnete praktische Politik getrieben. Die Wahlen von Stollberg und Landau beweisen das. Wir dürfen uns in dieser Situation nicht versauen. (Sehr richtig!) Und wir würden sie versauen, wenn wir uns nach irgend einer Richtung hin festlegen würden.

Emmel-Mühlhausen:

Wenn Schrader recht haben würde, so würde sogar der Parteitag über die Verhältnisse in der Fraktion ununterrichtet bleiben und könnte keine Stellung dazu nehmen. (Sehr richtig!) Da ist es doch besser, sich über die Differenzen offen auszusprechen, damit die Parteitage die Richtung angeben. Nicht die Fraktion, sondern die Partei soll die Politik bestimmen. Dazu gehört die Kenntnis der Vorgänge in der Fraktion. Die Forderung, unbedingte für die Erbschaftsteuer zu stimmen, bedeutet eine Durchbrechung der Arnswalder Resolution, wonach unter keinen Umständen die Nachmittel des Staates veräußert werden dürfen. Bis jetzt hat noch nie die sozialdemokratische Fraktion der Regierung wirklich eine Steuer bewilligt, denn 1906 wurde zwar für die Erbschaftsteuer gestimmt, aber das Mantelgesetz natürlich abgelehnt. Es liegt kein Grund vor, von dem Grundsatze abzugehen: diesem System keinen Raum und keinen Groschen. Warum sollen wir dem persönlichen Regiment Mittel für neue Soldaten und neue Schiffe bewilligen. Die Theorie des kleineren Übels würde dahin führen, der Regierung schlechte Steuervorlagen zu bewilligen, nur damit sie nicht mit noch schlechteren kommt. (Sehr richtig!) Die Nationalliberalen und die Freiwiljigen sind mit dieser Theorie vollständig in den Sumpf geraten. (Sehr richtig!) Wenn Lööbe und andere fragen: wie hätten wir agitierten können, wenn die Fraktion die Erbschaftsteuer abgelehnt hätte, so stellen sie sich damit ein Armutzeugnis aus. (Sehr richtig! und Unruhe.) Gewiß sollen wir Wahlpolitik treiben, aber die beste Wahlpolitik besteht im Hochhalten des Klassenkampfes. Dadurch werden wir die Massen aufheiteln und mehr positive Arbeit leisten, weil die Bourgeoisie und die heutige Wirtschaft dann in Furcht gesetzt werden. (Dr. Franz: Kurra!) Genosse Franz! Wir sind hier nicht im Pilsen oder im Parität, sondern an einem Ort, wo ernst verhandelt wird. Der Jurist ist recht bezeichnend. (Zuruf: Die Erbschaftsteuer steht ja im Programm). Gewiß, aber dieser Einwand ist heute morgen schon widerlegt worden. Wir wollen grundsätzliche Politik treiben und uns nicht von dem Schein der sogenannten positiven Arbeit blenden lassen. (Lebhafte Beifall und Widerspruch.)

Meerfeld-Röln:

Es ist zu beklagen, daß unsere drei Vertreter in der Kommission in der Frage der Frauenarbeit im Baugewerbe drei verschiedene Meinungen vertraten. Das darf nicht wieder vorkommen, wenn es natürlich auch eine höchst alberne und sofort überlegte Verleumdung der Zentrumspreße war, daß Stadthagen dabei als Arbeiterfeind gehandelt hat. Beträubend ist die Spaltung der Fraktion in zwei Lager in Sachen der Erbschaftsteuer. Unsere Stellung zu der Erbschaftsteuer ist durch das Programm gegeben. Wir haben grundsätzlich dafür zu stimmen und nur in außerordentlichen Fällen dürfen wir davon abgehen. Hätten wir durch die Ablehnung eine Reichstagsauflösung erzwingen können, so wäre ich auch für die Ablehnung gewesen. Schon der Zabel unserer Gegner über die ungläublichen Aeußerungen von Vardus hätte uns zeigen sollen, wohin wir mit der unbedingten Ablehnung der Erbschaftsteuer. Sollen wir dem Zentrum Agitationsstoff liefern, dem jetzt angeklagt der Erbitterung in seinen Wählermassen höchst lagen-jämmerlich zunimmt? Jeder, der mit katholischen Arbeitern zu tun hat, wird meiner Meinung sein. Es war bezeichnend, daß die „Rölnische Volkszeitung“, die alles tat, um die Erbschaftsteuer zu Fall zu bringen, vor der zweiten Lesung schrieb, man würde es den Sozialdemokraten nicht verdenken können, wenn sie jetzt gegen die verhängte Erbschaftsteuer stimmen. Dem Zentrum hätten wir allerdings keinen größeren Gefallen tun können. Gewiß soll man nicht ausschließlich agitatorische Rücksichten maßgebend sein lassen, aber man braucht auch den Gegnern keinen Agitationsstoff zu geben. Ganz gewiß bedeutet die Sprengung des alten Blocks einen politischen Fortschritt, denn das Zentrum ist dadurch aus der ihm willkommenen Stellung als Oppositionspartei herausgedrängt worden und hat durch den Bund mit den konservativen Wahlkreisländern seine volkreindliche Natur vor aller Welt offenbart. Weichen wir gut radikal, aber hüten wir uns vor einem krankhaften Ueberrationalismus.

Rottebohm-Dortmund:

Die gesamten Delegierten des westlichen Westfalens billigen sehr entschieden die Stellung der Fraktion. Dem Rüstungsdrummel Gehalt zu bieten, geht vorläufig über unsere Kraft. Die neuen indirekten Steuern wären mit oder ohne unsere Zustimmung zur Erbschaftsteuer gekommen. Der Effekt der Erbschaftsteuer wäre immerhin gewesen, daß das arbeitende Volk 50 Millionen weniger aufzubringen hätte. Gewiß war die Erbschaftsteuer unzulänglich, aber sie bedeutete den ersten Schritt. Die Fraktion hat der Gesamtpartei einen außerordentlich guten Dienst geleistet. Wir haben jetzt wichtige Waffen gegen das Zentrum in der Hand, und wir legen Brechen in die hineinsich Mauer, die bisher die Zentrumsgebiete umgab. Massenhaft strömen die katholischen Arbeiter in unsere Versammlungen. Keinerlei Grundzüge haben wir verlernt. Lange haben wir unserer Sache nicht besser gedient, als durch unsere Stellung zur Reichsfinanzreform. Nie hat die Sozialdemokratie besser marшиert als jetzt. Ich hoffe, die erdrückende Mehrheit der Delegierten wird auf seinen der Fraktion stehen. (Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin:

Bei der Erbschaftsteuer handelt es sich zunächst um rein taktische Fragen. Als es zuerst vom Regierungstische hieß, ohne Erbschaftsteuer keine Finanzreform, waren wir entschlossen, gegen die Erbschaftsteuer zu stimmen, um mit ihr zugleich die 400 Millionen indirekte Steuern zu Fall zu bringen. Dann aber zeigte sich, daß der Bundesrat entschlossen war, jede Steuer zu nehmen, um das 500 Millionen-Loch zu stopfen. Damit war für uns eine Aenderung der Taktik geboten. Prinzipielle Erwägungen traten hinzu. Herr v. Heydebrand erklärte ausdrücklich, wir bewilligen unter keinen Umständen die Erbschaftsteuer in einem Parlament, das aus allgemeinen, gleichen Wahlen hervorgeht. Damit war der prinzipielle Gesichtspunkt gegeben. Die Erbschaftsteuer, wie sie war, hätten die Agrarier vielleicht noch geschickt, aber es packte sie die Angst vor der grundsätzlichen Festlegung direkter Steuern durch den Reichstag. — Im Parteiprogramm heißt es, zunächst verlangt die Partei die Einkommen- und eine Erbschaftsteuer. Das „zunächst“ heißt doch wohl unter dem kapitalistischen System, denn über das Steuersystem in der sozialistischen Gesellschaft sind wir uns vorläufig ja noch nicht einig. (Heiterkeit.) Es handelt sich nicht darum, daß wir mit den Steuern auch Soldaten und Kriegsschiffe bewilligen. Die Soldaten und Schiffe werden von den bürgerlichen Parteien bewilligt. Hier handelt es sich um die Verteilung der Kosten. Und da sagen wir: Keinen Groschen aus der Tasche der Arbeiterklasse. (Sehr gut!) Aus der Tasche der bestehenden Klassen nehmt, was ihr wollt. Wir sind nicht zum Schutze der Bestehenden da. Die Erbschaftsteuer ist der erste bedeutsame Schritt auf dem Wege, die indirekten durch direkte Steuern zu ersetzen. Wie kämen wir dazu, uns zu Mitschuldigen derer zu machen, die aus der großen Massenregierung des Agrarierturns heraus diese Steuer ablehnen. In dem Augenblick, wo die Agrarier unter Aufbietung aller ihrer Kräfte diese Steuer ablehnen, durften wir uns unter keinen Umständen an ihre Seite stellen. Das ist mein Standpunkt nicht, aus den Taschen der Leute, die Erbschaften über 20 000 M. einhandeln, keinen Groschen zu bewilligen. Aus den Taschen solcher Leute mögt ihr Kriegsschiffe bauen, soviel ihr wollt. (Beifall und Anruhe.) Wenn die Bestehenden allein die Kosten für Militarismus und Marinismus zu tragen haben, wird ihre Begeisterung sich schon abkühlen. Aus allen diesen Gründen hätten wir nach meiner Meinung auch bei der dritten Lesung die Erbschaftsteuer bewilligen müssen. Ein paar Worte über die Vorgänge von 1906. In der Kommission wurde damals von unseren Vertretern die Zantiensteuer abgelehnt. In zahlreichen Zuschriften wurde die Fraktion gefragt, wie man dazu komme, die reichen Aktionäre zu schätzen. Darauf hat die Fraktion in zweiter wie in dritter Lesung für Erbschaft- und Zantiensteuer gestimmt. Natürlich hat sie das Mantelgesetz abgelehnt. Das hätte sie auch diesmal getan, wenn ein Mantelgesetz vorgelegt worden wäre, weil eben das Mantelgesetz auch indirekte Steuern enthalten hätte. Wenn aber über die einzelnen Steuern die Entscheidung zu fällen ist, so steht die Frage so: wem legen wir die Lasten auf? Die Steuern von der bestehenden Klasse abzuhalten, ist nicht unsere Aufgabe. (Beifall.)

Singer:

Da kein einziger Delegierter mit der Haltung der Fraktion unzufrieden ist, halte ich diese ganze Erörterung für überflüssig. (Beifallige Zustimmung.) Was die Fraktion bei der dritten Lesung getan hätte, ist in der Fraktion gar nicht zur Erörterung gekommen. (Hört! hört!) Entsprechend unserer lang-jährigen Taktik und entsprechend unseren Grundzügen haben wir, als es sich um die Abstimmung über ein einzelnes Gesetz handelte, für die Erbschaftsteuer gestimmt. Die Fraktion hatte ihren Redner zur ersten Lesung beauftragt, eine Erklärung abzugeben, wonach die Vorlage in der eingebrachten Form für die Fraktion als ungeeignet erklärt wurde. Bevor dieser Beschluß gefaßt wurde, haben lange Erwägungen in der Fraktion stattgefunden, und nachdem nun einmal Internia aus der Fraktion mitgeteilt worden sind, hätte ich gewünscht, daß auch der Hergang dieser Erwägungen wenigstens erwähnt worden wäre. In der Fraktion kam bei der Vorbereitung auch die Auffassung zum Ausdruck, daß dem Fraktionsredner verwehrt werden solle, die eben erwähnte Erklärung abzugeben. Die Mehrheit der Fraktion hat aber gemeint, diesem Erbschaftsteuergesetz gegenüber müßten wir schon, um möglichst Verbesserungen in unserem Sinne durchzuführen, keinen Zweifel lassen, daß wir das Gesetz in dieser Fassung nicht annehmen. (Hört! hört!) Verbesserungen wurden nicht vorgenommen, und so konnten wir nur in der zweiten Lesung für die Vorlage stimmen, weil wir der Meinung waren, wie das die Praxis der Fraktion seit langen Jahren ist, daß die endgültige Entscheidung in dritter Lesung zu fällen hat. Wir konnten also ganz ruhig in der zweiten Lesung für die Vorlage stimmen, ohne uns damit nach außen hin öffentlich für

die dritte Lesung zu binden. Es ist nicht zur dritten Lesung gekommen und darum sehe ich keinen Vorteil in diesen Erörterungen. (Sehr richtig!) Da aber nun die Sache einmal hier besprochen worden ist, und zwar erfreulichweise in den Formen, in denen Meinungsverschiedenheiten unter den Genossen auszutragen sind, möchte ich aus meiner Auffassung keinen Hehl machen und will gestehen, daß ich für den Fall der dritten Lesung für die Ablehnung gewesen wäre. (Bravo! Hört! hört!) Gewiß vertritt die Partei die Forderung direkter Steuern, aber damit ist nicht gesagt, daß wir Steuern nur darum, weil sie direkte sind, für Zweck bewilligen, die wir an sich nicht billigen. (Zuruf: Niemand stellt ja ein solches Prinzip auf!) Ich für meine Person würde mich gegen die Bewilligung der Steuer in dritter Lesung erklären haben, weil nach meiner Meinung die bloße Rücksichtnahme auf Verminderung der indirekten Steuern unserer Partei nicht angenehm wäre und wir prinzipielle Politik zu treiben haben. (Zuruf: Sehr richtig!) Wenn wir grundsätzliche Gegner des Verwendungszweckes dieser Steuer sind, so haben wir dagegen zu stimmen, unbestimmt darum, ob im Lande die Agitation vielleicht etwas erschwert wird. (Zuruf: Sehr erschwert!) Täuschen wir uns nicht, das ist der Kernpunkt unserer ganzen Debatte. Was hat denn die sozialdemokratische Partei groß und stark gemacht? Doch nur die Unerschütterlichkeit und Offenheit, mit der wir unsere Grundzüge im Hinblick auf das Endziel und in der Augenblickspolitik vertreten haben. Gewiß haben unsere Genossen im Lande den bürgerlichen Parteien gegenüber schwere Zeiten. Gewiß werden ihnen Knäuel zwischen die Beine geworfen, indem man sagt, ihr habt gegen diese direkte Steuer gestimmt. Da hier einmal vom kleineren Uebel die Rede war, so muß ich sagen, ich halte es für das kleinere Uebel, wenn einmal durch eine grundsätzlich gerechtfertigte Abstimmung Schwierigkeiten in der Agitation entstehen, als wenn wir, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, schließlich auf eine Bahn kommen, auf der es kein Halten gibt. (Bravo.) Aber wie gesagt, die Frage ist gar nicht akut. Um was handelt es sich jetzt eigentlich. Es wird eine große Sache daraus gemacht, daß die Auffassung einiger Kollegen dahingegangen ist, man hätte in dritter Lesung eventuell gegen die Steuer stimmen sollen. Diese Frage hätte gar nicht solche Wellen aufzuwerfen brauchen. (Sehr richtig!) Hier ist vielfach die Auffassung vertreten worden, daß hier die Taktik in Bezug auf direkte Steuern festgelegt werden müsse. Ich würde eine solche Festlegung für den größten Fehler halten. (Beifallige Zustimmung.) Es kann nichts Unpraktischeres, nichts Schädlicheres geben. Selbstredend werden wir für direkte Steuern stimmen, wenn der Zweck, für den die Steuern verlangt werden, unseren Auffassungen entspricht. Aber uns für einzelne Fälle festzulegen, ist unmöglich. (Sehr richtig.) Sie binden Ihrer parlamentarischen Vertretung die Hände, wenn Sie auf eine solche nicht einmal akute Frage hin für die Zukunft die Taktik der Fraktion für alle Fälle festlegen wollen. Nun noch ein paar Worte zu dem zweiten Vorwurf, daß die Fraktion keine Obstruktion gemacht hätte. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen hätte der Versuch einer Obstruktion statt propagandistisch zu wirken, uns einfach im Volke lächerlich gemacht. (Beifallige Zustimmung.)

Wir haben die Obstruktion sehr ernsthaft erwogen und alle an der Beseitigung der indirekten Steuern interessierten Fraktionen für die Obstruktion zu gewinnen versucht. Das ist unmöglich gewesen, und so haben wir uns dagegen entschieden in der sicheren Ueberzeugung, daß der Obstruktionsversuch innerhalb weniger Stunden zu Boden geschlagen wäre. Wir haben uns bemüht, im Rahmen der strengsten Opposition und durch Anträge und Reden alles aufzubieten, um das Unheil vom Lande abzuwenden. Wir haben vom Mittel der Obstruktion nicht aus Mangel an Mut oder aus Mangel an Erkenntnis, sondern im Interesse der Partei abgesehen, die wir nicht lächerlich machen wollten. (Beifallige Zustimmung.)

Misch-Offenbach:

Nachdem einmal im Lande die Aeußerungen kolportiert wurden, die von Hoch, Emmel und Stadthagen für nötig gehalten waren, mußten wir auf dem Parteitage zu dieser Frage Stellung nehmen. Die persönliche Erregung kann dabei aus dem Spiel bleiben. Es fragt sich, ob die Erfahrungen der Menge Parteigenossen, die im Lande unter den Gegnern zu arbeiten haben, ohne jede Bedeutung für die Partei bleiben sollen. Ich bin stets dafür gewesen, grundsätzliche Politik zu treiben. Daß wir das getan haben, hat es bewirkt, daß uns die Massen des Volkes, wenn sie auch innerlich noch nicht zur Sozialdemokratie gehören, ihr doch zustimmen, sobald die Situation kritisch wird. Ihr Instinkt, ihr Klassenbewußtsein treibt sie uns zu, weil sie wissen, daß wir trotz aller Differenzen unter uns doch die aller-schärfste grundsätzliche Politik treiben. (Sehr richtig!) Daß diese Politik die richtige ist, zeigen uns wieder die letzten Wahlen, bei denen die Gegner die Aeußerungen von Stadthagen, Hoch und Emmel gegen uns ausgepielt haben. (Zuruf: Es hat ihnen nichts genützt!) Gewiß, aber nur, weil unsere Fraktion so vernünftig gehandelt hat, weil aus dem amtlichen Protokoll des Reichstages nachzuweisen war, daß wir gegen die Belastung der Armen durch indirekte Steuern und für die Belastung der Reichen durch direkte Steuern gewesen sind. Das ist der springende Punkt. Wir mußten uns vor allem auch die Frage vorlegen, was geschähe, wenn wir die direkte Steuer ablehnten. Die Folge war dann offenbar, daß das, was wir den reichen Leuten schenken, den armen aufgehält wurde. (Sehr wahr!) Dazu dürfen wir uns niemals hergeben. Wäre es infolge der Ablehnung der Erbschaftsteuer zur Auflösung des Reichstages gekommen, o, Genossen, das wäre ein lustiger Kampf gewesen, und der Deibel soll mich holen (große Heiterkeit), da wäre auch ich mit dabei gewesen. Aber die Auflösung wäre eben nur dann gekommen, wenn wir die Erbschaftsteuer durchgedrückt hätten. (Sehr richtig!) Die Situation war nicht anders als 1906, wo wir in allen Lesungen für die Erbschaftsteuer gestimmt haben, und wir durften unsere Haltung von 1906 nicht desavouieren. Ich erinnere auch daran, daß wir gelegentlich der Notenvorlage noch viel weiter gegangen sind und beantragt haben, die Kosten von den Leuten mit einem Einkommen von mehr als 6000 Mark zu erheben. (Sehr gut!) Wie konnten wir dann jetzt auf einmal sagen: wir machen das nicht mehr mit. (Zuruf: Ausgezeichnet!) Nein, Genossen, wir haben nicht nötig, allzu radikal zu sein. (Stürmische Heiterkeit.) Allzu radikal macht schmal, genau so wie allzu scharf schortig macht. Wir haben nach allen Seiten hin unseren Standpunkt im Parlament scharf zu wahren und für die Arbeiter herauszuholen, was wir können. Alles, was wir fordern, geht auf dem Wege zu unserem Endziel: der Sozialisierung der Gesellschaft. (Sehr richtig!) Wenn wir einer solchen Aeußerung, wie die Mehrheit des Reichstages nun einmal ist, gegenüber erklären, diesen Kauf auf die Taschen der Armen lassen wir nicht zu, Euch wollen wir schröpfen, dann haben wir den richtigen Weg eingeschlagen. (Beifallige Zustimmung.)

Mollenbuhr:

Auch ich muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß Interna der Fraktion zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion gemacht worden sind. Ich glaube nicht, daß das der Tätigkeit der Fraktion nützen kann. (Sehr richtig!) Immer, wenn Meinungsverschiedenheiten unter den einzelnen Fraktionsgenossen, insbesondere Kommissionsmitgliedern, entstanden, haben sie die Fraktion zur Entscheidung angerufen. Diese Meinungsverschiedenheiten aber zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion machen, heißt einen Zwiespalt in die Reihen der Genossen hineintragen. Leider hat Genosse Emmel ja in Aussicht gestellt, daß er diese veränderte Praxis auch für die Zukunft hochhalten will. (Hört! hört!) Es kann keine Rede davon sein, als ob diejenigen, die bereit waren, in dritter Lesung für die Erbschaftsteuer zu stimmen, nun etwa den Staat veranlassen wollten, noch mehr Soldaten und Kriegsschiffe zu beschaffen, es handelte sich da nicht um Mittel für Neubewilligungen, sondern um Bezahlung vergangener Bewilligungen, und es fragte sich: wer soll sie bezahlen? Da meine auch ich, zur Ver-

tämpfung des Militarismus gibt es kein wirksameres Mittel, als wenn die Reichen die Kosten bezahlen müssen. (Sehr richtig!)

Die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion waren gar nicht so groß, wie es hier dargestellt wird. (Sehr richtig!) Wir waren alle einig darin, nach Möglichkeit die Finanzreform zu verhindern, und eventuell die Reichstagsauflösung herbeizuführen. Die Meinungen gingen nur darüber auseinander, welche Wirkung die Abstimmung nach der einen oder anderen Seite haben würde. Warum hat nicht Genosse Emmel im vorigen Jahre, als die Resolution über die Reichsfinanzreform zur Debatte stand, eine Resolution gefordert, daß wir alle Steuern ablehnen sollen? (Sehr gut!) In der Resolution des vorigen Jahres stehen wir auf dem Standpunkt unseres Parteiprogramms. Unser Programm ist nicht geändert, also konnten auch die, die in dritter Lesung für die Erbschaftsteuer stimmen wollten, die Grundzüge unseres Programms in Anspruch nehmen. Ob man damit die Auflösung des Reichstags erreicht hätte, ist eine andere Frage. Man hat der Fraktion den Vorwurf gemacht, daß sie keine Obstruktion getrieben habe. Genosse Kautsky wird sich beim Schreiben seines Artikels jedenfalls auch etwas dabei gedacht haben, aber er hätte das Wort „Obstruktion“ durch gute deutsche Worte ersetzen und uns mitteilen sollen, wie er es sich dachte, mit Obstruktion einen Erfolg zu erzielen. Hier sind unsere österreichischen Genossen, die können ein Lied davon singen. Oesterreich ist ja das Heimatland der Obstruktion. Man kann Lärm machen, das ist die gewaltsame Obstruktion. Durch Lärm machen hätten wir unsere eigenen Redner am meisten gestört, denn nicht die Anhänger der Steuern redeten hauptsächlich, sondern die Gegner. Dringlichkeitsanträge, die in Oesterreich ein sehr schönes Mittel sind, kennt die deutsche Geschäftsordnung nicht, und eine Aenderung der Geschäftsordnung wäre uns nicht gelungen. Dafür, daß man Geschäftsordnungsdebatten nicht in die Unendlichkeit ausdehnen kann, hat die deutsche Geschäftsordnung sehr schöne Mittel, kennt die deutsche Geschäftsordnung nicht, und eine Aenderung der Geschäftsordnung wäre uns nicht gelungen. Dafür, daß man Geschäftsordnungsdebatten nicht in die Unendlichkeit ausdehnen kann, hat die deutsche Geschäftsordnung sehr schöne Mittel, kennt die deutsche Geschäftsordnung nicht, und eine Aenderung der Geschäftsordnung wäre uns nicht gelungen. (Beifallige Zustimmung.)

Baum:

Ein paar Worte über den grundsätzlichen Standpunkt ver-schiedener Redner. Gewiß haben wir beim Plottengesetz verlangt, daß die Mittel von den bestehenden Klassen aufgebracht werden sollen. Wir wollten zeigen, wie weit der Patriotismus der bestehenden Klassen geht. Es war ein Schachzug, wie ihn sich damals die Partei leisten konnte. Ich meine aber doch, es geht nicht von dem Verwendungszweck zu abstrahieren. Wir können nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Agitation handeln, wir haben niemals gefragt, in welche Gesellschaft wir geraten, wenn wir unseren Grundzügen gemäß für oder gegen eine Vorlage stimmen. Wir haben 1906 mit den Pfaffen gegen die Kolonialpolitik gestimmt, 1902 mit den Heberogariern gegen den Budgettarif gestimmt. Gewiß wird durch solche Vorgänge die Agitation in noch nicht aufgelösten Bezirken erschwert, aber wenn unsere Partei sich jemals von der Schwierigkeit hätte abschrecken lassen, die es kostet, den „dummen Kerl“, den „Unverstand der Massen“ aufzuklären, so wären wir nicht so weit, wie wir sind. Als Ferdinand Lassalle seine Agitation begann, da war der größte Teil der Arbeiter noch so befangen, daß er von uns nichts wissen wollte. Daß 60 oder 100 Millionen mehr von den bestehenden Klassen getragen werden, ist kein Schritt in den Zukunftsstaat, und kein Schritt auf dem Wege der Sozialisierung der herrschenden Gesellschaft. England hat schon längst direkte Steuern, und ist darum durchaus nicht auf dem Wege der Sozialisierung, keine herrschende Klasse kommt darüber weg, für die Geschäftszwecke des Kapitalistenstaates Beiträge zu zahlen. Wir hätten nur erreicht, daß dem dummen Kerl gesagt werden konnte: „Sehen Sie, wir reichen Leute tragen auch zu den Kosten bei!“ Nehmen Sie ein drastisches Beispiel, denken Sie, daß eine schwarze Garde zur Niederknüpfung der Gewerkschaften von Staats wegen befohlen wird. Würden Sie dann auch direkte Steuern zu diesem Zweck bewilligen? Mit der Theorie der Bewilligung direkter Steuern in jedem Fall kommen wir auf die schiefe Ebene. Wir müssen uns zum Klassenkampf bekennen, zum Kampf gegen die jetzt herrschende Gesellschaft. (Beifallige Zustimmung.)

Franz-Mannheim:

Es ist nicht Unverstand der Massen, sondern Klassenbewußtsein, wenn die Arbeiter für die Erbschaftsteuer sind. Es wäre das dumme, was wir machen können, wenn wir uns nachträglich die Freude an der außerordentlichen Kunst der politischen Situation verfeinern wollten. Gewisse Leute können es anscheinend nicht vertragen, wenn wir Erfolge haben, und wenn unser Einfluß auf die Massen immer wächst. Die Erbschaftsteuer ist zweifellos eine Steuer, die nur im kapitalistischen Staat erhoben werden kann. Wie die Zukunfts-gesellschaft aussehen wird, wissen wir nicht, aber daß es in ihr ein Privateigentum und ein Privatecht mehr geben wird, darüber sind wir einig. Also die Forderung einer Erbschaftsteuer hat nur Sinn im kapitalistischen Staat. Wenn wir dem kapitalistischen Staat nichts bewilligen wollen, müssen wir die direkten Steuern aus dem zweiten Teil unseres Programms streichen. (Sehr gut!) Selbstredend wird niemand hier im Saal der Meinung sein, daß wir ohne Rücksicht auf die Situation jede Steuer, bloß weil sie direkt ist, bewilligen. Unsere Haltung bei der Plottenvorlage war doch kein Schachzug, sondern der erste Versuch, den herrschenden Klassen Lasten aufzubürden. (Beifallige Zustimmung.) Dieser „Schachzug“ hat sogar gewisse Erfolge gehabt. Gewiß haben und die großen sozialistischen Zukunftsziele groß gemacht. Aber gegenwärtig macht uns groß die praktische Arbeit, die wir leisten, und weiterleihen wollen. (Beifallige Zustimmung.)

Albert-Breslau:

Die offiziellen Stellen der Partei hätten, selbst wenn sie keine Obstruktion machen wollten, die Erregung im Volke über die nieder-trächtigen Steuermogelei nach ganz anders ausnützen können. Sie hätten mehr an das Volk appellieren sollen. Wenn die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit voller Namensunter-schrift eine Proklamation an die Wählererschaft erläßt, einen Aufruf an ihr Volk, so werden auch die Indifferenten darauf gestoßen, daß etwas los ist. Robert Schmidt ließ durchblinden, feinetwegen könnten die bestehenden Klassen so viele Kriegsschiffe und Kanonen bauen als sie wollten, wenn sie es nur aus ihrer Tasche bezahlen. (Zuruf: Unfinn! Hat er nicht gesagt!) Ich danke aber auch dafür, daß auf Kosten der Reichen die Wahlmonstranten mit Kanonen reguliert werden.

Die Debatte wird vertagt.

Robert Schmidt (persönlich): Albert hat eine Aeußerung von mir in rein demagogischer Weise gegen mich ausgenutzt. Ich glaube, in die Verlegenheit wird Albert und ich nicht kommen, daß die bestehende Klasse aus ihren Taschen Kriegsschiffe baut, und deshalb war meine Redebeziehung nur eine Uebertreibung, mit der ich gerade diejenigen Parteigenossen ad absurdum führen wollte, die bei der Erbschaftsteuer diesen Standpunkt vertreten.

Von der dänischen Sozialdemokratie ist folgendes Begrüßungstelegramm eingegangen:

„Die dänische Sozialdemokratie sendet brüderliche Grüße und Glückwünsche zu eurem Parteitag. Ebenso wie die Arbeit, welche vor beinahe einem halben Jahrhundert in Leipzig ihren Anfang nahm, von größter Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie gewesen ist, wird die Arbeit, welche ihr in diesen Tagen ausführt, ohne Zweifel auch zur Kräftigung der internationalen Sozialdemokratie beitragen. Glückauf eurer Arbeit zur Befreiung der Arbeiterklasse! Hoch der Sozialismus! Sigvald Olsen.“

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Aus der Partei.

Berichtigung.

Der Bericht des „Vorwärts“ über den ersten Verhandlungstag des Parteitag... Die antimilitaristische Agitation ist nicht die Hauptsache der Jugendbewegung...

Heinrich Schulz.

Erklärung.

Im „Vorwärts“ vom 12. September 1909 schreibt Genosse Ledebour, ich hätte mich in der letzten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ mit einer Anzahl anderer „Revisionsisten“ zu einem Vorstoß zusammengefunden...

Das ganze Heft liest sich wie eine große Anklage gegen die sozialdemokratische Parteileitung, gegen den „Vorwärts“ und gegen den Oberinspektur der Partei Karl Kautsky.

Ich muß konstatieren, daß ich nur für das, was ich schreibe, die Verantwortung übernehme, daß ich keine Anklage gegen den Parteivorstand erhoben habe...

Der Artikel von Ledebour und der in derselben Nummer enthaltene von Hoch, die sich gegen mich wenden, gehen nicht mit einem Worte auf meine sachlichen Auseinandersetzungen der Gründe gegen und für die Zustimmung zur Erbschaftsteuer selbst ein...

Kautsky sucht in seinem Artikel die Frage prinzipiell zu entscheiden, aber er bleibt durchweg im Abstrakten stecken, und seine Erwägungen würden uns praktisch nicht einen Schritt weiter gebracht haben...

Kautsky kämpft gegen Ansichten, die kein Mensch ausgesprochen hätte, z. B. dagegen, daß wir „für jede direkte Steuer stimmen müßten“...

Er rechnet uns glänzende Zukunftschancen heraus, wenn wir nach Ablehnung der Erbschaftsteuer und Auflösung des Reichstags allein mit den prinzipiellen Forderungen unseres Programms in den Kampf gezogen wären...

Zu der Fühnote des „Vorwärts“ zum Hochschen Artikel will ich nur dies bemerken: Die Redaktion muß merkwürdig schlecht informiert sein, wenn sie nicht weiß, daß ein Mitglied in der Fraktion eine ausdrückliche, öffentliche Desavouierung des „Vorwärts“ erörtert...

Nach einer Kleinigkeit gegen Hoch: er läßt mich von „Ausländern“ reden. In Wahrheit habe ich davon gesprochen, daß jemand von den „deutschen politischen Verhältnissen nichts verstehen konnte“...

Die sämtlichen Artikel in Nr. 213 des „Vorwärts“ gegen mich verfolgen die bequeme Methode, den Tatbestand umzudeuten und mir die Schuld an der Diskussion über die Erbschaftsteuer zuzuschreiben...

Ledebour beruft sich allerdings darauf, daß er erst auf Anfrage aus der Versammlung im letzten Kreise auf die „Revisionsisten“ zu sprechen gekommen wäre...

„Es müßte fortwährend von den Parteigenossen im ganzen Reiche dafür gesorgt werden, daß nur Genossen in den Reichstag geschickt werden, die ganz zuverlässig sind.“

Im übrigen kommt das, was Ledebour selbst gesagt zu haben behauptet, im Resultat auf dasselbe hinaus. Ganz wie Hoch will er, daß die Genossen nicht danach fragen, was ihr Abgeordneter leistet...

nebensächlich; einen Unterschied zwischen den Genossen zuzugunsten derer, die er „Revisionsisten“ nennt, will er jedenfalls statuieren.

Ich muß schließlich hier gerade so wie in meinem Artikel in den „Soz. Monatsh.“ nachdrücklich auf den Punkt hinweisen, den Ledebour, Hoch und die Redaktion des „Vorwärts“ mit Stillschweigen übergehen...

Um so mehr muß ich dabei bleiben, daß die Polemik gegen die „Revisionsisten“ bei dieser Gelegenheit ungerecht und parteischädigend war, und daß es eine Umkehrung der Wahrheit ist, einen anderen des Friedensbruchs zu bezichtigen, als die, die sie begonnen haben.

Wolfgang Heine.

Anm. der Redaktion: Wir können gegenüber dem Genossen Heine nur wiederholen, daß wir über Vorgänge in der Fraktion, wie er sie andeutet, in der Tat nicht informiert worden sind...

Wenn Genosse Heine ausdrücklich erklärt, daß nicht er das „Berliner Tageblatt“ über die Interna der sozialdemokratischen Fraktion unterrichtet habe, so wendet er sich da gegen ein Argument, den auszusprechen, daß nicht im entferntesten eingefallen ist!

Ganz überflüssig?

Genosse Kautsky hat in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ gemeint, es sei „ganz überflüssig“ gewesen, daß ich ihm im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ die Erfolge der deutschen Holzarbeiter entgegenhielt...

Diese Darstellung des Genossen Kautsky kann ich leider nicht gelten lassen. Allerdings hat Kautsky die Erfolge der Gewerkschaften nicht absolut bestritten, aber er hat sie wiederholt verkleinert...

Unter anderem hat Kautsky die Meinung vertreten, daß die Gewerkschaften nicht in der Lage seien, die Ausbeutung der Arbeiter zu vermindern, im Gegenteil, die Ausbeutung vermehre sich...

Diesen und einigen anderen Einwendungen gegen die Erfolgsmöglichkeiten der Gewerkschaften habe ich die berechneten Tatsachen der praktischen Erfahrung gegenübergestellt, die Kautskys Meinung zum Glück sehr widersprechen, und ich kann nicht glauben, daß es außer Kautsky noch viele Leser meines Artikels geben kann...

Hierum handelt es sich. Gerade jetzt sind nämlich mit verstärktem Eifer alle Kräfte in den deutschen Gewerkschaften angespannt, um durch eine systematische Agitation die Wirkungen der Krisis zu paralysieren...

Er soll es erleben, daß die deutschen Holzarbeiter auch in Zukunft nicht vergeblich von der Macht ihrer Organisation Gebrauch machen werden.

Theodor Leipart.

Parteiliteratur.

Die Rechtsprechung in Unfallrentenkreiszachen. Von Hermann Müller, Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis geb. 3 M.

Genosse Arbeitersekretär Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt veröffentlicht im „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ folgende Vespredung:

„Allen, die mit der Unfallversicherung zu tun haben, besonders unseren Gewerkschaftsangehörigen und Arbeitersekretären, wird das Buch sehr gute Dienste leisten. Der Verfasser hat, übersichtlich geordnet, die wichtigsten Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes aus den „Amtlichen Nachrichten“, den Heftchriften der Berufsgenossenschaften und dem Material, das ihm als Sekretär im Zentralarbeitssekretariat zur Verfügung stand, kurz in Auszug unter Quellenangabe wiedergegeben.“

Gemeinbewahlfieg.

Bei der Bürgerauswahl in Lörzach (Baden) erhielt die Sozialdemokratie in der dritten Wählerklasse 421, die vereinigten bürgerlichen Parteien 355 Stimmen. Die sozialdemokratische Liste ging demnach glatt durch.

Anhalt in guter Gut.

Das „Hamburger Echo“ brachte folgende amüsante Notiz: „Ein aufmerksamer und vorstichtiger Redaktor erweist sich das „Volksblatt für Anhalt“ in Dessau; dessen Leiter Peus ist offenbar darauf bedacht, auch die geringste Andeutung irgend einer „radikalen“ Bemerkung sorglich den anhaltischen Genossen fernzuhalten.“

Über der umsichtige, überlegende Chefredakteur merkte sofort, was der Satz von den „Aushöhlern“ neckisch andeuten sollte. Und das geht doch nicht, daß in Anhalt, wo man sich jahraus, jahrein mit dem vorstichtigen, sehr vorstichtigen Hineinsinken in den bekannten Klüften beschäftigt, ein Spottwort über diese Taktik bekannt wird!

„Wie es einstmals die Aushöhlern machen werden, wenn sie sich in den bekannten Klüften gründlich hineingeeßten haben und dann den Kopf herausstrecken.“

Höhere Konfusion.

Rom, 11. September. (Fig. Ver.)

Wie der „Avanti“ mit Bestimmtheit meldet, wird der Mailänder „Tempo“ (sozialistisch-reformistisch) demnächst seine Veröffentlichung einstellen und das Mailänder „Secolo“ (bürgerlich-demokratisch), das unlängst in den Besitz einer neuen Aktiengesellschaft übergegangen ist, wird eine vollständige Umwandlung seiner Redaktion erfahren.

Auf die Richtung des neuen Blattes kann man neugierig sein. Der Chefredakteur Malagodi war seinerzeit einmal Parteigenosse, neigte dann immer mehr zum Anarchismus und verband diesen mit den imperialistischen Tendenzen, die er sich in England zu eigen gemacht hat.

Genervenswert ist übrigens, daß der Mailänder Sozialismus, der sich für so stark und hoch entwickelt hält, sich als unfähig erweisen hat, eine sozialistische Tageszeitung zu erhalten. In seinem siebenjährigen Leben hat der „Tempo“ es kaum jemals auf eine Auflage von mehr als 10 000 gebracht.

Zur politischen Haltung der sozialistischen Kammerfraktion in Frankreich

hat die Pariser Parteiorganisation (Konföderation der Seine) eine Resolution gefaßt, die jede Unterstützung der Ministeriums Briand verwirft, da jede bürgerliche Regierung notwendigerweise den Kapitalismus verteidigen und der Befreiung der Arbeiterklasse entgegenarbeiten müsse.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Nach ein Nachspiel zum Königsberger Schußwaffenprozeß. Als Genosse Markwald am 14. August d. J. das Gesandnis zu Allenstein verließ, brachte die Breslauer „Volkswoche“ einen Begründungsartikel, der zugleich Gedächtnisartikel jenes unerhörten Prozesses und des furchtbaren Harten Urteils war.

Genosse Brenner vom Braunschweiger „Volksfreund“ wurde vom Schöffengericht in Lutter a. W. wegen Beleidigung einer Fabrikdirektorenfrau in Rangelsheim zu

120 Mark Geldstrafe beurteilt. Die Frau hat den 14-jährigen Sohn eines in der Lungenheilstätte befindlichen Steinbauers mit einem Stein auf den Kopf geschlagen, daß der Kleine starken Blutverlust erlitt und noch jetzt — nach fast einem Vierteljahr — Schmerzen hat. Das wurde im „Volkstfreund“ gerügt. Einige Ausdrücke, die dabei gebraucht wurden, bezeichnete das Gericht als ehrverletzend. Es sprach der Presse wohl das Recht der Kritik zu, die Absicht der Beleidigung gehe aber daraus hervor, daß die sozialen Gegensätze in dem Artikel hervorgehoben worden seien.

Berliner Nachrichten.

Die Gemeindeschulen werden zum Beginn des Winterhalbjahres 1909/10 weiter vermehrt, diesmal aber nur um eine einzige. Im laufenden Sommerhalbjahr bestehen 299 Gemeindeschulen, zum Oktober wird im Stadtteil Wedding eine 300. Schule eröffnet, die für Knaben bestimmt ist. Diese 300. Schule braucht ausnahmsweise mal nicht in eine Mietskasernen hineingesteckt zu werden, wie das sonst fast jeder neu eröffneten Gemeindeschule beschieden war. Sie wird nämlich ein eigenes Heim beziehen können, das neue Gemeindeschulhaus an der Ostfelder Straße. Da die Nummer 300 den erstinständigen Anlaß bietet, wieder einmal zu jubelieren und den Ruhm Berlins in die Welt hinauszuposaunen, so soll die Eröffnung dieser Schule mit einer besonderen Feierlichkeit verbunden werden. Daß aber gerade auf dem Gebiet des Volksschulwesens die Taten des Berliner Kommunal Liberalismus nicht sonderlich rühmend sind, das ist im „Vorwärts“ oft dargelegt worden.

Neu eröffnet wird zum Oktober, wie die Schuldeputation durch das „Gemeindeblatt“ bekannt gibt, auch noch eine Gemeindeschule für Mädchen und zwar in der Schönhauser Vorstadt. Für diese Schule steht aber noch kein eigenes Schulhaus zur Verfügung, so daß sie bis auf weiteres mit Mietsräumen des Wohnhauses Schönhauser Allee 103 vorlieb nehmen muß. In derselben Mietskasernen haust schon die 298. Schule für Mädchen und außerdem ein sogenanntes Filial für Knaben und Mädchen. Es scheint fast, daß die angeblich „neue“ Schule, die da „eröffnet“ werden soll, weiter nichts ist als das bereits bestehende Filial, das um einige Klassen für Mädchen vermehrt werden und daher fortan einen selbständigen Schulorganismus bilden soll. Diese Schule wird als 49. Schule bezeichnet werden, weil die bisherige 49. Schule für Knaben und Mädchen, die in der Mietskasernen Allee-Roabit 95 haust, zum Oktober als selbständiger Schulorganismus zu bestehen aufhört. Mitin wird durch die Schule in der Schönhauser Allee die Gesamtzahl der Schulen nicht weiter vermehrt. Einige Klassen der bisherigen 49. Schule in Roabit bleiben als Rest übrig, weil sie nicht sofort mitaufgelöst werden

können. Sie werden bis auf weiteres als Filial der 172. Schule für Knaben angegliedert, die ein eigenes Schulhaus Bremer Straße 13—17 benutzte, aber auch bereits ein Filial hat, das in Mietsräumen des Hauses Wickestraße 2 untergebracht ist. Als 49. Schule war früher eine Schule in der Blumenstraße bezeichnet worden, die vor jetzt anderthalb Jahren aufgelöst wurde, weil auch sie als „überflüssig“ galt. So begegnet uns in einem Zeitraum von nur zwei Jahren die Bezeichnung 49. Schule nacheinander für drei Schulen in drei verschiedenen Stadtteilen. Die jetzige 49. Schule in Roabit, die nun schon wieder zur Auflösung bestimmt ist, wurde erst vor anderthalb Jahren dort „neu eröffnet“. Sollte in nur anderthalb Jahren das Schulbedürfnis sich in jenem Stadtteil wirklich so sehr vermindert haben, daß man diese Schule jetzt schon wieder auflösen muß? „Ruh“ man überhaupt Gemeindeschulen so geschwind für „überflüssig“ halten und auflösen?

Von sonstigen Neuigkeiten, die die Schuldeputation mittelst, ist noch hervorzuheben, daß zum Oktober die 83. Schule für Mädchen aus ihrer Mietskasernen Vötticher Straße 4 endlich in ein neues Heim überziehen kann, in das neuverbaute doppelte Schulhaus an der Ostfelder Straße, das sie mit der 300. Schule teilen wird. Andererseits siedelt die 245. Schule für Knaben aus ihrem bisherigen eigenen Heim, dem Haus Schulstraße 14/15, in Mietsräume des Hauses Müllerstraße 30 über. Das Haus Schulstraße 14/15 ist jetzt Berlins ältestes Volksschulhaus, es wurde 1821 für die damalige „Kolonie Wedding“ gebaut. Was auf den heutigen Tag hat man es immer noch benutzt, in diesem Sommerhalbjahr beherbergt es noch über 300 Kinder, obwohl es durchaus unzulänglich ist und viel Mangelhaftigkeit mit einem ostelbischen „Schulpalast“ hat. Für Kinder der minderbemittelten Bevölkerung war's, so sagte sich die Schulverwaltung, immer noch gut genug. Wir vermuten, daß jetzt das beschämend dürftige Bauwerk endlich niedergedrückt werden soll.

Die Wartezimmer der Ärzte sind leider nicht immer so, daß man sie als einwandfrei bezeichnen könnte. Befragt wird, daß zuweilen die Patienten in engen, unzulänglich beleuchteten, mangelhaft durchlüfteten Räumen warten müssen. Auch das wird als ungenügend empfunden, daß oft die vorhandene Sitzgelegenheit nicht ausreicht, daß mitunter sogar die Sauberkeit zu wünschen übrig läßt, und so weiter. Im „Vorwärts“ sind einzelne dieser Bemängelungen gelegentlich wiedergegeben worden. Der sonderbarste Wartezimmer, den wir je kennen gelernt haben, wird bei dem Augenarzt Dr. Ruthe im Hause Karlsruher Straße 18a von Patienten benutzt. Ein Arbeiter, der von einer Verunglückung an Dr. Ruthe gewiesen worden ist und ihn allsonntäglich besuchen muß, hat uns auf den Zustand dieses Raumes aufmerksam gemacht. Wir haben dann selber an einem Sonntage diesen Wartezimmer angesehen und müssen gestehen, daß wir das, was sich uns da bot, nicht für möglich gehalten hätten. Ueber einen Treppenaufgang, der vom Tageslicht kaum erreicht wurde und von

einer neben der Plurkür hängenden Petroleumlampe nur dürftig erhellt war, gelangten wir durch die offenstehende Tür in einen kleinen, fensterlosen Korridor, den gleichfalls eine Lampe mit ihrem dämmerigen Schein unzulänglich beleuchtete. Eine verbrauchte Luft empfing uns, als wir eintraten. Der enge Raum war angefüllt von einem Dutzend Personen, die an einander gedrängt saßen oder standen. Sitzgelegenheit war nur für vier oder höchstens fünf Personen vorhanden; wer keine mehr fand, mußte stehen warten. Einzelne Patienten standen auf Schwelle und Plur, weil es drinnen bereits an Platz für sie fehlte. Wir wagten nicht anzunehmen, daß Herr Dr. Ruthe keinen anderen Wartezimmer habe. In der Tat wird uns gesagt, es sei bei ihm noch ein Wartezimmer vorhanden, das werde aber nur von Privatpatienten benutzt. Sind die Arbeiter, die Herrn Dr. Ruthe für seine Sonntagsprechstunde auf den Hals geschickt werden, nur zu schlächtern, sein Wartezimmer zu betreten? Da sollte er selber es ihnen öffnen und sie belehren, daß ein Arzt keinen Unterschied zwischen arm und reich zu machen wünscht.

Berliner ertrunken. An der Südspitze der Helgoländer Düne kenterte bei starkem Seegang ein Segelboot, in dem sich zwei Kurgäste und zwei Schiffer befanden. Dr. Loewenthal aus Berlin und der Schiffer Franz sind bereits als Leichen gefunden, die Leiche des anderen Kurgastes, dem Vernehmen nach Verlagsbuchhändler Taubler aus Berlin, ist bisher nicht gefunden worden. Der Schiffer Bremer wurde gerettet.

Eingegangene Druckschriften.

Der Agrar- und Hochverratsprozess und die Karezion von Bosnien und Herzegowina. Von Prof. Dr. Th. G. Ratzsch. 128 S. — Anatolien und dessen Beziehungen zu Bosnien. Von einem kroatischen Adgeordneten. 136 S. — Europäische Steuerwesen. Problematische von Dr. G. Kolnig. 80 S. — C. Koenig, Wien, Opernring 3. Tätigkeitsbericht des sozialdemokratischen Vereins Halle a. S. vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909. Selbstverlag. Meldung in der Betrachtung von Kunstwerken. Von A. Lichtwar. 2. Aufl. Berlin W. 85. Beiträge zur Strafrechtsreform von J. Boden. 50 Pf. A. Schönbauer, Halberstadt. Ein Verdrücker, Kampf und Ende eines Lehrers. Von J. Ruederer. 253 S. — Süddeutsche Monatshefte. München. Bericht der k. k. Gewerbeinspektoren Oesterreichs über ihre Tätigkeit im Jahre 1908. A. L. Holz- und Staatsdruckerei, Wien. Aus Sturm und Stille. Gedichte von E. Kip. 2 B. Schulze u. Co., Leipzig. Krankheiten und Ehe. Liefer. 7 und 8. Herausgegeben von Geh. Med. Rat Prof. Dr. H. Senator und Dr. S. Rammner. Vollständig in 25 Lieferungen a 50 Pf. S. Schottländer, Berlin W. 85. Protokoll der 18. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. 272 S. — 20. Internationaler Bergarbeiterkongress, Berlin. 86 S. Verlag: H. Handmann u. Co., Bochum i. Westf.

Große Vorteile bieten Réunion - Zigaretten mit aluvialem Holzmundstück

Zu haben in allen Zigarren-Spezial-Geschäften.

1 Mk. wöchentliche Teilzahlungen **Herren-Garderoben** Anfertigung **Konfirmanden-**
 liefere elegante, fertige **Anzüge** : fertig und :
Julius Fabian, Schneidermeister, Gr. Frankfurter Str. 37 II, Eingang Strausberger Platz. II. Geschäft: Turmstr. 18 nur 1. Etage, kein Laden.

Th. Fork, Kretzschmar & Co.

vereinigte Tischler- und Tapezierermeister

Berlin, An der Jannowitzbrücke 3/4.

Bitte verlangen Sie unser großes Musterbuch umsonst.

Deutschlands größtes Möbel-Kaufhaus für Wohnungseinrichtungen in allen Preislagen.



No. 8. Kleiderschrank, echt Nußbaum mit Hutboden und Messingtango und reicher, moderner Schnitzerei. Mk. 85.—
 120 cm breit, 230 cm hoch, 80 cm tief.

No. 3. Sofatisch, halbecht Nußbaum, Mk. 23.—
 Blattmaß 115x70 cm, 77 cm hoch.

No. 10. Stuhl, halbecht Nußbaum Mk. 7.—

No. 11. Vertiko, echt Nußbaum-Facetten Spiegel und reicher, moderner Schnitz. Mk. 90.—, 98 cm br., 205 cm h., 47 cm t.

No. 1078. Großes bequemes Sofa mit echtem Nußbaum-Gestell und gutem Moquettebezug Mk. 130.—
 205 cm lang, 141 cm hoch, 83 cm tief.

No. 12. Spiegel, echt Nußb., Mk. 39.
 Glasmaß 115x47 cm.
 No. 13. Spiegelspiel m. gesch. Füll., echt Nußb., Mk. 36.—, Spiegel mit Spiegelsp. 66cm br. 242cm h. 45cm t.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 15. September.
 Anfang 7 Uhr
 Kgl. Opernhaus. Lohengrin.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Kgl. Schauspielhaus. Die Daisford.
 Neues Kgl. Opern-Theater. Geschlossen.
 Deutsches. Faust.
 Kammertheater. Die Sünde.
 Anfang 8 Uhr.
 Anfang 8 Uhr.
 Zeffing. Zwischenpiel.
 Berliner. Einer von unsere Leut'.
 Neues Schauspielhaus. Die Daisford.
 Daisford.
 Neues. Das Urbild des Tartüffe.

Thalia. Prinz Huss.
 Komische Oper. Der Widhsh.
 Reibens. Gretchen.
 Heibel. Hanna Jagert.
 Trianon. Pariser Witwen.
 Schauspielhaus. Im Rindfleisch.
 Kleines. Roral.
 Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
 Westen. Der fidele Bauer.
 Schiller O. (Wallner-Theater). Die Ehre.
 Schiller Charlottenburg. Die von Hochstetel.
 Volksooper. Die Freischütz.
 Friedrich-Wilhelmstäd. Schauspielhaus. Randerregen.
 Russen. Der Mann mit der eisernen Maska.
 Bernhard Rose. Im Café Noblesse.
 Metronoi. Geschlossen.
 Volkes Caprice. Robilierung. Der gewisse Augenblick. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Apollo. Spezialitäten.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Gebr. Herrnsfeld-Theater. Frau Wilmas Heurer. Keine Deine Tochter.

Caspiel. Ingerade Tage. Der Deferteur. Der frische Kollette. Cousin Pampanelle.
 Palais. Großstadttauber. Spezialitäten.
 Ronas Theater. Unser Leopold. Passage. Spezialitäten.
 Volksgarten. Spezialitäten.
 Walhalla. Spezialitäten.
 Reichshallen. Steifner Sänger.
 Karl Haberland-Theater. Spezialitäten.
 Casino. Dufel Sohn.
 Prater. Der Verschwenker.
 Urania. Landstrasse 48/49.
 Abends 8 Uhr: Ueber den Dreimer nach Veitbig.
 Sternwarte. Invalidenstr. 67/68.
Neues Theater.
 Anfang 8 Uhr.
Das Urbild des Tartüffe.
 Morgen und folgende Lager
Das Urbild des Tartüffe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Ehre.
 Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Macbeth.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Brester's Millionen.
Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr: Der fidele Bauer.
 Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
Die innige Witwe.
Neues Operetten-Theater.
 Schillerstrasse 25, a. h. Luisenstr.
 Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
 Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Im Klubstüffel.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die von Hochstetel.
 Lustspiel in 3 Akten von Leo Waller
 Stein und Ludwig Heller.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Ehre.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Doktor Klaus.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Mittwoch, 15. September, 8 Uhr:
Manöverregen.
 Schauspiel in 3 Akten v. O. Schöller.
 Verfasst und Reglet.
 Donnerstag: Der Widderstein. Fälschung.

Lessing-Theater.
 Mittwoch, 8 Uhr: Zwischenpiel.
 Donnerstag, 8 Uhr: Die Gefährtin.
 Freitag: Hannes Himmelfahrt.
 Freitag, 8 Uhr: Der König.
Berliner Theater.
 Heute 8 Uhr:
Einer von unsere Leut'.
 Morgen: Einer von unsere Leut'.
BERNHARD ROSE THEATER
 Dr. Frankfurter Str. 138.
 Anf. 8 Uhr. Ende n. 10 Uhr.
Im Café Noblesse.
 Spitzbubenkomödie. I. 3 Akt. v. O. Schiller.
 Auf der Gartenbühne, Anf. 4 1/2 Uhr:
 Theatervorstellung, Spezialitäten.
 Radwettkämpfe. — Dämonringkämpfe.
Berliner Uik-Trio.
 Poliz. Schenker
 Straußendorferstr. 1.

Für den schwedischen Generalstreik.

Bei der Berliner Gewerkschaftskommission gingen ferner für die ausgesperrten und im Generalstreik stehenden schwedischen Arbeiter ein:

- List of names and addresses of Swedish workers and unions, including: Fischer H. H. u. Co., 3. Rate 9,20; Leutnant Schmidt 50; ...

- Continuation of the list of names and addresses, including: Summa 118.-; 6165 Schulbau Wilmersdorf; ...

Vom Bierkrieg.

Seit Sonntag haben die Ringbrauereien die Erhöhung des Jahrespriests durchgeführt. Im allgemeinen werden, wie bereits mitgeteilt, 20 M. pro Hektoliter Lagerbier verlangt.

Den Bierbojkott nach Solinger Muster beschloß am letzten Freitagabend eine von 500 Personen besuchte Volksversammlung in Veßberg.

Im „Kaiserautomaten“ in Remscheid tagte am Sonnabend letzter Woche eine kombinierte Sitzung der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre.

In Wermelskirchen (Kreis Remscheid) nahmen in einer gemeinschaftlichen Sitzung die Vorstände der Gewerkschaften und der Partei Stellung zur Erhöhung des Bierpreises.

Partei-Angelegenheiten.

Trebbin. Am Sonnabend, den 18. September, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wolf die Wahlvereinsversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Fliegende Menschen.

Die moderne Volksschulbildung weiß nichts von der dem grauesten Altertum entstammenden Sage des mit Wachsflügeln gen Himmel fliegenden Dädalusus.

Notizen.

Das Wolffsbureau hat einen neuen Stern entdeckt. Es verbreitete nämlich durch seine in Hannover erscheinende „Mitteldeutsche Korrespondenz“ folgende vom 10. September datierte Meldung aus Ginde:

Kleines Feuilleton.

Der „Eletrophon“ als Reporter. Aus London wird berichtet: Während Lord Rosebery in Glasgow seine Kuffchen erregende politische Rede hielt, saßen in London in einem Redaktionszimmer ein Dutzend Männer um einen langen Tisch.

Der Nordpol im Spiegelung. Es gibt in Paris eine Vereinigung der „Keinen Erfinder“, die alljährlich eine amüsante Ausstellung veranstaltet.

Gelder, welche per Post eingeliefert werden, sind an A. Förster, Engelfurter 15 I zu senden.

So ist der Flug Blériots über den Kanal in einem Spiel dargestellt, doch eigentlich Neuheiten treten in diesem Genre nicht auf.

Der Erbauer des Great Eastern. Vor 50 Jahren, am 15. September 1859, starb in Westminster einer der genialsten Ingenieure aller Zeiten.

Aus ägyptischen Vorklagebüchern. In die Papyrusammlung der Berliner Museen sind in den letzten Jahren einige Drucksätze von Miniaturen auf Papyrus gelangt.

einer Zeichnung das Saumornament nur an einer Ecke gezeichnet ist, was als Vorlage für den Weber genügt.

zu nahe. Er stürzte mit den von den Sonnenstrahlen abgeschmolzenen Flügeln ins Meer und ertrank. Die Sage ist überaus fündlich. Aber gerade in dieser einfachen Form verkörpert sie so recht den Traum der Menschheit, gleich den Vögeln die Lüfte zu durchfliegen. Ist der Traum Wahrheit geworden? Fast will es so scheinen, als ob die Menschheit des zwanzigsten Jahrhunderts, das schon in seinem Anfang so überaus reich an der Lösung von Weltproblemen ist, auf dem besten Wege sei, die Luft zu erobern.

Wer in der vergangenen Woche die gelungenen Flüge des Amerikaners Orville Wright auf dem Tempelhofer Feld beobachtete, wurde unwillkürlich an die Dädalussage und an den bekannten Ruppiner Bilderbogen erinnert, auf dem ein mit Flügeln versehener Mensch über die Dächer und durch die Strahlen fliegt. Die Dädalussage auf dem Rücken werden wir uns nun wohl noch recht lange vernehmen müssen. Aber es ist doch tatsächlich nur eine Frage der Zeit, wann wir dieses uns den Vögeln fast gleichmachende hohe Ziel erreichen. Man muß den trotz mancher Konstruktionsmängel und technischer Versagungen eleganten Flug des genialen Amerikaners mitangesehen haben, um die Begeisterung der Zuschauermenge zu begreifen. Freilich — an die Zeppelinbegeisterung reicht dieser Weisheitsbaum der das Tempelhofer Feld umsäumenden Menschenmassen nicht entfernt heran. Wohl sah man wieder Menschen mit Menschengeist und Maschinenkraft durch die Luft fliegen, aber es fehlte das patriotisch-nationale Primobrium, das ja bei uns, sobald ein Deutscher in Betracht kommt, mit jeder hervorragenden Erfindung, auch wenn es sich nur um Rumpfschiffen handelt, untrennbar verbunden sein muß. Jubelte dem unter die Erfinder gegangenen deutschen Reitergeneral das ganze Volk zu, so sah bei den Flügen des Amerikaners das Tempelhofer Feld nur sozusagen eine „Flugmaschinen-Gemeinde“ neben zahlreichen Neugierigen, die im Augenblick nichts Besseres zu tun hatten. Und doch regt sich bei den Weitblickenden bereits teils die Empfindung, daß nicht der „Leichter als die Luft-Ballon“, sondern die „schwerer als die Luft-Flugmaschine“ das bevorzugte Verkehrsmittel der fernen Zukunft in luftigen Höhen sein wird.

Zweifellos hat sich infolge der günstigen Ergebnisse der Wrightschen Flüge das Interesse des preussischen Staates an der Sache bedeutend gehoben. Wir sehen im Geiste außer dem Piepmatz für August Scherl, wenn der „Zeitungs-König“ nicht sogar endlich das heißersehnte „Don“ bekommt, schon etliche Milliardchen für neuzubildende Flugmaschinenbatalione auf Nimmerwiedersehen aus dem Geldbeutel des Volkes davonschleppen. Tragt nicht alles, so wird die Flugmaschinenteknik sehr bald die Luftballonteknik mit Riesenschritten überholen. Streiten sich vorläufig nur wenige erste Luftballongroßen um die Palme des Sieges, so zählen die erfolgreichen Flugmaschinentekniker bereits nach Dutzenden, deren einzelne Erfindungen längst nicht mehr ängstlich gehütete Geheimnisse sind, wie der komplizierte technische Apparat eines lenkbaren Luftballons.

Die Küchengeheimnisse des Gastwirts Zielow in Heiligensee, deren Aufdeckung seinerzeit so großes Aufsehen erregte und den anderen Gastwirten des Ortes unerbittlichsten Schaden zugefügt hat, werden nun noch einmal das Gericht beschäftigen. Gegen das schöffengerichtliche Urteil, durch welches die Ehefrau Zielow zu 6 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, der Ehemann Zielow zu 2 Monaten Gefängnis und 500 M. Geldstrafe verurteilt wurde, ist Berufung eingelegt worden. Diese wird am 8. Oktober vor der Strafkammer zur Verhandlung kommen.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern früh in einem Betriebe Wilmstr. 12. Dort wollte der Arbeiter Karl Zeu einen Gasmotor in Gang bringen. Zu diesem Zweck saß er in das Schwungrad, um es zu drehen. Dabei geriet ein Armel zwischen die Räder und zog den Arm nach. Obgleich der Gasmotor sofort zum Stillstand gebracht wurde, war es doch nicht möglich, den Zeu aus dem Betriebe zu befreien. Es mußte die Feuerwehr alarmiert werden, die das Schwungrad lockern und hochheben mußte. Zeu, der an der Hand schwer verletzt war, wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft und dort behalten.

Todessturz von der Leiter. Bei einem verhängnisvollen Unglücksfall sollte der 39 Jahre alte Arbeiter Karl Kuh aus der Reinickendorfer Straße den Tod finden. Er war in der städtischen Gasanstalt in Tegel im Generator-Gaszerzeugungstraum beschäftigt. Als er vorgestern eine Leiter hinaufstieg, um die Instrumente einer Kontrolle zu unterziehen, verfehlte er in der Höhe von etwa drei Metern eine Sprosse, verlor das Gleichgewicht und stürzte so unglücklich ab, daß er mit dem Kopf auf den harten Fußboden aufschlug und sich einen schweren Schädelbruch zuzog. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Der Besuch der Freibäder neigt sich langsam seinem Ende zu. An den schönen Augustsonntagen war beispielsweise das sogenannte Freibad Wannsee von 30—45 000 Menschen besucht. Diese „Freibäder“ hat natürlich dem Bächter Frankenthal nicht unerhebliche Einnahmen gebracht, was kein Wunder ist, wenn man bedenkt, daß eine ganze Anzahl Angestellter keine Bezahlung erhielten und sich an den das „Freibad“ Besuchenden schadlos hielten. Charakteristisch für die Verwaltung dieses Freibades ist die kürzlich durch die Presse gegangene Nachricht, daß Badeaufsicht zum Auflesen des Papiers verwendet und somit ihrer eigentlichen Aufgabe, der Beobachtung des Wassers und der Bäder teilweise entzogen wurden. Schlimmer noch wird die Sache, daß das Personal entlassen wurde, weil es auf seine eigentliche Pflicht hingewiesen hatte. Im übrigen hat sich das „Freibad“ durch die raffinierte Schröpfung des Publikums in sehr schlechten Ruf gebracht.

Die Bootskatastrophe bei Grünau, bei der bekanntlich zwei junge Mädchen den Tod in den Wellen fanden, hat eine neue Wendung bekommen. Von erheblicher Bedeutung dürften die Angaben eines noch unbekanntes Mannes sein, der sich in einem anonymen Schreiben an die Untersuchungsbehörde gewandt hat. In dem Briefe, der mit der Unterschrift: „Ein Ruderer“ versehen ist, werden recht eigenartige Angaben über den Hergang des verhängnisvollen Unfalles gemacht. Es wäre daher der Polizeibehörde sehr erwünscht, wenn sich der anonyme Schreiber melden würde, damit die Angelegenheit endlich ihre Aufklärung findet.

„Schwarzweiß in der Entbindungsanstalt“ war eine Mitteilung überschrieben, die dieser Tage durch die Zeitungen ging. Zwei kleine schwarze Berliner, hieß es, hätten kürzlich in der Entbindungsanstalt in der Charité das Licht der Welt erblickt. Die Mutter, ein weißes Mädchen, habe den Verkehr mit einem Vollblutneger verschwiegen gehabt und sei frühzeitig niedergekommen. Dann wurde noch das Erscheinen der Ärzte und des Personals und die Neugierde der anderen Wöchnerinnen geschildert, die tagelang an den Brutapparat, in dem der seltene Zuwachs aufgezüchtet wurde, gelaufen seien. Gleichzeitig sei in der Charité ein anderes Mädchen mit Drillingen niedergekommen. Der glückliche Vater, dem es des Segens etwas zuviel gewesen zu sein schien, habe sich gekniet entfernt. Statt seiner sei anderen Tages ein Abschiedsbrief eingetroffen. — Diese Mitteilung ist in beiden Teilen, von Anfang bis zu Ende, erfunden. Schwarze Kinder sind in der Charité noch nie zur Welt gekommen. Die letzten Drillinge vor 1 1/2 Jahren, Ihre Mutter war eine Ehefrau,

die nach der Entbindung ganz glücklich zu ihrem Manne zurückkehrte. Von den Kindern blieben zwei am Leben. Die schwarzweiße Schwindelgeschichte wurde übrigens vor zwei Jahren schon einmal von einigen Zeitungen verbreitet, genau so wie jetzt.

Wer ist der Verunglückte? Am 11. d. M., nachmittags gegen 9 Uhr 45 Minuten, stürzte ein etwa 50 Jahre alter unbekannter Arbeiter infolge vorzeitigen Aufmachens einer Abteiler aus einem in den Bahnhof Gesundbrunnen einfallenden Ringbahnzug und zog sich hierbei schwere Verletzungen zu. Nach Anlegung eines Rotverbandes auf der Unfallstation XVII, Badstraße 67, wurde der Verletzte dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus zugeführt, wobei er noch jetzt bestimmungslos daniederliegt. Der Verletzte ist 1,65 bis 1,70 Meter groß, hat blondes Haar, rötlichen Schnurrbart und trägt bräunlichen Jacketanzug, rötliche Strümpfe, schwarze Schnürschuhe, rot kariertes Hemd und schwarzen Hut. Etwaige Mitteilungen über die Person des Verletzten werden in jedem Polizeirevier oder im Polizeipräsidium, Zimmer 332 II entgegengenommen, eventuell wird um Nachricht zu 3371 IV 59 1909 ersucht.

Panik bei einem Brande. In der dritten Morgenstunde wurde gestern die Feuerwehr nach der Akerstr. 124 im Norden Berlins gerufen. Als der erste Löscharzug unter Führung des Brandmeisters Steiner eintraf, stand dort im rechten Seitenflügel ein Heuboden in hellen Flammen. Unter den Bewohnern des Hauses herrschte eine förmliche Panik, alles schrie und flüchtete. Das Gebäude ist nur eine Etage hoch und im Erdgeschoß mit Stallungen und Kutscherwohnungen versehen. Im ersten Stock befindet sich der Heuboden, in dem auch Stroh- und Futtervorräte aufbewahrt wurden. Das Feuer war in dem Heuboden ausgebrochen. Da es reichliche Nahrung fand, war die Flammenentwicklung eine sehr große, so daß die Kutscherfamilien im Erdgeschoß fürchteten, der Brand werde auch nach unten schlagen. Die Leute räumten daher bei Ankunft der Feuerwehr schon teilweise ihre Wohnungen. Brandmeister Steiner ließ sofort zwei Schlauchleitungen legen. Da die Treppe zum Heuboden ebenfalls schon Feuer gefangen hatte und unpassierbar war, errichteten die Böschmannschaften in aller Hast zwei Seidelleitungen. Ueber diese hinweg wurde der Löscharziff eröffnet, während andere Personen das Vieh in Sicherheit brachten. Nach halbstündiger Löscharbeit konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Der Heuboden ist ausgebrannt. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist sicheres nicht festgestellt.

Wiederaufgefunden ist die 15 Jahre alte Enna Stubinski aus der Gürtelstr. 17 zu Lichtenberg, die sich am Sonnabendmorgen zum zweitenmal aus der elterlichen Wohnung enternete.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadtvorordnetenversammlung.

Die Versammlung stimmte zunächst debattelos einer Vorlage des Magistrats zu, wonach der durch Armenunterstützungen herbeigeführte Verlust des Wählerrechts einer Einschränkung unterzogen werden soll. Nach der Ansicht des Magistrats ist nicht jede Art von Armenunterstützung auch als Armenunterstützung im Sinne der Wahlgesetze anzusehen. Nach den gefassten Beschlüssen soll ein Verlust des Wählerrechts bei Kommunal- und Landtagstaxen nur eintreten:

1. bei Empfang laufender Darunterstützungen; einer solchen ist die Bewährung laufenden Pflegegeldes für eigene eheliche Kinder gleich zu achten;
 2. bei dauernder Unterbringung und Verpflegung in einem Siedehause oder einer ähnlichen Versorgungsanstalt;
 3. bei zeitweiser Krankenhausverpflegung, die an Stelle der Unterstützungen zu 1 und 2 tritt;
- Einer weiteren Vorlage des Magistrats, die Amts- und Lage für die Rektoren auf 1800 Mark festzusetzen, wurde ebenfalls zugestimmt. Bei dieser Gelegenheit brachte Stadtv. Wambert (lib. Frakt.) die Verfügung des Regierungspräsidenten zur Sprache, nach welcher der Charlottenburger Lehrerbefehlungsordnung die Genehmigung versagt worden ist, weil die bewilligten Sätze über diejenigen Berlin hinausgehen. Redner wandte sich gegen diese Verfügung und unterzieht namentlich die Haltung des Berliner Kommunalfreistimm einer scharfen Kritik.

Es wird das Ersuchen an den Magistrat gerichtet, bei der königlichen Regierung vorstellig zu werden, damit die Befehlungsordnung der Schöneberger Lehrer genehmigt wird.

Oberbürgermeister Wilde hielt ein derartiges Ersuchen für überflüssig, da vom Magistrat schon alles nötige in dieser Beziehung getan sei. Das sei man sich schon im Interesse der Selbstverwaltung schuldig. Hier hätten nur die städtischen Ratspersonen zu bestimmen; die gefassten Beschlüsse ständen im Einklang mit dem Gesetz. Befremdend sei es, daß man mit der Einheit Groß-Berlins komme, wo es sich um die Gemeindefragen handelt. Bei den höheren Schulen habe man die Einheit Groß-Berlins nicht respektiert. Es seien bereits die nötigen Schritte getan, um ein gemeinsames Vorgehen von Schöneberg, Charlottenburg und Wilmerdorf zu ermöglichen. (Wuffallend war bei diesen Debatten die Tatsache, daß der Vorsitz, Landtagsabg. Reinbacher, es auf alle Fälle zu verhindern suchte, eine Kritik an dem Berliner Kommunalfreistimm zu üben. Es wäre nach seiner Meinung vielleicht von unabwehrbaren Folgen gewesen, wenn der Berliner Kommunalfreistimm in der jetzigen Wahlbewegung von den Liberalen Schönebergs an den Pranger gestellt würde.)

Die Versammlung nahm dann davon Kenntnis, daß die an den preussischen Landtag gerichtete Petition wegen Erhaltung des Brunenwalds nicht zur Beschlußfassung im Landtag gekommen ist und somit keine Erledigung gefunden hat. Es wurde angeregt, die Petition später von neuem einzubringen.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte in der letzten Nacht in der Ronnenteichstraße 39 tüchtig zu tun. Dort war auf dem Lagerplatz eines Maurermeisters Feuer ausgebrochen. Ein Holzschuppen mit Geräten usw. stand in Flammen. Diese hatten reiche Nahrung gefunden und auch einen Taubenschlag ergriffen. Ein halbes Duzend Tauben kamen dabei um. Ueber die Entstehung konnte nichts ermittelt werden.

Rigdorf.

Gellende Hülserufe verursachten in der ersten Abendstunde in der Münchener Straße große Aufregung. In dem Hause Münchener Straße 35 war im dritten Stockwerk Feuer entstanden, wodurch fünf kleine Kinder in große Lebensgefahr kamen. Während der Abwesenheit der Eltern hatten sich die fünf Kinder des Betriebsbeamten Schmidt allein in der Wohnung aufgehalten. Als das älteste zwölfjährige Mädchen für die jüngere Schwester auf einem Spirituslocher Milch wärmen wollte, stieß sie den Kocher um, worauf sich der brennende Spiritus auf den Fußboden ergoß, der nach wenigen Sekunden in hellen Flammen stand. Auf die Hülserufe der gefährdeten Kinder eilten Nachbarn und Passanten herbei, die sich sofort an das Löschen des Feuers machten und die Kinder in Sicherheit brachten.

Arbeiter-Samariter-Kolonie (5. Abteilung). Heute, Mittwoch, abends 9 Uhr, bei Kaufhold, Eckerstr. 8: Fortsetzung des Kurses. Vortrag über Physiologie (Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers). Neue Mitglieder können noch eintreten.

Pantow.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung wurde mitgeteilt, daß der in der zweiten Abteilung gewählte Gemeindevertreter Körting wegen Vergessens ausgeschieden sei. Ferner brachte der Gemeindevorsteher zur Kenntnis, daß die höhere Mädchenschule durch Erlaß des Ministers vom 9. Juli d. J. als höhere Lehranstalt anerkannt ist und einem Kuratorium unterstellt werden muß. Er schlug vor, dieselbe dem bestehenden Kuratorium des Gymnasiums zu unterstellen. Ein

Antrag, dasselbe von 7 auf 9 Personen zu erhöhen, wurde angenommen. Zum Haushaltsplan der Armenverwaltung wurde eine Nachbewilligung für Krankenhauspflege gefordert, dieselbe betrug für Ortsarme 400 M., für Personen mit auswärtigem Unterhaltungswohnsitz 350 M.; für erstere wurden 600 M., für letztere 500 M. bewilligt. Sodann wurde bei der Polizeiverordnung über die Anbaufähigkeit der Straßen beschlossen, daß die Bürgersteige vom Grundstück bis zu 1 Meter vom Fahrdamm gepflastert werden müssen. Der nächste Punkt „Anbau eines Parkgeländes“ rief eine rege Debatte hervor. Der Schöff Dilges und G. B. Duff verließen als Beteiligte an dem Projekt den Sitzungssaal. Der Park war schon im Bebauungsplan vorgesehen. Der Gemeindevorsteher wies darauf hin, daß ohne den Park auch die Bauordnung nicht würde genehmigt werden. Der Park habe eine Größe von 48 Morgen, wovon circa 8 Morgen später Bauland werden sollen. Der Kostenpunkt betrage 480 000 M. Das macht pro Quadratmeter 55 M. Von der Kaufsumme soll das erste Viertel am 1. April 1912, das zweite Viertel am 1. Oktober 1915 und der Rest am 1. Oktober 1920 gezahlt werden; die Zinsen wollen die jetzigen Besitzer ebenfalls bis 1912 stunden. Verschiedene Gemeindevorsteher wandten sich dagegen, sie meinten, daß eine Gemeinde wie Pantow die Lasten nicht tragen könne, auch sei die Bauordnung nicht danach, daß viel Bauland und Zugang zu erwarten sei (der Bauordnung haben jedoch die Herren Gemeindevorsteher in einer früheren Sitzung zugestimmt. D. B.) Ferner müßten auch noch bessere Verkehrsverbindungen geschaffen werden. Die Gegengründe wurden vom Vorsteher widerlegt und der Anbau nach vielem Hin- und Her in namentlicher Abstimmung mit 6 gegen 4 Stimmen angenommen. In geheimer Sitzung wurde über eine Projektur, betreffend Neuwahl von Ausschussmitgliedern und von Mitgliedern der Vereinstätigkeitskommission verhandelt.

Steglitz.

Ein aufregender Vorfall spielte sich vorgestern nachmittags gegen 4 Uhr in der Schloßstraße ab. Der Kaufmann Wilhelm Müller und die Schneiderin Frida Rogahl hatten auf der Fahrt von Berlin eine Automobilrolle bemut und diese an der Ecke der Schloß- und Rheinstraße verlassen. Ohne sich umzusehen, traten die beiden auf das Straßenbahngeleis, unmittelbar vor einem herannahenden Motorwagen der Linie V (Rigdorf-Steglitz), so daß es dem Fahrer unmöglich wurde, den Zug rechtzeitig zum Stehen zu bringen. M. und R. wurden von der Vorderplattform erfasst, niedergedrückt und kamen unter den Perron zu liegen. Sie erlitten Verletzungen am Kopf, Rücken, sowie Arm- und Beinverletzungen und mußten nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt werden.

Röpenitz.

Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes hatte sich am Montag der Genosse Richard Jahnke vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte am 3. Juli d. J. im Stadttheater eine Versammlung für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen, in der das Thema „Die Aufgaben der proletarischen Jugend“ behandelt werden sollte. Die Polizei erblühte in der Versammlung eine politische Veranstaltung und entsandte zwei Beamte nach derselben. Der Aufforderung des Vorsitzenden, die Versammlung zu verlassen, kamen die Beamten nicht nach, weshalb die Versammlung nicht stattfand. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht vertrat Jahnke in längeren Darlegungen die Ansicht, daß von einer politischen Versammlung gar keine Rede sein könne. Dieser Auffassung trat als einziger Zeuge der Polizeikommissar Doeren entgegen. Nach seiner Ansicht sei, so betonte der Zeuge, die Versammlung eine politische gewesen, denn schon das Thema besage, daß man Politik betreiben wollte. Die ganze Jugendorganisation gehe dahin, die jungen Leute von 14—15 Jahren mit den sozialdemokratischen Lehren vertraut zu machen, damit diese später „feste Genossen“ werden und die Sozialdemokratie sich auf diese verlassen könne. Am Schlusse solcher Versammlungen wird auch stets gesungen: „Das sind wir Arbeitermänner.“ Der Diakon Hartmann (geistlicher Betsammler der Jugendorganisation am Ort) habe schon mehrfach gesagt, daß den jungen Leuten wohl eingepfist wird, welche Rechte sie haben, aber niemals die Pflichten, die sie zu erfüllen hätten. Der Amtsanwalt beantragte nach dieser vernichtenden Rede gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 20 M. ebent. 4 Tage Haft. Das Gericht trat diesem Antrage bei. In der Urteilsbegründung wies der Vorsitzende darauf hin, daß das Gericht die Ausführungen des Zeugen Doeren angegeschlossen habe. Daß durch die Beurteilung Jahnkes der Jugendorganisation irgendwelcher Abbruch getan ist, wird weder das Gericht, noch der Polizeikommissar annehmen wollen. Die ganze Gerichtsverhandlung hat den Jugendlichen nur gezeigt, daß sie unter einem Ausnahmegericht gegenüber den Angehörigen bürgerlicher und christlicher Jugendvereine stehen. Das wird sie veranlassen, sich fester denn je zusammenzuschließen.

Lichtenberg.

Die Auslegung der Wählerlisten zur Lichtenberger Stadtverordnetenwahl findet vom 15. bis 30. September, nachmittags von 8 bis 3 Uhr und Sonntags von 9 bis 12 Uhr, im großen Saale des Rathauses statt. Kein Wähler darf versäumen, Einsicht in die Listen zu nehmen.

Weißensee.

Wife Beispiele verderben gute Sitten. Vor einigen Tagen berichteten wir, daß einer winzigen Sache wegen der Tiefbauart einer Kolonne von Straßensegnern eine Stunde vom Lohn kürzte. Auch der Straßensegner scheint sich dieses gegen gute Sitten verstößende Beispiel zu eigen zu machen. Bei großer trockener Hitze erlaubten sich einige Straßensegner einer anderen Kolonne eine kleine Weisze zu trinken, wobei sie von dem Straßensegner, einem früheren Gemeindevorsteher, überrascht wurden. Die kurze Unterbrechung der Arbeit mußten die Arbeiter sich mit einer Stunde Lohnkürzung im Betrage von 35 Pf. gefallen lassen. Als vor circa 3 Jahren unsere Genossen für die verschiedenen Betriebe die Bildung von Arbeiterauschüssen verlangten, da war es gerade der Straßensegner mit Hilfe eines Vorarbeiters, der dieses bereitete und zwar sammelten diese beiden Vorarbeiten Unterschriften der Arbeiter. In dem abgegebenen Schreiben wurde ein Arbeiterauschuss als überflüssig betrachtet. Jetzt haben die Arbeiter das Nachsehen und müssen sich alle derartigen Maßnahmen gefallen lassen.

Notwaded.

Ueber Karl Marx referierte in der letzten vor besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Schütte. Hierauf gab der Vorsitzende bekannt, daß am 29. September eine außerordentliche Wahlvereinsversammlung stattfindet, in welcher der Bericht vom Parteitag gegeben wird. Desgleichen machte er auf den am heutigen Mittwoch vom Jugendauschuss arrangierten Unterhaltungssabend aufmerksam. Ferner eruchte der Redner diejenigen Gemeindevorstände, die ihre Mitgliederliste für die bevorstehende Hausagitation noch nicht eingereicht haben, dies in kürzester Zeit zu tun.

Neu aufgenommen wurden 12 Genossen und zwei Genossinnen. Die Abrechnung vom Sommerfest weist eine Einnahme von 256,10 M. und eine Ausgabe von 259,40 M. auf. Den Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlin gab Genosse Kraus an.

Potsdam.

Stadtvorordnetenversammlung. Von der reichhaltigen Tagesordnung, die fast ausschließlich ohne Debatte erledigt wurde, ist die Stellungnahme dieses rein bürgerlichen Stadtparlaments bei der Bewilligung von Kurlofen für fünf Langenkrone charakteristisch für die in der Armenverwaltung geltenden Grundsätze und für die Anschauung verschiedener Stadtväter. Die Verhandlungen über diesen Punkt, die früher nicht öffentlich stattfanden, sind seit einiger Zeit in die öffentliche Sitzung verlegt, damit die Bürgererschaft erfahren, welche Wohltaten ihnen von der Stadt erwiesen werden. Verschiedene Stadtväter äußerten sich, daß es gar nicht notwendig sei, mit der Wohltätigkeit so viel Tamtam zu machen. Stadtvorordneter Köpfer bemerkte, daß es keinen Zweck habe, in der Öffentlichkeit zu ver-

Handeln. Da verschiedene derartige Gesuche auch Personen betreffen, die nicht der Armenpflege unterliegen, die auch nicht wollen, daß ihre Unterstützung dem Armenvorsteher bekannt wird, und deren Namen auch nicht in der nichtöffentlichen Sitzung erwähnt werden können. Stadtd. Krause bemerkt, daß ihm verschiedene Personen bekannt seien, die nicht bedürftig waren, vielmehr selbst die Mittel dazu haben. Gellag wurde auch, daß die Gesuche immer mehr zu nehmen. Das mag bei manchen Stadtvater wohl auch der Grund gewesen sein, für die Verhandlung in der Nichtöffentlichkeit zu stimmen, um so die „Begehrlichkeit“ einzudämmen. — Die am 1. April 1910 zur Aufhebung gelangende Schlachtsteuer macht die Kontrollhäuser an der Stadtgrenze überflüssig. Soweit sie Eigentum der Stadt sind, sollen sie verkauft werden. Für dasjenige auf der Langen Brücke hat man noch keine Verwendung. — Veranlaßt durch verschiedene Differenzen bei Abstimmungen und über Auslegung der Geschäftsordnung soll eine Kommission die bisherige Geschäftsordnung revidieren. Dazu sind bereits Ordnungen aus anderen Städten eingefordert. — Der Beschluß der Jahresversammlung des Vereins für Armenpflege wurde, nachdem verschiedene Stadtverordnete solche Vergünstigungsdienstreife nicht für nötig hielten, mit 10 gegen 17 Stimmen zugestimmt. — Recht schwer wird dem Magistrat die Stellungnahme zu einer eventuellen Einrichtung einer kaufmännischen Fortbildungsschule für weibliche Angestellte. Die Vorlage wurde zum zweiten Male zurückgezogen, weil sie noch nicht fertig ist. Und das trotz der langen Ferien.

In der Wahlvereinsversammlung knüpfte sich an den Bericht über die Kreis-Generalsammlung eine längere Debatte über den Revisionismus und den Bernsteinfall. Es wurde lebhaft debattiert, daß jedesmal vor dem Parteitag ein Skandal inszeniert werde. Bei dieser Gelegenheit regte Genosse Stos an, bei dem Verzeichnis der auf dem Parteitag anwesenden Delegierten auch deren augenblicklichen Verus resp. Stellung mit aufzuführen, damit sich jeder ein klares Bild machen könne, wer eigentlich die Parteivertretung ist. Ueber die Provinzialkonferenz gab Genosse Staab einen ausführlichen Bericht.

Jugendbewegung.

„Arbeiter-Jugend“. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 17 heben wir hervor: Der Rat der Alten. — Die jugendlichen Arbeiter in der Arbeiterversicherung. Von Fr. Kreis. — Wie ich denken lernte. Von Paul Rudolf. — Andreas Hofer und der Tiroler Freiheitskampf. Von W. Hausenfeld. — Vom Urtier zum Menschen. Von M. S. Waage. — Großfreil. — Aus der Praxis der Jugendbewegung. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz usw.

Beilage: Weil's recht war. Erzählung von A. Ger. — Vision der Arbeit. Gedicht von Bernhard Wilhelm. — Menschen und Götter. Von G. Eckstein. — Piddl Hundertmarks Zukunftsträume. Von Wilhelm Scharlemann.

Gerichts-Zeitung.

Als Urheber einer turbulenten Szene

in dem „Sanatorium des Westens“ mußte sich gestern wegen Körperverletzung, Beleidigung, Freiheitsberaubung und versuchter Erpressung vor der Ferienkammer des Landgerichts III der Krankenwärter Johann Skoped verantworten. Der Angeklagte war in dem „Sanatorium des Westens“ in der Joachimshaler Straße als Pfleger angestellt gewesen. Am 11. März d. J. wurde der Angeklagte auf das Verlangen des Arztes Dr. Max Jacobsohn, der einen in das Sanatorium gebrachten Kranken dort behandelte, entlassen. Dr. J. glaubte, daß der Schwerkranke nicht mit der genügenden Sorgfalt von dem Angeklagten bedient wurde und der Kranke berechtigten Grund zur Unzufriedenheit habe, und veranlaßte deshalb die Schwester Oberin zur Entlassung des Angeklagten. Dieser geriet hierdurch in die größte Erregung, da er in dem Sanatorium schon längere Zeit zur vollen Zufriedenheit der Schwester Oberin seine Dienste verrichtet hatte. Er hielt es für ungerechtfertigt, daß er durch den Dr. J. aus seiner Stellung gedrängt worden sei; glaubte auf Grund seiner Engagementsbedingungen Anspruch auf Entschädigung durch Dr. J. zu haben und verursachte nun eine Kämpferei. Er ging in das Zimmer, in welchem Dr. J. bei dem Schwerkranken weilte, riegelte die Tür ab und drang schimpfend auf den Arzt ein. Dr. J. forderte ihn vergeblich zum sofortigen Verlassen des Zimmers auf, und als er nach dem Fenster lief, um von dort aus Hilfe zu rufen, rief ihn der Angeklagte zurück und nötigte ihn das Versprechen ab, daß er ihn entschädigen wolle. Der Arzt, der nun glaubte, daß er einen Geisteskranken vor sich habe, bejahte, um ihn zu beruhigen, die auf die Entschädigung bezüglichen Fragen und der Angeklagte verließ darauf das Zimmer. Am nächsten Tage erhielt der Dr. J. von dem Angeklagten ein Schreiben, in welchem er in sehr bestimmter Weise aufgefordert wurde, ihn in Höhe von 200 M. schadlos zu halten, widrigenfalls sich der Schreiber genötigt sehen würde, einen Anwalt zu beauftragen, in welchem vier Wochen vorher in demselben Sanatorium vorgekommen sein sollte, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. — Der Angeklagte entschuldigte sich vor Gericht mit seiner großen Erregung, in die er durch den Dr. J. gebracht worden sei, und bestritt, daß sich die Vorgänge im Zimmer so gewaltsam abgespielt haben, wie behauptet worden. — Der Staatsanwalt hielt auf Grund der Aussage des Dr. J. Jacobsohn den Angeklagten im vollen Umfange der Anklage für überführt und beantragte mit Rücksicht darauf, daß das Verhalten des Angeklagten doch geradezu unerhört sei, vier Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. James Friedländer hielt den Tatbestand der Freiheitsberaubung nicht für vorliegend, ebensowenig den der versuchten Erpressung, da der Angeklagte wohl annehmen konnte, daß er ein Recht auf Schadloshaltung durch Dr. J. habe. Im übrigen müsse die sehr große Erregung, in der sich der Angeklagte befunden, mildernd ins Gewicht fallen, und es empfehle sich, über den bisher völlig unbescholtenen Angeklagten, dem seitens der Oberin das beste Zeugnis gegeben werde, eine Geldstrafe zu verhängen. — Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts auf vier Monate Gefängnis.

Aus der frauenbewegung.

Der Verband der Hausangestellten

Hielt am Sonntag eine öffentliche Dienstbotenversammlung in „Drasels Pflanz“ ab. Der Besuch war recht gut; viele Parteigenossen waren erschienen und bekundeten ihr Interesse an den Bestrebungen des Verbandes. Fräulein Rosenfeld, die zwei Jahre lang die Leiterin des städtischen Arbeitsnachweises in Posen war, hielt einen Vortrag über das wichtige Thema der Stellenvermittlung. Sie zeigte die Schäden und Nachteile der privaten Vermittlung und empfahl dringend den städtischen Nachweis, der paritätisch geleitet werde, in dem die Hausangestellten also selbst eine Stimme haben und ihre Wünsche zur Geltung bringen können. Für die große Zahl unerfahrenen junger Mädchen, die einen Dienst suchen, ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß sie sich an ein Bureau wenden können, das zuverlässig und gewissenhaft arbeitet und nicht um des Profits willen da ist. Bei Vermittlungen nach auswärts werden stets die genauesten Erkundigungen eingeholt, und ein städtischer Nachweis ist dazu am besten in der Lage, weil er von den Behörden mehr berücksichtigt wird und auch gute Verbindungen durch die städtischen Nachweise in anderen Orten besitzt. Noch besteht leider eine gewisse Abneigung bei den Mädchen, sich dieser Vermittlung zu bedienen, aber wer einmal dies Mißtrauen überwunden hat, kommt gern wieder. Hier

ist im Gegenteil volles Vertrauen gerechtfertigt, während den privaten Vermittlern viel mehr Mißtrauen entgegengebracht werden mußte.

Nach diesem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage sprach Fräulein Vaar über das Thema „Der freie Arbeitsvertrag“. Den Ausführungen von Fräulein Rosenfeld schloß sich anschließend legte sie dar, wie der Verband der Hausangestellten bestrebt ist, die Verhältnisse im Dienstbotenberuf zu verbessern. Der erste Entwurf eines freien Arbeitsvertrages, den der Verband vor die Öffentlichkeit brachte, begegnete der schärfsten Opposition in der bürgerlichen Presse wie unter allen Hausfrauen. Schätzenswert war die Diskussion, die über die Rechte der Dienstboten aus diesem Anlaß einsetzte. Man mußte einsehen, daß die Mädchen ein Recht haben, sich gegen die veralteten Bestimmungen der Gesindeordnung aufzulehnen. Der Verband legt jetzt einen neuen Entwurf eines freien Arbeitsvertrages vor und hofft, auch die Unterstützung des städtischen Nachweises dafür zu gewinnen, denn die aufgestellten Forderungen sind ebenso bescheiden wie berechtigt; sie lauten:

Der Lohn wird am Ende jeden Monats ausgezahlt und beträgt neben freier Station . . . M. . . Pf.

Das Zimmer muß heizbar und von innen verschließbar sein, ein nach außen liegendes Fenster haben und mindestens folgende Gegenstände enthalten: Kleiderschrank, Kommode, Stuhl, Waschgelegenheit und ein Bett zur alleinigen Verfügung.

Die Arbeitszeit beträgt 12 Stunden. Sie beginnt nicht vor 8 Uhr morgens und endet nicht nach 9 Uhr abends. Pausen (3 Stunden):

Ausgang: Jeden zweiten Sonntag von 3 Uhr nachmittags ab (den über 18 Jahre alten Hausangestellten wird der Haus- und Etageenschlüssel mitgegeben). Ferner einmal wöchentlich ein freier Nachmittag von . . . Uhr ab.

In plötzlichen Krankheitsfällen nicht ansteckender Art ist die Hausangestellte zu Dienstleistungen auch außerhalb ihrer Arbeitszeit bereit.

Bei Gesellschaften in der häuslichkeit sind besondere persönliche Vereinbarungen über die Form der Bezahlung von Ueberstunden zu treffen.

Die Pflege und Bedienung eines mit ansteckender Krankheit befallenen, sowie die Reinigung der zur Pflege nötigen Utensilien kann die Hausangestellte ablehnen.

Das Dienstbuch erhält die Hausangestellte nach Antritt der Stellung wieder ausgehändig.

Für zerplagene Geschirre und ähnliches wird Lohnabzug nicht gemacht.

Die Kündigung erfolgt am 15. zum 1. des folgenden Monats.

Entstehen während der Dauer dieses Vertrages zwischen den Parteien Streitigkeiten, so sind diese von einem Schiedsgericht zu schlichten.

Das Schiedsgericht besteht aus je zwei Vertretern des Verbandes der Hausangestellten, des Arbeitsnachweises, und zwei Vertretern nach Vorschlag des Hausangestelltenvorstandes (juristische Personen sind ausgeschlossen). Diese sechs Vertreter wählen eine unparteiische Vorsitzende. Kommt eine Einigung über die Person der oder des Vorsitzenden nicht zustande, so soll die Leiterin des Stellennachweises die oder den Schiedsgerichtsvorsitzenden ernennen.)

Kadmet die Rednerin die einzelnen Bestimmungen dieses Entwurfes erläuterte, begann eine lebhafte Diskussion darüber. Man war im allgemeinen damit einverstanden, wenn man auch manches zu bescheiden und gemäßigt fand. Wasch- und Reinmachefrauen, die anwesend waren, verlangten, daß der Verband sich ihrer Sache mehr annehmen müßte, sie würden ausgebeutet durch die „Reinigungsinstitute“, sie müßten bei langer Arbeitszeit oft genug mit schlechtem Lohn und schlechtem Essen zufrieden sein. Sie beklagten sich auch bitter über die Dienstboten, die eine Wasch- und Reinmachefrau mit Rücksichtung behandeln und ihr schlechtes Essen vorsehen. Was die Arbeiter „Solidarität“ nennen, das Gefühl der Gemeinsamkeit der Interessen, sei vielen Hausangestellten noch fremd. Fräulein Kaupner, die Leiterin des städtischen Nachweises in Berlin, erklärte, daß die Wasch- und Reinmachefrauen wie die Dienstboten ihren Wünschen viel mehr Geltung verschaffen könnten, wenn sie sich daran gewöhnen würden, die private Vermittlung zu meiden und allein die städtische, die zu ihrem Nutzen eingerichtet ist, in Anspruch zu nehmen. Beim großen Holzarbeiterstreik habe sie beobachtet, daß die Männer die Wichtigkeit ihres Arbeitsnachweises wohl zu schätzen wußten, daß sie aber ihren Frauen keinen Rat zu geben verstanden, die sich in Massen den Reinigungsinstituten zur Ausbeutung anboten; da müßten sie für Wasch- und Reinmachefrauen noch 50—75 Pf. pro Tag bezahlen. Dem Wunsch, mehr Zweigstellen des städtischen Nachweises einzurichten, würde man gern nachkommen, wenn mehr Mittel zur Verfügung gestellt würden, es sei übrigens in Aussicht genommen, in Roabit eine Zweigstelle einzurichten. Der Nachweis in der Linienstraße 11 ist geöffnet von 9—12 Uhr vormittags und von 4—7 Uhr nachmittags, in der Gormannstraße 13 von 4—7 Uhr nachmittags. — Die Vorsitzende, Fräulein Krcndt, forderte zum Schluß der Versammlung noch zu weiterer lebhafter Agitation für den Verband auf. Agitationsmaterial wird im Verbandsbureau, Michaelkirchplatz 1, gern zur Verfügung gestellt.

Ein originelles Agitationsmittel für das Frauenwahlrecht stellt eine von dem niederländischen Komitee für Frauenwahlrecht herausgegebene Ansichtskarte dar. Auf einer Reihe von Bildern sieht man Mann und Frau in Kontor und Fabrik, Schule und Krankenhaus die gleiche Arbeit tun. Am Schluß geht der Mann zur Wahl — die Frau wird fortgewiesen. Verdient Nachahmung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Heute Mittwoch 8 1/2 Uhr im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72: Gesellschaftsversammlung mit musikalischer Unterhaltung und Rezitation. Gäste willkommen.

Vermischtes.

Großfeuer in Mannheim.

Gestern früh kurz nach 8 Uhr brach, wie aus Mannheim gemeldet wird, in den Lagerhallen der Getreidefirma Leopold Cahn am Wimerhafen Feuer aus, das zwei 60—70 Meter lange Hallen vernichtete. Das Feuer griff mit rasender Schnelligkeit um sich, so daß noch kurz vor 4 Uhr die städtische freiwillige Feuerwehr alarmiert werden mußte. Der Schaden wird auf eine halbe Million Mark geschätzt. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Acht Personen ertrunken.

Wie nachträglich aus Prag gemeldet wird, hat am Sonntag ein schweres Unwetter mit Hagelschlag und Wollenbruch in dem Dorfe Trebovetitz bei Horschowitz 44 Anwesen vernichtet. Acht Personen sind ertrunken.

Eingegangene Druckschriften.

Von der Kommunalen Praxis ist soeben ein 20 Seiten starkes Heft erschienen. Es enthält eine Tabelle aller deutschen Städte und Gemeinden, in denen die Vermögenssteuer bereits eingeführt ist, versehen mit den Angaben über die Höhe der zu erhebenden Sätze und allen weiteren wichtigen Fragen.

Ebenso wird eine Auflistung gegeben über die Steuern, die die Gemeinden und Städte überhaupt einschreiben dürfen. Veranschauligung fanden hierbei alle Bundesstaaten. Der Einzelpreis dieser Nummer beträgt 60 Pf. Probenummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

In freien Stunden. Von dieser Romanbibliothek zur Befähigung der Schulbibliothek liegen uns die Hefte 25 und 26 vor. Der Roman Stefan von Grillenhol von Minna Kautsch wird fortgesetzt. Wöchentlich erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Probenummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Aus Natur und Geistwelt. Bd. 12: Aufgaben und Ziele des Menschenlebens. Von A. Unold. — Bd. 100: Das deutsche Bildungswesen. Von R. Gausen. — Bd. 276: Die Alpen. Von G. Reibhauer. Einzelb. 1 M., geb. 1,25 M. B. G. Teubner, Leipzig.

Jahrbuch 1907/08 und Protokoll des 6. Verbandstages des Zentralverbandes der fernmännlichen Arbeiter Deutschlands. 306 S. P. Müller, Hamburg, Seidenbinderhof 57.

Verden und Witten des Bürgerministeriums. Von F. Schätz. 5 M., geb. 6 M. G. Wigand, Leipzig.

Der Schmied vom Glanz. Gedichte von R. Ryber. — Vita, deutsches Verlagshaus, Charlottenburg, Hardenbergstr. 14.

Statistische Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Verwaltungsstelle Köln a. Rh. 24 S. 10 Pf. Für Nichtmitglieder 20 Pf. Selbstverlag.

Dokumente des Fortschritts. Nr. 3. Internationale Revue. Jahrg. 11 Heft. 10 M. G. Neimer, Berlin W. 35.

Handbuch der Dreherei. Jubiläumsausgabe von Aug. Loh. 6,50 M. für Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes und technischer Vereine 4,25 M. Verlag: Aug. Loh, Viehwiesen-Halle a. S.

Jahresbericht der königlichen Bibliothek zu Berlin 1898/99. Selbstverlag.

Verein ehemaliger Berliner zur Befähigung der Jungen-Überholer. Heute Mittwoch, den 15., abends 9 Uhr, im „Rosenhaler Hof“, Rosenhaler Str. 11/12: Versammlung.

Leser- und Diskussionsklub „Südost“. Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Reibhardt, Götterstr. 58. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Leser- und Diskussionsklub „Friedrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Bolze, Rodenbergstr. 8. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Leser- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Heute abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei Hummel, Sophienstr. 5. Gäste willkommen.

Freie Jugendorganisation, Abteilung Süd-Ost, Borori-Bezirk. Heute Mittwoch, den 15. September, findet in Baumhuldenweg, Baumhuldenstr. 67 bei Rädiger eine Versammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Peters über „Bildung und Erziehung“ und Abteilungsangelegenheiten.

Freie Jugendorganisation, Nordort. Am heiligen Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im „Karlsgarten“, Karlsgartenstr. 6—10, die Mitgliederversammlung statt. 1. Vortrag des Herrn Dr. Chajes über „Berufsfragen“, 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Alle Anfragen betreffs Jugendklub sind an die Kollegen Größ, Donaustr. 129, und Barant, Herzbergstr. 7—8, zu richten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 8, zweiter Hof, breiter Eingang, vier Treppen, ~~Freitag~~ wöchentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Nachbarn und eine Zahl als Verzeichnis beizubringen. Persönliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

H. S. 57. 1. Die Stundung von Krankenhauskosten wird nicht als Armenunterstützung angesehen. 2. Ihr Wahlrecht verlieren Sie also nicht. 3. Unter den geschiedenen Umständen werden Sie ein Darlehen nicht erhalten. — J. C. 40. Zur Errichtung eines Testaments bedarf es nur, daß Sie das ganze Testament eigenhändig schreiben und unterschreiben. Ihre Ehefrau muß dann den von ihr selbstgeschriebenen und unterschriebenen Vermerk hinzusetzen, daß das obige Testament auch als ihr Testament gelten soll. — G. R. 99. Nur wenn wirklich die Wohnung vermieht ist, brauchen Sie die Wohnung nicht mehr zu zeigen.

H. S. 15. Bei dem von Ihnen angegebenen Einkommen sind Sie verpflichtet, mindestens 10 Mark monatlich zum Unterhalt Ihrer Mutter beizutragen. — G. 44. Sie sind dazu verpflichtet. Treten Sie und Ihre Frau doch aus der Kirche aus. — „Kath. apok.“ reklamieren Sie. Hören Sie Ihren Kaufmann bei und erwähnen Sie auch, was das Amtsgeschäft auf Ihren Antrag aus der Landeskirche auszuschneiden, Ihnen erklärt hat.

Preuzel 102. 1. Das Wahlrecht verlieren Sie nicht. 2. Bei Ihren Verhältnissen brauchen Sie nichts zu zahlen. 3. Dagegen können Sie nicht verlangen, daß Ihr Vater zu Ihnen kommt. — M. G. 30. Sie können es ruhig auf eine Klage antworten lassen, dagegen kostet Ihre Frau.

M. R. 29. Sie können ruhig warten. — Moabit 87. 1. Die Unterbrechung des Wohnsitzes hebt das Wahlrecht nicht auf. 2. Ja. 3. Ja. — Schinheim. UnTERS ERGÄNZUNG muß die Landesversicherungsanstalt eine Bescheinigung leisten. Eventuell soll Antragsteller beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung für den Regierungsbezirk Potsdam zu Berlin Beschwerde erheben. — Wildau 750. Sie können innerhalb einer Woche nach Zustellung des Strafmandats gerichtliche Entscheidung beantragen.

R. 100. Wegen Ihrer Schulden kann in dem zum Vermögen Ihrer Ehefrau gehörigen Geschäft nicht gepfändet werden. Eine gerichtliche Eintragung ist nicht erforderlich. — M. S. 56. Das Amtsgericht ist zuständig. Sie werden wohl beglücken müssen. — Bernauer 33. Sie dürfen von der Diözes nicht abziehen. Sie müssen den Hauswirt auf Herstellung der Ihnen zugesicherten Renovierungen verklagen. — S. 3. So lange Ihnen nicht gekündigt ist, muß die Firma Ihnen Ihren Lohn, abzüglich desjenigen, was Sie von der Krankenkasse erhalten haben, zahlen. Falls sie das nicht tut, müssen Sie sie, wenn Sie gewerblicher Arbeiter sind, beim Gewerbeamt verklagen. — Arbeitersekretariat Köln. Der Standpunkt der katholischen Pfarrgemeinde ist leider zurechtend. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß auch die Ehefrau aus der Kirche austritt. — R. 100. Der Betrag erscheint viel zu hoch. Hoffen Sie nichts mehr. — H. A. 33. Der Verlechte muß sich sofort an die Berufsgenossenschaft wenden und Ansprüche erheben.

Wagner. Geben Sie den Antrag zurück und verlangen Sie Rückzahlung des Kaufpreises. — G. O. 23. Ihre Frau kann von dem Gelde Antrag und Stiefel kaufen, soll sich eine Quittung geben lassen und die Quittung aufbewahren. — Scheidung 5. Wiederholen Sie die Anfrage noch einmal. — 99. I. Köpenick. Höhere Angaben sind erwünscht. Teilen Sie doch auch Ihre genaue Adresse mit.

Kritischer Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag: Zufuhr genügend, Geschäft klar, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Zufuhr nicht ganz genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr etwas reichlicher, Geschäft rege, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft still, Preise wenig verändert. Gemüse, Obst und Säbe: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr still, Preise mehrfach verändert.

Witterungsübersicht vom 14. September 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand man. (mm)	Windrichtung	Windstärke	Temper. in 1 m Höhe (C)	Stationen	Barometer-stand man. (mm)	Windrichtung	Windstärke	Temper. in 1 m Höhe (C)
Stettin	763,9	SW	3	14	Darmstadt	763,9	SW	4	10
Darmstadt	763,9	SW	3	12	Frankfurt	763,9	SW	1	8
Berlin	762,9	SW	2	13	Frankfurt	774,9	SW	1	11
Frankfurt	762,9	SW	5	13	München	765,9	SW	2	11
München	765,9	SW	2	13	Wien	762,9	SW	3	11
Wien	762,9	SW	3	17					

Wetterprognose für Mittwoch, den 15. September 1909. Hieltlich kühl, zeitweise anflarend, jedoch vorherrschend noch wolkig mit etwas Regen und aufziehenden nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13. 9. 12. 9.	am 12. 9. 12. 9.
Berlin, Mühl	112,0	0
Regel, Ansternburg	37	-2
Weiße Elster, Thurn	18	-2
Oder, Rathor	93	+10
Krausen	44	-3
Frankfurt	63	-2
Wartze, Schrumm	0	0
Landesberg	-26	-1
Rege, Borcham	-30	0
Eibe, Leitmeritz	-70	-8
Dresden	-126	0
Barby	27	-6
Ragdeburg	44	-2
Saale, Spandau	80	+26
Qabel, Gochau	28	-1
Regel, Spremberg	16	-2
Spre, Spremberg	62	0
Reckow	34	0
Weser, Händel	-102	+3
Weser, Witten	-10	+8
Rein, Raguniansau	418	+4
Rau	190	-3
Rau	173	-4
Redar, Heilbronn	33	+10
Rain, Berthelm	-	-
Rosel, Trier	-	-

+) bedeutet Hoch. — Tal. — *) Unterpegel.

Ausscheiden! **BON.** Um auch solchen Kunden, die die vorzügliche
Tafelmargarine Milka extra
 noch nicht probiert haben, zu einem Versuch zu veranlassen, verabfolgen wir
 dem Ueberbringer dieses Bons heute **Mittwoch, den 15. September bis**
Montag, den 20. September bei Einkauf von
1 Pfund Milka extra a Pfund 85 Pz.
 Eine große **Fruchtbons** ca. 1 Pfd. brutto
 oder **1/2 Pfund Block-Schokolade**
 garantiert reine Haushalt-Schokolade
 von F. A. Ochler, Zeitz; Joh. Gottl. Hauswaldt, Magdeburg und P. W. Gaedke, Hamburg.
was jeder haben will, gratis als Beipack!

Ausscheiden!

Nahe Rosenthaler Tor.
 Louis Pietsch, Brunnenstr. 147.
 Hermann Hermsdorf, Weinbergsweg 8
 Fr. Ziemer, Ecke Zehdenicker und
 Choriner Straße 87.
 Adolf Hedwig, Auguststr. 51.
 Friedrich Brannecke, Ackerstraße
 Ecke Elsassers Straße 11.
Schönhauser Tor.
 Otto Sy, Weißburger Straße 14.
 Robert Münchow, Schwedter Str. 12.
Nahe Kreuzungspunkt
Schönhauser, Pappel- und
Kastanien-Allee.
 Hugo Brest Nachfolger Hermann
 Schwitzky, Kastanien-Allee 3.
 Eugen Rohwerder, Dunckerstr. 90a.
 Robert Münchow, Schillmannstr. 14.
Nahe Ringbahnhof Schön-
hauser Allee.
 Friedr. Teut, Schönhauser Allee 125.
 Weitere Verkaufsstellen werden errichtet. Interessenten werden gebeten, sich wegen Einrichtung einer
 Verkaufsstelle direkt an die Berliner Vertretung der Milka-Nährmittelfabrik G. m. b. H., Reinickendorfer Str. 103,
 Telefon: Amt II, 1945, zu wenden.

Verkaufsstellen:
 Rudolf Schulze, Stargarder Str. 5.
 Ernst Maas, Driesenerstr. 17.
 Ernst Maas, Schivelbeiner Str. 41.
Am Nordbahnhof.
 Gustav Kluge, Schwedter Straße 47.
 Karl Schulz, Bernauer Straße 70.
Nahe Humboldthain.
 Paul Ernst Maas, Ruppiner Str. 24.
 Paul Ernst Maas, Svinemünder Str. 58.
Nahe Gartenplatz.
 Werner Eberlein, Usedomstr. 10.
 Werner Eberlein, Stralsunder Str. 25.
 Werner Eberlein, Bernauer Str. 6.
 Werner Eberlein, Ackerstr. 80.
 Eduard Franke, Ackerstr. 49.
Nahe Stettiner Bahnhof.
 Alfred Wendler, Gartenstraße, Ecke
 Elsassersstraße.

Leo Guschla, Elsassers Str. 30, Ecke
Borsigstraße.
Leo Guschla, Novalisstr. 1.
Nahe Gesundbrunnen.
 Karl Schreier, Badstr. 16.
 Otto Odebrecht, Prinzen-Allee 38.
Nahe Wedding.
 P. Fürstenau, Chausseestr. 60 an der
 Liesenstraße.
 Rud. Ehrig, Gotschedstr. 12.
 Rud. Ehrig, Liebenwalder Str. 47.
 Paul Michaelis, Gerichtr. 73.
 Paul Michaelis, Müllerstr. 23.
 Paul Michaelis, Reinickendorfer 100
 Paul Michaelis, Müllerstr. 139.
 Paul Michaelis, Müllerstr. 54/55.
 Fritz Pfeiffer, Pankstr. 57.
 Wilh. Grüning, Adolphstr. 27.
 Wilh. Grüning, Reinickendorfer Str. 70
 Heinrich Arndt, Pennstr. 49.

Deutsche
Kaffee-Mischung
 einzig in seiner Art.

 4 Pf. **40 Pf.**
 Diese seit Jahren so beliebte Mischung
 gibt von 1 Lth. 3 Ltr. vorzügliches
 Kaffeegetränk
A. Pennitz,
 Berlin G., Rosenthaler Str. 59,
 u. mit Plakat vorseh. Handlungen.

Herrenzimmer 100 Musterzimmer Salon und
Speisezimmer Schlafzimmer
 Katalog gratis stehen zur gefälligen Ansicht ohne Kaufzwang
 bereit im **Fabriklager** des Tischlermeisters
Julius Kiwy, Chausseestrasse 59.
 Katalog gratis

Reste
 Damentische, schwarz und
 farbig, Corsetts-Stoffe, neueste
 Muster, Kriest-Stoffe, Seiden,
 Plüsch, Sammet,
 Seide etc.
Confection
 Valetote,
 Jacketts, Stab-
 mützen, Costumes und Costum-
 rücke in grosser Auswahl.
C. Pelz,
 Kottbuserstr. 5.
Gras-Kuhbutter
 liefert franko gar. naturrein 10 Pfd.
 Rekt. 7.50 Pz. a. B. 1/2 Butter,
 1/2, König 5.75 Pz., 10 Pfd. Dole
 H. Wittenberg 5 Pz. **Toni Ander-**
mann, Buczacz No. 3 via Breslau.

Jedes Wort 10 Pfennig.
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche
 und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort
 (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben
 zählen doppelt.

Bauschule u. Technikum.
 Berlin C., Mühlstr. 7,
 errichtet 1890.
 Hoch- und Tiefbau (4 Semester).
Eisenbetonbau!
 Spezialabteilung f. Steinmetz, Tischler
 und Schlosser.
 Tages- und Abendkurse.
 Programme kostenlos durch die
 167992 **Direktion.**

Trotz der Tabaksteuer
keine Preiserhöhung
 meiner bekann. qualit. Zigarren, so lange mein Vorrat reicht.
H. Meier, gegr. 1886, Gr. Th. Schnauer,
 1216* **Berlin O. 17, Madalstr. 15.**

Steppdecken
 macht man nur am besten und
 billigsten direkt in der Fabrik
 Bernhard Strohmeyer.
Gr. 72 Wallstr. 72.
 Versandt in alle Provinzen
 und überseeische Städte.
 Preis 1,00, 1,50, 2,00, 2,50, 3,00, 3,50, 4,00, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 6,50, 7,00, 7,50, 8,00, 8,50, 9,00, 9,50, 10,00, 10,50, 11,00, 11,50, 12,00, 12,50, 13,00, 13,50, 14,00, 14,50, 15,00, 15,50, 16,00, 16,50, 17,00, 17,50, 18,00, 18,50, 19,00, 19,50, 20,00, 20,50, 21,00, 21,50, 22,00, 22,50, 23,00, 23,50, 24,00, 24,50, 25,00, 25,50, 26,00, 26,50, 27,00, 27,50, 28,00, 28,50, 29,00, 29,50, 30,00, 30,50, 31,00, 31,50, 32,00, 32,50, 33,00, 33,50, 34,00, 34,50, 35,00, 35,50, 36,00, 36,50, 37,00, 37,50, 38,00, 38,50, 39,00, 39,50, 40,00, 40,50, 41,00, 41,50, 42,00, 42,50, 43,00, 43,50, 44,00, 44,50, 45,00, 45,50, 46,00, 46,50, 47,00, 47,50, 48,00, 48,50, 49,00, 49,50, 50,00, 50,50, 51,00, 51,50, 52,00, 52,50, 53,00, 53,50, 54,00, 54,50, 55,00, 55,50, 56,00, 56,50, 57,00, 57,50, 58,00, 58,50, 59,00, 59,50, 60,00, 60,50, 61,00, 61,50, 62,00, 62,50, 63,00, 63,50, 64,00, 64,50, 65,00, 65,50, 66,00, 66,50, 67,00, 67,50, 68,00, 68,50, 69,00, 69,50, 70,00, 70,50, 71,00, 71,50, 72,00, 72,50, 73,00, 73,50, 74,00, 74,50, 75,00, 75,50, 76,00, 76,50, 77,00, 77,50, 78,00, 78,50, 79,00, 79,50, 80,00, 80,50, 81,00, 81,50, 82,00, 82,50, 83,00, 83,50, 84,00, 84,50, 85,00, 85,50, 86,00, 86,50, 87,00, 87,50, 88,00, 88,50, 89,00, 89,50, 90,00, 90,50, 91,00, 91,50, 92,00, 92,50, 93,00, 93,50, 94,00, 94,50, 95,00, 95,50, 96,00, 96,50, 97,00, 97,50, 98,00, 98,50, 99,00, 99,50, 100,00, 100,50, 101,00, 101,50, 102,00, 102,50, 103,00, 103,50, 104,00, 104,50, 105,00, 105,50, 106,00, 106,50, 107,00, 107,50, 108,00, 108,50, 109,00, 109,50, 110,00, 110,50, 111,00, 111,50, 112,00, 112,50, 113,00, 113,50, 114,00, 114,50, 115,00, 115,50, 116,00, 116,50, 117,00, 117,50, 118,00, 118,50, 119,00, 119,50, 120,00, 120,50, 121,00, 121,50, 122,00, 122,50, 123,00, 123,50, 124,00, 124,50, 125,00, 125,50, 126,00, 126,50, 127,00, 127,50, 128,00, 128,50, 129,00, 129,50, 130,00, 130,50, 131,00, 131,50, 132,00, 132,50, 133,00, 133,50, 134,00, 134,50, 135,00, 135,50, 136,00, 136,50, 137,00, 137,50, 138,00, 138,50, 139,00, 139,50, 140,00, 140,50, 141,00, 141,50, 142,00, 142,50, 143,00, 143,50, 144,00, 144,50, 145,00, 145,50, 146,00, 146,50, 147,00, 147,50, 148,00, 148,50, 149,00, 149,50, 150,00, 150,50, 151,00, 151,50, 152,00, 152,50, 153,00, 153,50, 154,00, 154,50, 155,00, 155,50, 156,00, 156,50, 157,00, 157,50, 158,00, 158,50, 159,00, 159,50, 160,00, 160,50, 161,00, 161,50, 162,00, 162,50, 163,00, 163,50, 164,00, 164,50, 165,00, 165,50, 166,00, 166,50, 167,00, 167,50, 168,00, 168,50, 169,00, 169,50, 170,00, 170,50, 171,00, 171,50, 172,00, 172,50, 173,00, 173,50, 174,00, 174,50, 175,00, 175,50, 176,00, 176,50, 177,00, 177,50, 178,00, 178,50, 179,00, 179,50, 180,00, 180,50, 181,00, 181,50, 182,00, 182,50, 183,00, 183,50, 184,00, 184,50, 185,00, 185,50, 186,00, 186,50, 187,00, 187,50, 188,00, 188,50, 189,00, 189,50, 190,00, 190,50, 191,00, 191,50, 192,00, 192,50, 193,00, 193,50, 194,00, 194,50, 195,00, 195,50, 196,00, 196,50, 197,00, 197,50, 198,00, 198,50, 199,00, 199,50, 200,00, 200,50, 201,00, 201,50, 202,00, 202,50, 203,00, 203,50, 204,00, 204,50, 205,00, 205,50, 206,00, 206,50, 207,00, 207,50, 208,00, 208,50, 209,00, 209,50, 210,00, 210,50, 211,00, 211,50, 212,00, 212,50, 213,00, 213,50, 214,00, 214,50, 215,00, 215,50, 216,00, 216,50, 217,00, 217,50, 218,00, 218,50, 219,00, 219,50, 220,00, 220,50, 221,00, 221,50, 222,00, 222,50, 223,00, 223,50, 224,00, 224,50, 225,00, 225,50, 226,00, 226,50, 227,00, 227,50, 228,00, 228,50, 229,00, 229,50, 230,00, 230,50, 231,00, 231,50, 232,00, 232,50, 233,00, 233,50, 234,00, 234,50, 235,00, 235,50, 236,00, 236,50, 237,00, 237,50, 238,00, 238,50, 239,00, 239,50, 240,00, 240,50, 241,00, 241,50, 242,00, 242,50, 243,00, 243,50, 244,00, 244,50, 245,00, 245,50, 246,00, 246,50, 247,00, 247,50, 248,00, 248,50, 249,00, 249,50, 250,00, 250,50, 251,00, 251,50, 252,00, 252,50, 253,00, 253,50, 254,00, 254,50, 255,00, 255,50, 256,00, 256,50, 257,00, 257,50, 258,00, 258,50, 259,00, 259,50, 260,00, 260,50, 261,00, 261,50, 262,00, 262,50, 263,00, 263,50, 264,00, 264,50, 265,00, 265,50, 266,00, 266,50, 267,00, 267,50, 268,00, 268,50, 269,00, 269,50, 270,00, 270,50, 271,00, 271,50, 272,00, 272,50, 273,00, 273,50, 274,00, 274,50, 275,00, 275,50, 276,00, 276,50, 277,00, 277,50, 278,00, 278,50, 279,00, 279,50, 280,00, 280,50, 281,00, 281,50, 282,00, 282,50, 283,00, 283,50, 284,00, 284,50, 285,00, 285,50, 286,00, 286,50, 287,00, 287,50, 288,00, 288,50, 289,00, 289,50, 290,00, 290,50, 291,00, 291,50, 292,00, 292,50, 293,00, 293,50, 294,00, 294,50, 295,00, 295,50, 296,00, 296,50, 297,00, 297,50, 298,00, 298,50, 299,00, 299,50, 300,00, 300,50, 301,00, 301,50, 302,00, 302,50, 303,00, 303,50, 304,00, 304,50, 305,00, 305,50, 306,00, 306,50, 307,00, 307,50, 308,00, 308,50, 309,00, 309,50, 310,00, 310,50, 311,00, 311,50, 312,00, 312,50, 313,00, 313,50, 314,00, 314,50, 315,00, 315,50, 316,00, 316,50, 317,00, 317,50, 318,00, 318,50, 319,00, 319,50, 320,00, 320,50, 321,00, 321,50, 322,00, 322,50, 323,00, 323,50, 324,00, 324,50, 325,00, 325,50, 326,00, 326,50, 327,00, 327,50, 328,00, 328,50, 329,00, 329,50, 330,00, 330,50, 331,00, 331,50, 332,00, 332,50, 333,00, 333,50, 334,00, 334,50, 335,00, 335,50, 336,00, 336,50, 337,00, 337,50, 338,00, 338,50, 339,00, 339,50, 340,00, 340,50, 341,00, 341,50, 342,00, 342,50, 343,00, 343,50, 344,00, 344,50, 345,00, 345,50, 346,00, 346,50, 347,00, 347,50, 348,00, 348,50, 349,00, 349,50, 350,00, 350,50, 351,00, 351,50, 352,00, 352,50, 353,00, 353,50, 354,00, 354,50, 355,00, 355,50, 356,00, 356,50, 357,00, 357,50, 358,00, 358,50, 359,00, 359,50, 360,00, 360,50, 361,00, 361,50, 362,00, 362,50, 363,00, 363,50, 364,00, 364,50, 365,00, 365,50, 366,00, 366,50, 367,00, 367,50, 368,00, 368,50, 369,00, 369,50, 370,00, 370,50, 371,00, 371,50, 372,00, 372,50, 373,00, 373,50, 374,00, 374,50, 375,00, 375,50, 376,00, 376,50, 377,00, 377,50, 378,00, 378,50, 379,00, 379,50, 380,00, 380,50, 381,00, 381,50, 382,00, 382,50, 383,00, 383,50, 384,00, 384,50, 385,00, 385,50, 386,00, 386,50, 387,00, 387,50, 388,00, 388,50, 389,00, 389,50, 390,00, 390,50, 391,00, 391,50, 392,00, 392,50, 393,00, 393,50, 394,00, 394,50, 395,00, 395,50, 396,00, 396,50, 397,00, 397,50, 398,00, 398,50, 399,00, 399,50, 400,00, 400,50, 401,00, 401,50, 402,00, 402,50, 403,00, 403,50, 404,00, 404,50, 405,00, 405,50, 406,00, 406,50, 407,00, 407,50, 408,00, 408,50, 409,00, 409,50, 410,00, 410,50, 411,00, 411,50, 412,00, 412,50, 413,00, 413,50, 414,00, 414,50, 415,00, 415,50, 416,00, 416,50, 417,00, 417,50, 418,00, 418,50, 419,00, 419,50, 420,00, 420,50, 421,00, 421,50, 422,00, 422,50, 423,00, 423,50, 424,00, 424,50, 425,00, 425,50, 426,00, 426,50, 427,00, 427,50, 428,00, 428,50, 429,00, 429,50, 430,00, 430,50, 431,00, 431,50, 432,00, 432,50, 433,00, 433,50, 434,00, 434,50, 435,00, 435,50, 436,00, 436,50, 437,00, 437,50, 438,00, 438,50, 439,00, 439,50, 440,00, 440,50, 441,00, 441,50, 442,00, 442,50, 443,00, 443,50, 444,00, 444,50, 445,00, 445,50, 446,00, 446,50, 447,00, 447,50, 448,00, 448,50, 449,00, 449,50, 450,00, 450,50, 451,00, 451,50, 452,00, 452,50, 453,00, 453,50, 454,00, 454,50, 455,00, 455,50, 456,00, 456,50, 457,00, 457,50, 458,00, 458,50, 459,00, 459,50, 460,00, 460,50, 461,00, 461,50, 462,00, 462,50, 463,00, 463,50, 464,00, 464,50, 465,00, 465,50, 466,00, 466,50, 467,00, 467,50, 468,00, 468,50, 469,00, 469,50, 470,00, 470,50, 471,00, 471,50, 472,00, 472,50, 473,00, 473,50, 474,00, 474,50, 475,00, 475,50, 476,00, 476,50, 477,00, 477,50, 478,00, 478,50, 479,00, 479,50, 480,00, 480,50, 481,00, 481,50, 482,00, 482,50, 483,00, 483,50, 484,00, 484,50, 485,00, 485,50, 486,00, 486,50, 487,00, 487,50, 488,00, 488,50, 489,00, 489,50, 490,00, 490,50, 491,00, 491,50, 492,00, 492,50, 493,00, 493,50, 494,00, 494,50, 495,00, 495,50, 496,00, 496,50, 497,00, 497,50, 498,00, 498,50, 499,00, 499,50, 500,00, 500,50, 501,00, 501,50, 502,00, 502,50, 503,00, 503,50, 504,00, 504,50, 505,00, 505,50, 506,00, 506,50, 507,00, 507,50, 508,00, 508,50, 509,00, 509,50, 510,00, 510,50, 511,00, 511,50, 512,00, 512,50, 513,00, 513,50, 514,00, 514,50, 515,00, 515,50, 516,00, 516,50, 517,00, 517,50, 518,00, 518,50, 519,00, 519,50, 520,00, 520,50, 521,00, 521,50, 522,00, 522,50, 523,00, 523,50, 524,00, 524,50, 525,00, 525,50, 526,00, 526,50, 527,00, 527,50, 528,00, 528,50, 529,00, 529,50, 530,00, 530,50, 531,00, 531,50, 532,00, 532,50, 533,00, 533,50, 534,00, 534,50, 535,00, 535,50, 536,00, 536,50, 537,00, 537,50, 538,00, 538,50, 539,00, 539,50, 540,00, 540,50, 541,00, 541,50, 542,00, 542,50, 543,00, 543,50, 544,00, 544,50, 545,00, 545,50, 546,00, 546,50, 547,00, 547,50, 548,00, 548,50, 549,00, 549,50, 550,00, 550,50, 551,00, 551,50, 552,00, 552,50, 553,00, 553,50, 554,00, 554,50, 555,00, 555,50, 556,00, 556,50, 557,00, 557,50, 558,00, 558,50, 559,00, 559,50, 560,00, 560,50, 561,00, 561,50, 562,00, 562,50, 563,00, 563,50, 564,00, 564,50, 565,00, 565,50, 566,00, 566,50, 567,00, 567,50, 568,00, 568,50, 569,00, 569,50, 570,00, 570,50, 571,00, 571,50, 572,00, 572,50, 573,00, 573,50, 574,00, 574,50, 575,00, 575,50, 576,00, 576,50, 577,00, 577,50, 578,00, 578,50, 579,00, 579,50, 580,00, 580,50, 581,00, 581,50, 582,00, 582,50, 583,00, 583,50, 584,00, 584,50, 585,00, 585,50, 586,00, 586,50, 587,00, 587,50, 588,00, 588,50, 589,00, 589,50, 590,00, 590,50, 591,00, 591,50, 592,00, 592,50, 593,00, 593,50, 594,00, 594,50, 595,00, 595,50, 596,00, 596,50, 597,00, 597,50, 598,00, 598,50, 599,00, 599,50, 600,00, 600,50, 601,00, 601,50, 602,00, 602,50, 603,00, 603,50, 604,00, 604,50, 605,00, 605,50, 606,00, 606,50, 607,00, 607,50, 608,00, 608,50, 609,00, 609,50, 610,00, 610,50, 611,00, 611,50, 612,00, 612,50, 613,00, 613,50, 614,00, 614,50, 615,00, 615,50, 616,00, 616,50, 617,00, 617,50, 618,00, 618,50, 619,00, 619,50, 620,00, 620,50, 621,00, 621,50, 622,00, 622,50, 623,00, 623,50, 624,00, 624,50, 625,00, 625,50, 626,00, 626,50, 627,00, 627,50, 628,00, 628,50, 629,00, 629,50, 630,00, 630